Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 362 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,5), vierteljährlich Mk. 4,50 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,65, vierteljährlich Mk. 4,95 außer Postgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Sonntag-Ausgabe

Sonntag, 27. Juli

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 38 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele Halle-Saale.

Lügen haben kurze Beine

Erzberger hatte am Freitag die Oberste Heeresleitung und die nationalen Kreise Deutschlands beschuldigt, die ausgestreckte Friedenshand Englands und Frankreichs zurückgewiesen zu haben. Aus den Erklärungen Ludendorffs und Michaelis' geht aber hervor, daß vielmehr durch die Schuld Erzbergers die Friedensmöglichkeit ohne Erfolg geblieben ist.

Erklärung der Obersten Heeresleitung

Berlin, 26. Juli.

Zu den gestrigen Enthüllungen in der Weimarer Nationalversammlung erhalten wir von autoritativer Stelle der Obersten Heeresleitung folgende Erklärung im Namen des Generals Ludendorff übermittelt:

„Das Schreiben des Nuntius Pacelli und das Antwortschreiben des Reichskanzlers Dr. Michaelis, die heute in der Morgenpresse veröffentlicht wurden, sind dem General Ludendorff erst heute bekannt geworden. Er hat von diesen Schreiben früher nie etwas gehört. Andeutungsweise und geheimnisvoll wurde Ende August oder Anfang September 1917 der Obersten Heeresleitung mitgeteilt, daß England eine Fühlungnahme erstrebe. Völlig unabhängig hiervon war dem General Anfang August vom Oberst von Häften auf Grund von ihm zugegangenen Mitteilungen aus pazifistischen Kreisen des neutralen Auslandes gemeldet, daß England jetzt eine offene Erklärung Deutschlands über Belgien erwünscht sei. Der General glaubte, es handle sich in beiden Fällen um die gleiche Angelegenheit, und erklärte, in beiden Fällen sein Einverständnis zu einer Erklärung über Belgien. Es fand eine Reihe von Besprechungen über die belgische Frage statt, darunter auch ein Kronrat vom 11. September. Im Verlaufe der Verhandlungen wurde eine Einigung über eine Formel betreffend Belgien erzielt. Einige Tage darauf regte der Reichskanzler in einer Besprechung mit seinem Stellvertreter, Dr. Helfferich, und dem Staatssekretär von Kühlmann, der auch Oberst von Häften, Direktor Deutelmoser und ein Vertreter des Kriegspressamtes beiwohnten, an, die öffentliche Meinung in der Heimat und an der Front auf eine starke Beschränkung der in vielen Kreisen des öffentlichen Lebens hinsichtlich Belgiens erstrebten Ziele vorzubereiten. Staatssekretär von Kühlmann sprach sich aus unbekannten Gründen dagegen aus. General Ludendorff hat in diesen Tagen Dr. Michaelis, von einer von ihm beabsichtigten Kriegssammlungsrede Abstand zu nehmen, damit nicht etwa mögliche Verhandlungen erschwert würden. Am 20. September hat Oberst von Häften, der ebenfalls von dem Schritt des Nuntius Pacelli keine Kenntnis hatte, eine Besprechung mit Staatssekretär von Kühlmann gehabt, in der er ihn auf Veranlassung des Abg. Konrad Haußmann bat, eine öffentliche Erklärung über Belgien abzugeben. Der Staatssekretär lehnte ab. Oberst von Häften erstattete hiervon der Obersten Heeresleitung Meldung. General Ludendorff hat später den Reichskanzler oder den Staatssekretär von Kühlmann gefragt, was aus der angeblichen englischen Fühlungnahme geworden wäre. Er erhielt eine ausweichende Antwort."

Erklärung des Kanzlers a. D. Michaelis

Der frühere Reichskanzler Dr. Michaelis gibt zum Angriff Erzbergers folgende Erklärung ab:

Die amtlichen Schriftstücke über die Behandlung des Schreibens des päpstlichen Nuntius Pacelli an mich vom 30. August 1917 sind mir nicht zugänglich. Nach meinen persönlichen Notizen habe ich zur Behandlung des sogenannten englischen Friedensfühlers folgendes zu sagen:

Das Schriftstück wurde mir Anfang September vorgelegt. Ich habe es mit den Staatssekretären und Ministern besprochen und bin dem Kaiser, der, wenn ich nicht irre, am 9. September von einer Frontreise zurückkehrte, entgegengefahren, um ihm Vortrag zu halten. Ich bat ihn um Abhaltung eines Kronrats in Gegenwart der Obersten Heeres- und Marineleitung. Der Kronrat hat am 11. September stattgefunden. Das Ergebnis der Besprechungen wurde vom Kaiser, eigenhändig unterschrieben, folgendermaßen zusammengefaßt: Die Annexion Belgiens sei nicht beabsichtigt. Belgien könne wiederhergestellt werden. Die flandrische Küste sei zwar sehr wichtig und Zeebrügge dürfe nicht in englische Hände fallen, aber die belgische Küste allein sei nicht zu halten. Es müßte der wirtschaftliche Anschluß Belgiens an Deutschland herbeigeführt werden; daran habe Belgien selbst das größte Interesse.

Ueber die weitere Behandlung des Friedensfühlers wurde von mir mit dem Staatssekretär von Kühlmann vereinbart, daß durch eine geeignete Persönlichkeit zu sondieren sei, ob auf englischer Seite in der Tat der Wille vorhanden sei, den bisherigen Standpunkt übertriebener Friedensziele, wie sie unzweifelhaft zu unserer Kenntnis gekommen waren, aufzugeben und auf einer annehmbaren mittleren Linie zu verhandeln. Das Schreiben des päpstlichen Nuntius enthält nach dieser Richtung hin keine überzeugenden Beweise. Es lag die Gefahr vor, daß es sich darum handelte, Deutschland zu einer entgegenkommenden Erklärung zu veranlassen, ohne den eigenen extravaganten Standpunkt aufzugeben und daß dadurch die Verhandlungsgrenzen zu unseren Ungunsten verschoben würden.

Die Wahl des Vermittlers fiel auf einen hervorragenden, dem Staatssekretär von Kühlmann persönlich nahestehenden neutralen Diplomaten, der ganz besonders geeignet erschien, die erforderliche Sondierung vorzunehmen. Ihm wurde seine Mission unter Mitteilung der Stellungnahme Deutschlands gemäß des Beschlusses des Kronrates in der Weise umschrieben, Voraussetzung für Verhandlungen mit England sei das Anerkenntnis:

a) daß unsere Grenzen intakt blieben,
b) daß unsere Kolonien zurückgegeben würden,
c) daß keine Entschädigungen gefordert werden dürfen,
d) daß von einem wirtschaftlichen Kriege Abstand genommen würde.

Ich habe in Uebereinstimmung mit Exzellenz v. Kühlmann diesen Weg für den richtigen gehalten, denn die Verhandlung durch die päpstliche Kurie bot diese Sicherheit nicht. Schon beim Empfang des Schreibens des Nuntius hatte sich herausgestellt, daß der damalige Abgeordnete Erzberger davon unterrichtet war. Daß das Schreiben indiskret behandelt wurde, mußte aber vor allem verhütet werden. Deshalb konnte auch dem Nuntius gegenüber eine abwartende Stellung eingenommen und ihm nach Ablauf einiger Zeit nur eine Antwort allgemeinen Inhalts erteilt werden. Daß eine Indiskretion die größte Gefahr für die Anbahnung von Verhandlungen in sich schloß, hat der weitere Verlauf der Verhandlungen gezeigt.

Die Besprechungen im Kronrat und ihre Ziele blieben nicht verborgen. Die kriegerischen Parteien in Deutschland, England und Frankreich bemächtigten sich der Angelegenheit und die Folge war, daß der Vertreter der englischen Regierung öffentlich ableugnete, daß seitens der englischen Regierung ein Friedensangebot gemacht sei. Ich habe den Gedanken, über Belgien zum Frieden zu kommen, mit Lebhaftigkeit ergriffen und habe es durchgesetzt, daß eine einheitliche Stellungnahme zu dieser Frage innerhalb der maßgebenden Kreise erfolgte. Ich habe mich bemüht, den geeignetsten Weg zur Verfolgung der ersten Anregung zu wählen. Wenn sich der Plan zerschlug, so lag es daran, daß unsere Feinde nicht wollten.

Sarow, den 26. Juli 1919.

gez. Michaelis.

*

Und unsere Feinde wollten nicht mehr, weil ihnen durch Erzbergers Indiskretion und Schwatzhaftigkeit der Immediatbericht des Grafen Czernin bekannt geworden war, der die Lage Oesterreich-Ungarns als vor dem Zusammenbruch befindlich bezeichnete. Nach dem Bekanntwerden dieser Denkschrift sagten sich unsere Feinde, daß sie nunmehr keinen Verständigungsfrieden mehr mit Deutschland zu schließen brauchten sondern einen vollen Sieg-Frieden haben könnten, wenn sie nur aushielten. Die Tendenzrede Erzbergers, die einem neuen Betrug am Volke gleichkommt, ist durch die vorstehenden Erklärungen Ludendorffs und Michaelis' bereits genügend gekennzeichnet worden.

Wien, 26. Juli.

Wie der Wiener „Mittag" meldet, hat Erzberger den Bericht des Grafen Czernin vom früheren Kaiser Karl selber erhalten mit der Verpflichtung, über die Herkunft des Berichtes zu schweigen.

Die Antwort der Deutschnationalen

Weimar, 26. Juli.

Der Abgeordnete Koch wird als deutschnationaler Redner in der zweiten Garnitur namens seiner Partei folgende Erklärung abgeben:

„Ich wende mich zu der sogenannten Enthüllung des Herrn Reichsministers Erzberger. Im Namen meiner politischen Freunde erkläre ich folgendes: „Wir stellen fest, daß in dem vorgelegten Aktenstück zunächst das Kernstück fehlt, nämlich der Wortlaut des englischen sogenannten Friedensangebots, ebenso wie der Wortlaut der französischen Zustimmung. Darum ist es ein Ding der Unmöglichkeit, Sinn und Tragweite dieser Schriftstücke zu prüfen. Wir stellen fest, daß uns das Datum des sogenannten englischen Friedensangebots nicht mitgeteilt worden ist. Ebenso wenig ist aus der Darstellung des Herrn Erzberger ersichtlich, wann die Mitteilung aus Rom in Berlin eintraf. Darum weisen wir die ungeheuren schweren Vorwürfe, welche Herr Erzberger in aller Oeffentlichkeit gegen die Reichsregierung erhoben hat, als durchaus unkontrollierbar zurück. Die Tatsache steht fest, daß die Reichsregierung das sogenannte Friedensangebot keineswegs, wie Herr Erzberger behauptet, mißachtet oder ungebührlich lange auf die Seite gelegt hat. Am 11. November trat ein Kronrat zusammen, der sich anerkanntermaßen mit diesem Schriftstück beschäftigte. Wir warten in aller Ruhe ab, wie die verantwortlichen Stellen begründen werden, warum sie ihre Entscheidung so trafen, wie es nach ihrem Urteil das Wohl des Deutschen Reiches verlangte. Ehe diese Beweggründe öffentlich bekannt gegeben sind, halten wir es für ein gewissenloses Spiel, durch einseitige Darstellung dem deutschen Volke das Vertrauen in die damalige Reichsregierung in einem entscheidenden Wendepunkte der Geschichte zu untergraben. Wir stellen fest, daß die Mitteilung, die Herr Erzberger selbst gegeben hat, klar erweist, daß das sogenannte Friedensangebot keineswegs rundweg abgelehnt, sondern ganz ernsthaft behandelt und in einer Form beantwortet worden ist, die weitere Verhandlungen ermöglichte. Nach den Aussagen des Herrn Grafen Wedel sind solche weiteren Verhandlungen gerade durch Herrn Erzbergers indiskrete Verwertung des Czerninschen Geheimberichts durchkreuzt worden. Jedenfalls hat Herr Reichsminister Erzberger nicht das Recht, hier vor aller Welt die Sache einseitig so darzustellen, als ob nur er allein die Verantwortlichkeit für das Schicksal des Reiches empfunden und die Oberste Heeresleitung und der Kronrat verantwortungslos gehandelt hätten. Noch heute weiß ein großer Teil des deutschen Volkes, was wir unserer Obersten Heeresleitung zu verdanken haben, deren Verantwortlichkeit und Gewissenhaftigkeit unantastbar dasteht.

Wir stellen fest, daß die Leitung der Regierungsgeschäfte in der Zeit der sogenannten Friedensvermittlung in den Händen des Herrn von Kühlmann lag. Niemand wird behaupten wollen, daß Herr von Kühlmann der Vertrauensmann der damaligen Konservativen, Alldeutschen oder Vaterlandsparteiler gewesen ist. Herr Erzberger hat nicht das mindeste Recht, die Verantwortung für die Art der Beantwortung jener sogenannten Friedensvermittlung der Rechten zuzuschreiben. Herr Erzberger und die übrigen Parteien besaßen bei Herrn Bethmann, Kühlmann und Hertling unvergleichlich größeren Einfluß als alle Vertreter der Rechten. Wenn nach der Auffassung des Herrn Erzberger die Ablehnung jener sogenannten Friedensvermittlung eine weltgeschichtliche Schuld darstellt, so tragen die damaligen Regierungsparteien die Schuld daran."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907271-12/fragment/page=0001

Der Streit um die Gewalt

Nationalversammlung

Vormittagssitzung

Abg. Dr. Hugo (D. Vp.): Die gestrige Rede Erzbergers und der eben gehörte Antrag sollen das deutsche Volk in seinen tiefsten Tiefen aufwühlen. (Unruhe links, Ruf: Aufklären!) Nach der gestern angewendeten Methode lebt man wie unter einem Ueberfall mit irgend welchen Enthüllungen, und so wird ein Schaden im Volke angerichtet, der eine Wüste daraus macht. (Großer Lärm und andauernde Unruhe links.)

Präsident Fehrenbach: Begreiflich ist ja nach den gestrigen Vorgängen die Erschütterung des Hauses, aber es sollte doch die Gefühle zurückhalten und jedem Gegner seine Ansicht vortragen lassen. Bieten wir dem Reiche das Bild einer ruhigen und ernsten Beratung.

Abg. Dr. Hugo fortfahrend: Setzen wir einen objektiven Ausschuß ein, der die uns bewegenden Fragen in durchaus objektiver Weise erschöpft, bestehend aus Historikern unter einem publizistisch geschulten Juristen, die das Recht haben, alle Auskünfte zu verlangen und jede Erhebung anzuordnen. Kein parlamentarischer Untersuchungsausschuß, noch ein Staatsgerichtshof kann das leisten. Ganz einseitig wirft Erzberger den Deutschnationalen die Illusion vor, daß der U-Bootskrieg in kürzester Frist den Frieden entfalten konnte, er selbst hat nicht anders gedacht. Wie kann er ferner Bethmann Hollweg, Michaelis und Hertling den Deutschnationalen in die Schuhe schieben; der Schade, den die Friedensresolution anrichtete, war, daß sie im Volke den Glauben verdichtete, es müßte, um den Krieg zu gewinnen, aushalten. Clemenceau und die französischen Staatsmänner haben anders gehandelt und jede Friedensbewegung im Volke erstickt. Was das Nein, das alle Parteien am 12. Mai sprachen, überall nur ein Nein des Affektes? Der Reichstag, wenn er es verstanden hätte, hätte eine Macht gehabt, die kein Kaiser in Deutschland ihm hätte entreißen können. In der Ausübung dieser Macht haben Sie (Sozialdemokraten) in erster Linie den Reichstag gehindert.

Durch ihre öder Verneinungspolitik haben Sie die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit auf die Dauer unmöglich gemacht. (Gelächter bei den Sozialdemokraten).

Abg. Löbe (Soz.): Auch das Zentrum hat durch seine Nützlichkeitspolitik, durch die es bald zur Mehrheitsbildung nach rechts, bald nach links veranlaßt wurde, eine feste Mehrheitsbildung verhindert. Ihr Nichtvorhandensein ist das große hemmende Moment gegen einen wesentlichen Fortschritt im Innern gewesen. Der internationale Gedanke, mit dem Sie Schiffbruch gelitten haben, ist nun auch noch das

Leitmotiv der äußeren Politik des Ministers Müller.

Gerade diese Politik der Völkerversöhnung hat aber zu den katastrophalen Enttäuschungen geführt, die wir jetzt erleiden. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Man kann nicht verlangen, daß wir dem Minister des Aeußern auf dem Wege der Illusionen folgen. Wir denken nicht an neue Rüstungen und halten es nach Annahme der Friedensverhandlungen für unsere Pflicht, das zerstörte Frankreich wieder aufzubauen. Den wirtschaftspolitischen Absichten der Regierung stehen wir, obwohl wir das Fallenlassen der Planwirtschaft begrüßen, doch mit starken Bedenken gegenüber, namentlich hinsichtlich der Sozialisierung der Elektrizität und Kohle. Hier liegt ein Telegramm vor, nach dem in Altona zahlreiche Fischdampfer liegen sollen, die nicht gelöscht werden können, weil die Verteilung der Fische durch den Reichskommissar nicht vollzogen wird. Wenn wir der Regierung unser Vertrauen nicht aussprechen können, so beabsichtigen wir nicht, eine negative Politik zu führen. Wir wollen dem Staate geben, was des Staates ist. Das gilt auch für unsere Haltung in der Steuerfrage. Der liberale Gedanke muß wieder zur Geltung kommen. (Lebhafter Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Reichsernährungsminister Schmidt: Es trifft zu, daß eine Reihe Fischdampfer in der Elbe liegen, und daß die Fische nicht verteilt werden. Die Fische werden konserviert und gesalzen, um uns zu Zeiten einer weniger reichen Zufuhr zur Verfügung zu stehen.

Abg. Haase (U. S.): Wir haben gezeigt, daß wir Gegner Erzbergers sind. Aber die Attacken, die jetzt z. B. Helfferich in der „Kreuz-Zeitung" gegen ihn reitet, machen stutzig. Man will sich rächen an dem Manne, der durch Unterzeichnung des Friedensvertrages den Plan der Va-Banque-Spieler vereitelte und jetzt schwere Steuern durchsetzen will. Am 22. Juni teilte Noske vertraulich mit, ein Widerstand sei aussichtslos. Im Osten könnten vielleicht einige Erfolge erzielt werden, aber dann wäre es bald zu Ende. Die Neinsager von den Demokraten bis zum Zentrum und den Deutschnationalen hatten es noch in den Händen, den Frieden zu verhindern. Sie haben es nicht getan, sondern die Regierung zur Unterzeichnung ermuntert. Mit Ach und Krach wurde der Friede beschlossen, und das ist ein Glück, sonst wären Tausende erschlagen worden, die Blockade hätte Opfer gefordert, und Deutschland wäre zerstückelt worden. Das ist unser wesentliches Verdienst. Herr Noske spielt sich offen als den starken Mann auf, aber im Grunde ist er an beiden Händen gefesselt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und die Offiziere erlauben sich eine Sprache gegen ihn, wie sie früher einfach unmöglich gewesen ist. Wie die Mitglieder dieser Freiwilligenkorps sich aufführen, das schreit geradezu zum Himmel. Der Belagerungszustand wird weiter aufrechterhalten auf Grund der Berichte von Spitzeln und übelbeleumdeten Subjekten, von denen sich die Regierung schon aus Reinlichkeitsgründen fernhalten sollte. (Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) Eine soziale Reform ist nicht mit einem Schlage durchzuführen. Sie bedarf der kühnen Initiative. Mißtrauen gegen die Regierung haben die Arbeiter besonders deshalb, weil die nach dem Friedensschluß erwartete Amnestie ausgeblieben ist. (Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Reichswehrminister Noske: Die antisemitische Hetze schätze ich als sehr gefährlich ein, weil es bei der Erregbarkeit vieler Menschen und der Geneigtheit zu Gewalttätigkeiten leicht zu Ausschreitungen kommen kann. Deutschlands Ansehen in der Welt würde weiter beeinträchtigt werden, wenn wir zu allem Unglück noch die Pogrome erleben würden. Alle Truppenführer sind angewiesen, antisemitischer Propaganda und Pogromhetzen entgegenzutreten. Wenn die deutschen Arbeiter die Früchte der deutschen Revolution noch nicht ernten, so ist das dem ekelhaftesten Bruderkrieg in der Arbeiterschaft zu danken, der von Haase und seinen Freunden geführt wird. (Abg. Haase: Sie sind der Hauptführer!) Große Reformen werden ja gerade durch die Leute um Haase dauernd sabotiert. Am vorigen Montag ist den Leuten in Berlin vorgeredet worden, wenn sie aus den Betrieben herausgingen, so nähmen sie an einer Kundgebung des internationalen Proletariats gegen den harten Frieden teil. In Wirklichkeit haben die Franzosen, Engländer, Italiener und Schweizer den Streik abgelehnt, und die Italiener haben in ihrem Manifest gesagt, der einzige wirksame

Protest gegen den Frieden

bestehe nicht im Streik, sondern in der Arbeit, um Italien wieder zu beleben. Davon haben die Freunde Haases den Arbeitern keine Mitteilung gemacht. Deutschland bedarf der intensivsten Arbeit. Was uns bekümmert, ist, daß die Leute so mit dem Schicksal des deutschen Volkes und der Arbeiter Schindluder treiben. (Abg. Haase: Gerade Noske!) Am 21. Juli mußte abermals Verkehrsstreik eintreten, wenn auch Menschenleben verloren gingen. Es haben liebliche Auseinandersetzungen zwischen den Unabhängigen und den Kommunisten stattgefunden. Gegenseitig warfen sie sich Putschismus und Putschtaktik vor. Im Hintergrunde aber stand immer das politische Ziel. Eine Regierung muß nach Möglichkeit darauf Bedacht nehmen, daß sich Dinge, wie die im Januar und März in Berlin, nicht wiederholen. Zu den Mitteln zur Vorbeugung gehört auch das Verbot der „Republik" und anderer Blätter. Schimpffreiheit und Lügenfreiheit haben noch niemals in der Welt als Pressefreiheit gegolten. (Langandauernder Lärm; Glocke des Präsidenten, der durch den tosenden Lärm auf der Linken minutenlang nicht durchdringen kann.) Den Belagerungszustand im Industriegebiet halten wir nicht zum Vergnügen aufrecht. Ich denke gar nicht daran, mich für einen unnützen Belagerungszustand einzusetzen. Aber wenn die Gefolgschaft Haases Deutschland zugrunde richten will, dann stelle ich das Schicksal unseres Landes und Volkes höher, als allen Spektakel, den Sie hier aufführen. Wie kann die Regierung die Leute auf den Berliner Straßen sich austoben lassen, die die geschlossenen Versammlungen anderer stören und in ihnen wie die Vandalen hausen? Auch über die Vorgänge in Hamburg hat die unabhängige Presse, deren Verlogenheit doch nachgerade genügend bekannt ist, falsche Nachrichten gebracht. (Tosender Lärm bei den Unabhängigen Sozialdemokraten; gellende Rufe: Verbrecher, glatte Frechheit! Wiederholen Sie! Namentlich der Abgeordnete Seger setzt die Zurufe andauernd fort.) Wie können Sie solchen Lärm gegen meine einwandfreien Feststellungen machen! (Tosender Lärm bei den Unabhängigen Sozialdemokraten; Rufe: Freche Beleidigung! Abgeordneter Seger: Die Rede lassen wir noch anschlagen! Große Heiterkeit.) Bei Ausschreitungen lasse ich die militärischen Herren fliegen. Aber so, wie es in den Hamburger Lazaretten zuging, daß Kranke bestimmen wollten, wer zu entlassen sei, oder sich zu Mitgliedern des Soldatenrates ernannten, kann es nicht gehen. In Hamburg drohte mir ein Dutzend solcher Leute das Schicksal Neurings an. Eigenwilligkeiten, solange ich Wehrminister bin, lasse ich mir unter keinen Umständen gefallen. Für die Ordnung, die wir in Zukunft brauchen, müssen wir Geduld mitbringen, ebenso wie wir warten müssen, daß der deutsche Arbeiter wieder zu dem Fleiß und der Tüchtigkeit zurückkehrt, die früher sein erster Ruhm waren. Getreu dem Friedensvertrag werden wir die Truppen reduzieren. Ohne Reibungen geht das aber nicht ab. Die Truppe, die im November wie sprödes Glas zersprang, gewinnt den nötigen Zusammenhalt nicht gleich wieder. Aber allmählich wird sie unter guter Leitung das Maß von Ruhe, Ordnung und Sicherheit uns verbürgen, ohne das wir nicht leben können. (Lebhafter Beifall.)

Die Beratung wird sodann auf 4 Uhr vertagt.

Nachmittagssitzung.

Am Regierungstisch: Müller, Naumann, Noske, Erzberger, Dr David.

Vizepräsident Dietrich eröffnet die Sitzung um 4 Uhr 5 Min.

Abg. Wisenberger (Bayr. Bauernbund:): Meine Herren! Damen sind noch nicht da. (Heiterkeit.) Das Wort des Ministerpräsidenten von der Lehrzeit habe ich mit meinem beschränkten Bauernverstand so aufgefaßt: es ist nicht leicht, an der Spitze der Regierung in einer solchen Zeit zu stehen. Es ist gut, daß endlich Leute aus dem praktischen Leben an die Regierung gekommen sind. (Beifall.) Es schadet nichts, daß der Kaiser zur Rechenschaft gezogen werden soll. Man hat ihn zwar den Friedenskaiser genannt. Aber man darf doch nicht vergessen, daß er allerlei unfriedliche Aussprüche getan hat. (Lebhafte Zustimmung links.) Nicht die Revolution ist schuld an dem Zusammenbruch unseres Heeres, sondern die Zermürbung, die durch die Ungerechtigkeiten zwischen dem gemeinen Manne und dem Offizier in das Heer getragen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Das haben die Herren um den Herrn Kollegen von Graefe erst eingesehen, als die Kuh aus dem Stalle war. (Heiterkeit und Zustimmung.) Herr Minister Erzberger, gehen Sie mit den Steuern und der Monopolisierung nicht so weit, daß Sie den Gliedstaaten gleichsam das Hemd ausziehen, sorgen Sie dafür, daß unsere Bayern nicht wild werden. (Große Heiterkeit.) An dem Schulkompromiß finden wir nichts Unrechtes. Da auch das Zentrum nichts darin findet, kann man es wohl mit seinem Gewissen vereinbaren. (Heiterkeit.) Das deutsche Volk ist gegenwärtig krank. Aber der Sozialismus darf nicht als Allheilmittel verwandt werden, wie früher das Aspirin beim Militär. (Heiterkeit.) Die Rechte verzichte auf ihre Machtpolitik, die Linke auf ihre Gewaltpolitik, dann muß sich ein Zusammenarbeiten auf dem Boden des gesunden Menschenverstandes ermöglichen lassen. Wenn wir einträchtig zusammen wirken, dann kommen wir auch wieder vorwärts. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Langwost (Deutsch-Hannov.): Als Angehöriger der Deutsch-Hannoverschen Partei und als parlamentarischer Neuling und sozusagen Säugling muß ich sagen: was hat es eigentlich für Zweck, wenn wir uns hier über die Frage der Schuld am Kriege herumstreiten? Wir sitzen in der Tinte drin, und statt uns darum zu streiten, wer schuld daran ist, sollten wir unser Augenmerk darauf richten, wie wir wieder herauskommen. Mit dem Standpunkt der Macht-vor-Recht-Politik muß endgiltig gebrochen werden. In der inneren Politik hat unsere Regierung einen ungeheuren schweren Stand. Um die Schwierigkeiten zu überwinden, muß sie vor allem bestrebt sein, Zufriedenheit zu schaffen. Wir kämpfen für ein selbständiges Hannover.

Abg. Wels (Soz.): Die gestrigen Enthüllungen des Reichsfinanzministers Erzberger haben im ganzen Reiche einen gewaltigen Eindruck gemacht, und man kann wohl sagen, daß die Oeffentlichkeit ihr Urteil über die Alldeutschen gefällt hat. Wir freuen uns, daß durch diese Enthüllungen die Politik sich als die richtige herausgestellt hat, die wir während des ganzen Krieges vertreten haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Politik ist es gewesen, die zur Bildung des Mehrheitsblockes im Reichstag und schließlich zur Friedensresolution geführt hat, von der besteht, daß sie es war, die das englisch-französische Friedensangebot durch den Päpstlichen Stuhl zur Folge gehabt hat. Eine unselige Regierung hat die Brücke die über das Blutmeer hinwegführen konnte in Stücke geschlagen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unsere verantwortlichen Stellen haben jede Antwort auf die Anfrage des Papstes abgelehnt. Damit war jede Verständigungsmöglichkeit für immer verschüttet. Nicht unsere Politik war falsch, sondern die Männer waren falsch, die öffentlich Ja und im Geheimen Nein sagten. (Sehr wahr! und lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Gewundert hat es mich, daß Herr Haase durch die gestrigen Enthüllungen nicht überrascht gewesen ist, sondern daß ihm diese Dinge schon länger bekannt gewesen sind. Dann muß ich aber sagen; wenn Herr Haase diese Kenntnis hatte, und er hat sie dem deutschen Volke vorenthalten, dann hat er sich mitschuldig gemacht. (Sehr wahr! und lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auf mildere Friedensbedingungen konnten wir nicht mehr rechnen, nachdem die Unabhängigen erklärt hatten: wir müssen unterzeichnen. Die Richtigkeit der Politik des jetzigen Außenministers wird amb eben gekennzeichnet durch die Angriffe des Herrn von Graefe. Unsere Außenpolitik muß vor allem Vertrauen erwecken. Das oberste Gesetz unserer Politik muß sein, den Schutz der nationalen Minderheiten sobald wie möglich zur Weltsache zu machen. Unsere Politik muß die Politik des Völkerbundes sein. Der Sieg des Völkerbundes ist die Niederlage der Imperialisten und der Sieg der Pazifisten. Der Völkerbund ist die wahre, und blutige Weltrevolution. Wir lehnen die sogenannte Kontinentalpolitik ab. Wir wollen nicht nach dem Muster der kaiserlichen Politik die äußere Politik nach der inneren Politik orientieren. Der Kampf gegen den Kapitalismus muß künftig in England und Amerika durchgeführt werden, nicht mit Maschinengewehren und Handgranaten, sondern durch internationale Organisation der Handarbeiter, sobald die Entwickelung dazu reif ist. Das Ideal des Völkerbundes wird verwirklicht werden. Deutschlands Aufnahme wird diesen Völkerbund verbürgen. Deshalb findet die Reichsregierung unsere Unterstützung. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Persönlich bemerkt

Abg. Loebe (Soz.): Nach den heutigen Erklärungen Dr. Hugos und den Mitteilungen Gröbers im Ausschuß ist es nicht richtig, daß die anderen Parteien das Zustandekommen der Steuergesetze durch Obstruktion verhindern wollen. Ich nehme daher meine Aeußerungen zurück, und hoffe, daß die Beratungen ohne Anstand vor sich gehen werden.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Haase (U.-S.) und Wels (Soz.) vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr: Fortsetzung der Beratung und erste Beratung des Gesetzentwurfes über die Errichtung eines Staatsgerichtshofs.

Schluß 7 Uhr.

*

Die Sommerferien der Nationalversammlung werden voraussichtlich am 5. August beginnen und mit ihrem Beginn wird auch die Regierung nach Berlin zurückkehren.

Verhandlungen im Siemensstreik

Berlin, 26. Juli.

Der Streik bei den Siemenswerken beschäftigt heute den Hauptausschuß für die Metallindustrie, der ein internes Forum zur Entscheidung prinzipieller Fragen darstellt und aus fünf Vertretern der Arbeitgeber und fünf der Arbeitnehmer paritätisch zusammengesetzt ist. Die Verhandlungen finden im Borsig-Haus in der Chausseestraße unter dem Vorsitz des Geheimrat von Borsig statt. Der Verband Berliner Metall-Industrieller und der Metallarbeiterverband, sowie der unabhängige Restbestandteil des Vollzugsrats haben Vertreter entsandt. Wie wir hören, handelt es sich bei den vertraulich geführten Besprechungen in der Hauptsache darum, ob die Entlassung der 41 Vertrauensleute und die Kündigung der 10000 Arbeiter bei den Siemenswerken aufrecht erhalten werden soll. Die Aussprache dauert noch an. Falls wider Erwarten keine Entschließung zustande kommen sollte, wird sich der Schlichtungsausschuß unter einem unparteiischen Vorsitzenden, voraussichtlich einem Vertreter des Demobilisierungskommissars, mit der Angelegenheit befassen.

Die Lage in Siemensstadt und in den übrigen Fabriken der Siemens-Firmen ist gegen gestern unverändert. Sämtliche Werke liegen still; nur die Angestellten sind vollzählig in den Bureaus erschienen. Auf dem Siemenswerk Lichtenberger Elektrodenwerk, das bereits vor einiger Zeit wegen Kohlenmangels stillgelegt wurde, haben die 300 Arbeiter, die noch mit Reparaturen beschäftigt werden, dem Streik sich nicht angeschlossen.

Der Streik in Oberschlesien

Kattowitz, 26. Juli.

Wegen Strommangels sind stillgelegt die Gruben der Berginspektion 1 Königshütte, die Gruben der Berginspektion 2 Zaborze, die Gruben der Borsigschen Verwaltung und das Borsigwerk, die Georggrube, Maxgrube, Eminenzgrube; dazu kommt noch ein regulärer Streik wegen Einstellung von Grenzschutzleuten auf Fürstengrube und Heinrich-Freude-Grube.

Es wird weiter gemeldet, daß auf den Gruben wegen Strommangel die Gefahr besteht, daß die Pferde unter Tage ersticken, da die Ventilatoren auch nicht arbeiten.

Ein neuer Streik in Stettin?

Stettin, 26. Juli.

Die Arbeiter Stettins, welche am 21. Juli streikten, verlangen jetzt die Bezahlung des Streiktages. Augenblicklich schweben über dieses Verlangen Verhandlungen. Da diese Verhandlungen erfolglos zu verlaufen scheinen, droht für Stettin, wie man uns von zuständiger Stelle mitteilt, eine neue Streikgefahr.

Nürnberg, 26. Juli.

Infolge Ausstandes der Angestellten der Buchdruckereien konnten die Zeitungen heute nur teilweise erscheinen.

*

Autonomie für Rheinland-Westfalen?

Eine parlamentarische Korrespondenz meldet:

Auf Grund der Düsseldorfer Besprechungen beabsichtigt die preußische Staatsregierung der Landesversammlung einen Entwurf über eine Gewährung einer Autonomie an die Provinzen Rheinland und Westfalen vorzulegen.

Strafantrag im Neuring-Prozeß

Der Staatsanwalt beantragt, die Angeklagten Allner, Schreiber, Merkel, Heynemann, Bertzsch, Becher, Gottlöber und Pietzsch schuldgi des Mordes zu sprechen.

Es folgten dann die Reden der Verteidiger, die bestreiten, daß ein überlegter Plan vorgelegen habe. Die Menge habe in der Erregung gehandelt und es sei in keiner Weise nachgewiesen, daß die Angeklagten an der Tat aktiv beteiligt gewesen seien. Sie verlangen daher im einzelnen die Freisprechung der von ihnen Verteidigten. Diese Verteidigungsreden werden heute den ganzen Tag in Anspruch nehmen, es ist zweifelhaft, ob das Urteil heute noch erfolgen kann.

Die Ratifizierung bei der Entente

Bern, 26. Juli.

„Chicago Tribune" erwartet, daß Italien den Friedensvertrag mit Deutschland in spätestens zehn Tagen ratifizieren wird, und daß die Ratifikation durch die französische Kammer in den ersten Augusttagen erfolgen wird. Die japanische Mission in Paris erhielt Nachrichten aus Tokio, wonach die Ratifizierung durch Japan sehr bald eintreffen würde.

Einer Meldung des „Temps" aus Washington zufolge hat Präsident Wilson bei den Verhandlungen mit den republikanischen Senatoren nicht verhehlt, daß, falls der Friedensvertrag nicht vorbehaltlos ratifiziert werde, es notwendig sein würde, neue Verhandlungen zu beginnen.

*

Amsterdam, 26. Juli.

Laut „Nieuwe van den Dag" ist der Entwurf des amerikanisch-englischen Vertrages dem amerikanischen Vizepräsidenten Marshall vorgelegt worden. Der Vertrag wird an die Kommission für auswärtige Angelegenheiten weitergeleitet. Der Text ist geheim. Marshall erklärte, daß der Vertrag Handelskonzessionen enthalte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907271-12/fragment/page=0002

Das deutsche Vaterland einst und jetzt

Ansprache von Professor Dr. Suchsland im Verein der „36er"

Dem Aste gleich, darauf ein Vöglein schlummert,
Ist erlernte Weisheit dir ein Halt für kurze Frist;
Doch, ach, im Sturm zerbricht gar leicht der Ast,
Weh' dir, wenn du alsdann nicht selber Flügel hast.

Dieser Sinnspruch, meine lieben 36er und 36erinnen, ist mir wohl über zwanzig Jahre ein treuer Begleiter gewesen. Leider weiß ich nicht, von wem er stammt, aber das ist mir klar, daß der, der ihn zuerst ausgesprochen und formuliert hat, ein tiefer Kenner des menschlichen Seelenlebens gewesen ist, und ein großer Künstler dazu. Denn mit wenigen Strichen hat er in schönster Weise den Wert und die Bedeutung einer Lebensanschauung charakterisiert. Nicht auf die Quelle, aus der die Lebensanschauung stammt, kommt es an, und nicht darauf, wem sie vordem genützt hat. Anderen mag sie Blüten gebracht haben und Früchte, wie der Ast eines Baumes, der festgewurzelt steht in fruchtbarem Erdreich, daß sich noch viele andere an seinem Segen laben konnten, für uns ist sie immer nur eine schwache Stütze, die in den Stürmen der Zeit nicht stand hält, solange sie mehr die Kennzeichen einer Uebereignung als einer Aneignung erkennen läßt. Wert und Bedeutung hat eine Lebensanschauung für uns erst dann, wenn sie so verinnerlicht ist, daß sie der Seele in großen Nöten Schwingen zu neuem Aufstieg leihen kann. Einer im deutschen Volke und für das deutsche Volk geborenen Lebensanschauung verdankt nun unsere Vereinigung ihre Entstehung.

Diese Lebensanschauung hat sich in der Zeit entwickelt, welche in der Geschichte unseres so viel geprüften Volkes als eine glückliche, ja selige, fortleben wird, so sehr auch in ihr selbst der Haß und die Verleumdung an den angeblich miserablen Zuständen herumgemäkelt haben in wahnsinniger Verblendung. Es war die Zeit von den Sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts an über die Siebziger und Achtziger Jahre bis in die Tage des großen Weltkrieges hinein. Damals begann, entwickelte und vollendete sich die Ueberzeugung, daß auf der Grundlage eines starken Volksheeres Deutschlands Sicherheit gewährleistet sein könnte, wenn der Geist Wilhelms I., der dieses Heer geschaffen hatte, in allen seinen einstigen Angehörigen fortlebte und auf die Nachkommen übertragen würde. Da bildeten sich überall die Kriegervereine. Sie wuchsen, gediehen und leisteten Mustergültiges. Und neben den ernsten vaterländischen Bestrebungen schritt als willkommener Begleiterr der Frohsinn einher. Er hat uns alle oftmals umfangen in herrlicher Kameradschaft, die ihre Flügel ausbreitete zwischen alt und jung, reich und arm, Mann und Frau, und zwischen den Soldaten im Bürgerkleid und denen, die noch des Königs Rock schmückte. Immer wieder kamen wir zusammen, waren wir beieinander und gingen auseinander in dem beseligenden Gefühl, daß in unserem Kreise Treue um Treue geboten und empfangen wurde. Das war alles etwas so Selbstverständliches, so Natürliches, wie aus dem deutschen Boden Herausgewachsenes, daß das Leben des Vereins ein Teil unseres eigenen Lebens wurde, indem es in uns die Ueberrzeugung weckte, daß wir, je mehr wir dem Verein anhingen und seinen Lehren nachkamen, um so mehr dem Vaterlande dienten und uns und unseren Mitbürgern nützten.

Und nun kam das schicksalsschwere Jahr 1914!

Eine Hälfte von ihm durften wir noch im Frieden verleben. Wir als 36er durften noch das Stiftungsfest des Vereins in altgewohntem Glanz, wenn auch schon in banger Erwartung der nahen Zukunft, feiern. Mit einem Mal stand Deutschland buchstäblich von Feinden umtost, mitten im Kriege. Nun mußte sich zeigen, ob unsere Lebensanschauung über die Bedeutung der deutschen Armee und die Stimmung des Volkes richtig gewesen war oder nicht. Es war freilich eine gar harte Probe, auf die Deutschland gestellt wurde. An die ganze Welt als Feinde hatte niemand gedacht. Wir hatten ja doch Bündnisse und standen mit den größten Völkern äußerlich auf gutem Fuße. Wie war das nur, daß außer Oesterreich, das wir mit verteidigten, Italien seine Bundespflichten anders auffaßte, als wir es erwartet hatten, daß England direkt den Krieg erklärte, Japan sich anschloß und dann ein Volk nach dem anderen sich als offener Gegner zeigte, während nur wenige Nachbarn neutral, und zwar nicht einmal alle wohlwollend neutral blieben?

Wenn auch nach vielen Jahrhunderten, wenn alles jetzt Lebende längst dahingeschwunden ist, jemand aus der Geschichte diese Tatsachen erfährt, der muß, falls sich nur ein Funke Gerechtigkeitsgefühl aus dem großen Lügenfeldzug der Gegenwart gegen Deutschland durchgerettet hat, sagen, daß die Haltung des deutschen Volkes in den Tagen, Wochen und Monaten des Kriegsausbruchs wunderbar gewesen ist.

Mit heiligem Ernst und in vollem Bewußtsein der Schwere der kommenden Zeit, aber mit Mut und Vertrauen auf die gerechte Sache der Verteidigung des heimatlichen Bodens zogen alle Regimenter blumengeschmückt aus, die einberufenen Reserven füllten die neuformierten Bataillone im Nu aus und so bildeten sich die zahlreichen Armeen, die den ersten Anprall der Feinde auszuhalten hatten. Die Treue zu Kaiser und Reich zeigte sich im glänzendsten Lichte. Unsere Lebensanschauung über den Wert der Armee hatte sich trefflich bewährt. Vom Westen her folgte eine Siegeskunde der anderen und bald keimte die Hoffnung, daß wir vor Paris in kurzer Zeit die Entscheidung erzwingen würden. Da zeigten sich die ersten Spuren von Italiens Verrat. Frankreich konnte alle Grenzbesetzungen gegen Italien zurückziehen, wir mußten Truppen gegen die russische Dampfwalze abgeben, uns fehlten Reserven und so kam an der Marne das siegreiche Vordringen unserer Westarmee zum Stehen. Aus dem Bewegungskrieg wurde ein Stellungskrieg. Im Osten freilich wurden weiter große Siege errungen. Bei Tannenberg und an den Masurischen Seen wurde die Dampfwalze rückwärts gestoßen und Jahr auf Jahr im harten Stellungskrieg auch die große Brussilow-Offensive zum Scheitern gebracht. Das Dardanellenunternehmen der Gegner wurde mit unserer Hilfe vereitelt, Serbien und Rumänien wurden niedergeworfen und durch den U-Boot-Krieg Hoffnungen auf ein gutes Ende erweckt. Auch die große glückliche Offensive gegen Italien darf hier nicht vergessen werden. Wir wissen es jetzt aus dem eigenen Munde unserer Feinde, daß sie oft nicht gewußt haben, wie sie sich aus den Schwierigkeiten, in welche sie durch die Wunderleistungen unserer Armee zu Lande, zu Wasser und in der Luft gebracht worden sind, heraushelfen sollten. Amerika war doch immer sehr weit.

Freilich hatten die zahlreichen schweren Kämpfe große Opfer gefordert. Die monatelangen Schlachten hatten kein Beispiel in der Geschichte und die Gegner waren tapfer und zähe und uns an Zahl stets überlegen. Aber wir waren trotzdem militärisch im Vorteil und noch vor einem Jahre hätte es niemand geglaubt, wenn es jemand gesagt hätte, daß wir heute so gedemütigt am Boden liegen würden, wie es jetzt tatsächlich der Fall ist.

Und der Armee stand würdig, ja man kann es nicht anders sagen, zunächst das ganze Volk zur Seite. Kein Opfer war anfangs zu groß. Alles wurde dargebracht. Wir hatten ein Jahr vor Ausbruch des Weltkrieges, im Jahre 1913, nicht umsonst die hundertjährige Gedenkfeier der glorreichen Erhebung von 1813 gefeiert. Alle wußten, was damals geleistet war. Nun wollte es jeder den Vorfahren gleich tun. Wir schienen tatsächlich ein Volk von Brüdern und Schwestern zu sein.

O du selige Zeit des Monats August 1914 mit seinen Nachfolgern. Wenn der Feind diese Einigkeit geahnt hätte, er hätte uns nicht überfallen, so war damals die allgemeine Ansicht. Und doch ist auch zu der Zeit schon der alte böse Feind des deutschen Volkes, die innere Zwietracht, im Verborgenen umhergeschlichen. Er war nur durch die Begeisterung der Massen, durch die strenge Zensur und durch die Unmöglichkeit, sich in Versammlungen zu zeigen, in das Dunkel der katilinarischen Schlupfwinkel zurückgedrängt. Alle die Leute, welche im November 1918 das Unglück unseres Volkes zur Tatsache gemacht haben, sie haben, wie wir jetzt sagen müssen, nicht zu den ehrlich Begeisterten gehört. Im günstigsten Fall sind sie Laue gewesen, vielfach haben sie geheuchelt und nur die Zeit abgewartet, wo sie ihre persönlichen und Parteiinteressen zur Geltung bringen konnten. Sie haben als schädliche Würmer den starken Ast angefressen, auf dem das Wohl des Vaterlandes ruhte.

In planmäßiger Weise, die sich zuerst in der Spaltung der sozialdemokratischen Partei zeigte, haben sie ihre alte Leier über den schrecklichen Militarismus angestimmt, haben, anstatt von Sieg zu sprechen, innerpolitische Ladenhüter über Jesuitengesetzesreste und Wahlrechtsfragen in Preußen hervorgeholt, haben nicht, wie es in der Ordnung gewesen wäre, auf die Engländer geschimpft, welche durch ihre allem Völkerrecht hohnsprechende Blockade unsere schwierigen Ernährungsverhältnisse hervorbrachten, sondern in immer steigendem Maße ihre alten Phrasen von der Unfähigkeit der Agrarier abgedroschen. So ist allmählich immer mehr die schöne Stimmung vom August 1914 verschwunden. An ihre Stelle trat Zank und Streit im Innern und, man sollte es nicht für möglich halten, auch die größten Siege draußen wurden im Inland nicht allgemein mit Freude und Jubel, sondern verhältnismäßig bald mit Lauheit, später mit offenem Mißvergnügen begrüßt. Der Wille zum Sieg, für altmodische Menschen etwas Selbstverständliches für ein im Kriege befindliches Volk, kam ins Schwinden. Während Clemenceau jeden Flaumacher einsperren oder erschießen ließ, brachte bei uns ein Bethmann Hollweg die Wahlrechtsvorlage in Preußen selbst ein und entflammte den unausbleiblichen Kampf im Innern, dessen sichere Begleiterscheinung eine immer mehr sich steigernde Gleichgültigkeit gegen die Vorgänge im Felde war und sein mußte. Ein Kompromiß zwischen Zentrum und Freisinnigen über eine parlamentarische Frage war ja für die Zeitungsleser viel interessanter als eine gewonnene Festung. In dem großen Krieg, der die ganze Welt erschütterte, sprach man im Innern des Landes, das der Krieg am meisten anging, von dessen Grenzen aber die Tapferkeit der Armee die Feinde fern hielt, am liebsten von anderen Dingen als von Siegen. Man sang, tanzte, belustigte sich, füllte die Theater und Konzerte, haschte nach Gewinnen und suchte Berechtigungen in Gestalt von Zeugnissen über nicht besuchten Unterricht zu ergattern, eine Art unlauterer Kriegsgewinn der Jugend. So wurde allmählich der Boden für den Niederbruch vorbereitet.

Doch, ach! Im Sturm zerbricht gar leicht der Ast! So hörten wir eingangs sagen. Und der Sturm kam. An der Front flogen die totbringenden eisernen Geschosse unentwegt auf unsere Mannschaften hagelartig im Trommelfeuer nieder, erstickende Gasschwaden zogen wie dichte Nebel über die Kampfgefilde hin, und von innen brachten die Urlauber die schlimmsten Nachrichten über die Vorgänge in der Heimat mit hinaus. Die knapper werdende Ernährung tat das Uebrige, wiewohl gesagt werden muß, daß eigentlicher Mangel an der Front nicht war. Am besten wird wohl die Stimmung der Armee dahin gekennzeichnet, daß 1914 jeder eilte hinauszukommen, um für das Vaterland zu sterben, von 1917 ab wollten viele nun den so dringend von Deutschland durch die Friedensresolution vom 19. Juli 1917 angebotenen Frieden erleben. Durch die fata morgana eines leichten Friedens war der Weg zu vieler Soldaten Herzen für die entgegen der Burgfriedenverabredung nie ruhende sozialdemokratische Agitation frei, ihre Ohren wurden willig.

Wozu noch sterben für einen Frieden, den Ihr durch einfaches Niederlegen der Waffen gefahrlos haben könnt? Unsere Feinde wollen nicht mit einem Hohenzollern verhandeln. Laßt uns eine Republik machen und wir haben eine allgemeine Völkerverbrüderung durch die internationale Sozialdemokratie!

Diese Toren, die das sagten! Diese Wahnwitzigen, die das glaubten. Ja, wenn nur nicht die französischen Sozialdemokraten erst Franzosen und dann Sozialdemokraten wären, und wenn nicht die englischen Sozialdemokraten erst zweimal Engländer und dann erst Sozialdemokraten wären. Nur die deutschen Sozialdemokraten sind zuerst, zuzweit und so fort international und dann endlich, wenn sie anders gesinnten deutschen Mitbürgern gegenüberstehen, zuletzt noch Feinde dieser Deutschen. Oh du unglückliches Deutschland, daß du das Werben deines Kaiser um die Liebe und das Vertrauen des ganzen Volkes nicht hast erfolgreich schauen dürfen! Und du dreimal unglückliches Land, das in den schwierigen Kriegsjahren keinen Kanzler an der Spitze der Geschäftsführung gehabt hat, der ein Mann der Tat war und den Mut gehabt hätte, mit Einsetzung seiner Person die Köche von den Staatsgeschäften fernzuhalten, welche nur ihre Parteitöpfe an dem großen Kriegsfeuer kochen wollten, mochte auch das Vaterland zugrunde gehen!

Und wie hat es in den Parteitöpfen des Zentrums, der Freisinnigen und der Sozialdemokraten gebrodelt! Eine rein parlamentarische Regierung wurde der Krone abgepreßt, zuletzt wurde sogar die Kommandogewalt dem Kaiser genommen. Das Gesetz, welches dieses bestimmt, ist das letzte, das den Namen Wilhelms II. als Unterschrift trägt. Immer offener forderten die äußersten Linken die Abdankung des Kaisers. Nach der Kieler Revolte der Marine am 5. November wurden auch die Freisinnigen und das Zentrum in ihrer Kaisertreue wankend und sind dadurch mitschuldig geworden an der schwächlichen Haltung des Reichskanzlers Prinz Max von Baden, der den zweifelhaften Ruhm hat, voreilig und wahrheitswidrig den Entschließungen des Kaisers vorgegriffen zu haben.

So geschah das Ungeheure! Am 9. November 1918 wurde in Berlin die Republik ausgerufen. Der Kaiser ging nach Holland, die kaiserlose, die schreckliche Zeit war wieder da. An Stelle der Regierungen ergriff in allen deutschen Landen und bald auch in der Armee das unfaßbare Gespenst der Soldaten- und Arbeiterräte die Herrschaft und ein Hexensabbat, der noch nicht zu Ende ist, begann Deutschland zu durchrasen. Er ist überall von den verhängnisvollsten Folgen begleitet gewesen, aber nirgends von so weitgehenden, wie sie der Waffenstillstand von Compiegne gezeitigt hat. In ihm wurde Deutschland seinen Feinden ausgeliefert. Mit Grausen hört man von den nunmehr unterschriebenen und verbrieften Friedensbedingungen. Der Friedensvertrag wird seine Spuren mit Leidenszügen nie gekannter Art noch in die spätesten Geschlechter einzeichnen, und immer rätselhafter wird es werden, daß er nur dadurch möglich war, daß es im November 1918 tatsächlich geschehen ist, daß eine unbesiegte Armee von vielen Millionen die Waffen weggeworfen, gegen ihre Offiziere gemeutert und sich vor aller Welt auf den Kopf gestellt hat, indem sie beliebige Schwätzer zu ihren Führern wählte und sich oft von unreifen Burschen tyrannisieren ließ, die sich von würdigen Generälen nicht mehr befehlen lassen wollten. Die russischen Verhältnisse waren übertroffen. Und das hat mit ihrer Agitation die durch die freisinnige Presse vom Schlage des „Berliner Tageblattes" und der „Frankfurter Zeitung" sowie vom Zentrum und den Freisinnigen unterstützte Sozialdemokratie getan. Der alte Bebel hat einst feierlich erklärt, er würde bei einem Kriege gegen Frankreich und Rußland die Knarre auf den Rücken nehmen und mitgehen, seine Nachfahren haben der Armee die Waffen genommen und ihr nach dem Ausspruch eines englischen Generals den Dolch von hinten in den Rücken gestoßen.

Welch' ein Unterschied zwischen dem Auszug der Armee 1914 und ihrer Rückkehr 1918!

Da ist der Rückzug der großen Armee Napoleons 1812 ein Triumphzug dagegen. Denn Napoleons Armee war von den Elementen und den Feinden bezwungen und nach ¾ Jahren stand eine neue zur Verfügung, unsere Armee hat sich selbst geschändet. Sie ist aufgeflogen und zerstreut wie Spreu vor dem Winde. Treue ist kein leerer Wahn läßt Schiller den Tyrannen von Syracus sagen. Auch Untreue ist keiner. Wie aber jene sich belohnt, so rächt sich diese.

Mir kommt die Treue, welche früher die deutsche Armee zierte, vor wie ein großer krystallener Dom, der sich über dem Lande erhob, es schmückte und sicherte. Dieses Krystall haben die inneren Feinde besudelt, es ist im November 1918 blind und schmutzig geworden, es hat Risse bekommen und die Krystallhalle ist zusammengebrochen, alles unter sich begrabend.

Als ich nach langer Gefangenschaft auf meiner Rückreise in die Heimat zuerst in Kassel das ganze Unglück vor Augen sah, da habe ich vor Schmerz, Scham und Wut geweint. Der schmutzige Anblick der sonst so sauberen Stadt, die niedergeschlagenen Blicke des einen Teils der Bevölkerung, die frechen des anderen Teils und die trostlose Unordnung des ganzen Verkehrswesens ließen mir Deutschland erscheinen wie eine einstmals schöne Kunsthalle, in der Rhinozerosse und Kamele um die Weltmeisterschaft des Stumpfsinns Fußball gespielt hätten. Niemand macht den Deutschen die gewonnene Meisterschaft streitig, denn alle Feinde ziehen Vorteil daraus. Die Clemenceau, Lloyd George und Wilson haben unsere Geschichte und unseren Nationalcharakter gut studiert und danach ihre Bedingungen so gestellt, daß wir lahmgelegt sind auf lange, lange Zeit. Kein Vernünftiger zweifelt wohl heute daran, daß wir materiell furchtbar leiden werden. Bis jetzt nannte man Siege, welche durch ihre Opfer Gefahr brachten, Pyrrhussiege, von nun an wird man sie deutsche Siege nennen. Die Frage ist für uns jetzt nur, ob wir ganz zugrunde gehen werden, d. h. ob das „Weh' dir, wenn du nicht selbst Flügel hast", auch für unser inneres Leben gilt, ob wir seelisch angesichts und inmitten des äußeren Elendes noch soviel Widerstandskraft entwickeln werden, daß wir mit einiger Vernunft im Hinblick und in der Hoffnung auf eine ferne bessere Zukunft unseres Volkes die Leidenszeit überdauern können. War unsere Lebensanschauung über die Armee und das Vaterland so verinnerlicht und bedeutungsvoll, daß wir aus ihren Splittern Flügel zu neuem Aufstieg bilden können? Nach gewissenhafter Prüfung glaube ich das wohl bejahen zu können. Wir brauchen und dürfen nicht trauern wie die, welche keine Hoffnung haben. Unsere Ziele sind stets ernste gewesen. Nicht deshalb priesen wir Deutschland als unser Vaterland, weil es uns in ihm gut ging, sondern weil es das Land war, das uns geboren, erzogen und genährt hatte. Daran ändert sich also nichts, wenn es mit der Nahrung auch knapp bleibt. Der alte Wahlspruch der Hohenzollern „Jedem das Seine" gilt uns nicht nur weiter für unsere Mitbürger, sondern auch für das Vaterland. Dem Vaterland aber gehören wir selbst zu. Schon oft hat es schwere Zeiten gesehen. Ich erinnere nur an den 30jährigen Krieg, den siebenjährigen Krieg, die napoleonische Knechtschaft. Unter der letzteren war es so schlimm, daß Fichte als einzigen wertvollen Besitz des Volkes die Reinheit seiner Sprache ansah. Auf diese baute er seine Hoffnung für spätere bessere Zeiten auf. Auch ich möchte die Reinheit unserer Sprache als Grunderfordernis für unser Durchhalten hinstellen. Nicht zwar so wie es die Puristen verstehen, daß wir kein Fremdwort gebrauchen sollen. Die Worte sind immer nur die Scheide für den Geist, der in ihnen liegt. Ich verstehe unter Reinheit der Sprache das, daß man die einzelnen Dinge mit ihrem richtigen Namen belegt. Daß man nicht, um seinen Vergnügungstaumel vor sich und anderen zu verbergen, das Jagen nach Vergnügungen nennt „Mut im Unglück zeigen" oder „den Kopf nicht hängen lassen", daß man unter Volk nicht nur den handarbeitenden Teil des Ganzen versteht*), daß man nicht mit Freiheit die tatsächlichste Knechtschaft bezeichnet, daß man nicht Ungleiches gleich und Gleiches ungleich nennt usw. Wo solcher sprachliche Mißbrauch im Volke massenhaft auftritt, zeigt er eine schwere Erkrankung der Volksseele an. Jetzt weiß ich auch, daß in der Armee sich die Möglichkeit des Ausbruchs der schweren Katastrophe von 1918 schon seit 1916 in der Sprache angekündigt hat. Mir fiel damals schon sehr unangenehm auf, daß man für eine ganze Anzahl häßlicher Dinge andere Worte einführte als sie vordem gebraucht wurden. Wie verächtlich klang früher nicht „fliehen", wie häßlich klang „stehlen", wie erschrak man vor „gefangen werden"! Nun sagte man statt fliehen „türmen", statt stehlen „plus machen", statt gefangen werden „geschnappt werden". Das Häßliche war mit dem Worte abgestreift und nun konnten ganze Bataillone türmen und geschnappt werden, Loren voll konnten plus gemacht werden, der Schande glaubte man überhoben zu sein. Dieses Sprachverbrechen ist schon ein Zeichen beginnender Erkrankung gewesen. In diesem Sinn, Ihr Deutschen, achtet auf Eure Sprache! Eine wahre Sprache ist gesunde Höhenluft für die Seele.

---

*) Denn die anderen Volksschichten sind auch nicht, um mit Sokrates zu reden, auf den Bäumen gewachsen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907271-12/fragment/page=0003

[illegible] wollen wir Deutschen ein reines Gewissen haben. Trotz des unterschriebenen Friedensvertrages haben wir den Krieg nicht begonnen. Wir haben nur einen Verteidigungskrieg geführt. Wer in ihm seine Schuldigkeit getan hat, sei es Mann oder Frau, kann erhobenen Hauptes durch das Leben weiter schreiten, so schwer auch die Not drücken wird. Auch mit Sparsamkeit und Fleiß läßt sich viel erreichen. Der 8-Stundentag wird es freilich nicht machen. Unsere Frohnherrn werden diesen Teil der Staatsgrundverfassung bald außer Wirksamkeit setzen. Das schadet auch gar nichts.

Endlich zuletzt, aber nicht als Letztes sei Gottvertrauen genannt als wertvoller Flügel für das Durchhalten in der angebrochenen Not. Der Gott, der die Wunden des 30jährigen Krieges geheilt hat, der der Alliierte des alten Blücher war, und der unser Volk 1813 errettet hat, er kann es auch diesmal wieder in eine bessere Zukunft führen, wenn seine Mehrheit den Mut findet, die Angriffe einer kranken oder unvernünftigen Minderheit tatkräftig abzuwehren. Findet die Mehrheit den Mut dazu nicht, so ist unser Volk nicht mehr wert zu existieren, dann mag es zugrunde gehen. Kein Gott kann ihm helfen. Ein tatenloses Gottvertrauen gibt es nicht. Das ist eine Selbsttäuschung, sprachkranke Personen nennen das einen frommen Betrug, ich nenne es Feigheit.

In dem schönen Werk Goethes „Iphigenie auf Tauris" zeigt der Dichter uns die beiden Freunde Orest und Pylades auf ihrem schweren Weg zum Tempel der Diana, wo sich ihr Schicksal erfüllen soll. Orest ist ganz niedergeschlagen und wünscht sich den Tod; da spricht Pylades zu ihm:

> Die Götter brauchen manchen guten Mann zu ihrem Dienst auf dieser weiten Erde, Sie haben noch auf Dich gezählt.

Daß wir traurig sind, wird uns niemand übel nehmen, aber es soll ein Freundesdienst sein, wenn ich zu Ihnen allen sage:

> Das Vaterland braucht manchen guten Mann und manche gute Frau zu seinem Dienst jetzt mehr als je. Es hat auch noch auf Dich gezählt!

„Ich komme zu helfen," das sei die Losung und das Feldgeschrei, zugleich als neues Gelübde für das Vaterland, mit dem wir unseren heutigen Stiftungstag weihen. Damit tue jeder hin und aus seine Schuldigkeit!

Volkswirtschaft

Nachdruck der mit einem ✠ versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Wochenschau

vom 21.—27. Juli.

Die Welt wird schöner mit jeder Woche! Die Aussichten, den Gleitsturz in das wirtschaftliche Chaos aufzuhalten, vermindern sich mit jedem Tage. Im Streiken löst eine Wirtschaftsgruppe die andere ab. Ist die Runde gemacht, dann kommt zur Abwechslung der Generalstreik, welcher sich aber dann sofort wieder in Teilstreiks auflöst. Und so wird das Streikrunden, das den deutschen Arbeitern trotz des Ernstes unserer wirtschaftlichen Lage anscheinend Spaß macht, solange weiter gehen, bis dem Streikspaß ein Ziel gesetzt sein wird dadurch, daß das deutsche Wirtschaftsleben eben keine Scherze mehr vertragen kann und infolge dieser unsinnigen Belastungsproben unrettbar zusammenbricht. Dann können die deutschen Arbeiter ruhig darauf losstreiken, denn dann gibt's nichts mehr zu streiken, auch nicht mehr aus Sympathie, Protest oder Solidarität. Das Feiern wird dann allgemein sein. Wochen-, monate-, jahrelang können sie dann feiern. Die Feier wird aber die Totenfeier des deutschen Wirtschaftslebens und damit ihr eigener Untergang sein. Man möchte an der Morgendämmerung besserer Verhältnisse verzweifeln, wenn man sieht, wie die Arbeiterschaft jedem Maulaufreißer Gefolgschaft leistet, nur weil er ihr, der physisch und moralisch zermürbten, goldene Berge verspricht, wobei diese Phrasenhelden genau wissen, daß diese Schätze auf dem Monde liegen. Der Volksmund nennt solche Menschen daher auch mondsüchtig. Und im allgemeinen weiß der deutsche Arbeiter sonst ganz genau, was er von mondsüchtigen Leuten wie diese zu halten hat. Das System der unheimlichen Minierarbeit dieser Art Menschen ist deutlich zu sehen. Der Eisenbahnerstreik sollte die Zufuhr nach den Städten absperren, der Berliner Verkehrsstreik sollte das Publikum mürbe machen und beim Landarbeiterstreik sollten die Früchte des Bodens verfaulen. Alles das zur höheren Ehre des kommunistischen Ideals, welches seine Fahne auf den Trümmern der heutigen Staatsordnung aufpflanzen will. Der Einwurf, die Arbeiter und Angestellten der einzelnen Wirtschaftsgruppen wollten mit dem Streikmittel nur ihr Einkommen mit der noch immer herrschenden Teuerung in Einklang bringen, ist hinfällig. Gewiß, der Einzelne mag oft nichts anderes im Sinne haben, aber das Ganze, die Masse ist geführt von mit russischem und ungarischem Geld bezahlten Hetzern, welche zielbewußt auf die kommende russische Revolution hinarbeiten. Die unterirdische Geschichte über die ganzen Streikbewegungen muß noch geschrieben werden. Soviel aber steht heute schon fest, daß beim Lesen dieser hoffentlich bald erscheinenden Enthüllungen sogar manchem klassenbewußten Genossen, welcher heute willen- und gedankenlos jeden Streik, wie er kommt, mitmacht, die Augen aufgehen werden darüber, wie schändlich er sich von diesen Volksverderbern hat anlügen lassen. Welch herrlichen Zeiten wir im kommunistischen Staate entgegengehen würden, davon gibt eine kleine Probe die Höhe der Lebensmittelpreise in Moskau verglichen mit denen in Deutschland (s. „H. Z." 358). Die Kündigung an ihre Arbeiter seitens der Siemens-Schuckertwerke, was ist sie anders als eine berechtigte Stellungnahme der Betriebsleitung gegenüber den unverantwortlichen Hetzern, von welchen die Arbeiter sich haben unverantwortlicherweise aufwiegeln lassen? Ministerpräsident Bauer sagte in seiner Programmrede: Die Macht des Arbeiters ist gewachsen, seine einstige Machtlosigkeit gehört der Geschichte an. Wenn aber die Arbeiter nun im Mißbrauchen ihrer gewachsenen Macht ihr Heil erblicken, so dürfte die Regierung es sich doch zweimal überlegen, in dem Gesetz über die Arbeiter- und Betriebsräte den Arbeiter zum „Mitbestimmen im Produktionsprozeß" zu machen, wie es Bauer in seiner weiteren Programmrede verlangt hat. Besonders in der jetzigen Zeit, wo wir so dringend Förderung der Produktion nötig haben und nicht Rückgang derselben, wie in den letzten Wochen in der oberschlesischen Montanindustrie. Dort ist die Arbeitsunlust nunmehr derart, daß die durchschnittliche Arbeitsleistung einer Schicht sich auf ganze 4½ Stunden stellt. Die Werke stehen heute den dringendsten Anforderungen der deutschen Industrie ratlos gegenüber. Die Förderung ist durch die fortlaufenden Lohnerhöhungen bisher noch keineswegs in einer irgendwie in Betracht kommenden Art gebessert worden, vielmehr hält die Arbeitsunlust ziemlich unverändert an. Unter den bestehenden Verhältnissen sieht man überhaupt kein Mittel, durch das die Arbeitsleistungen erhöht werden könnten. Auch hinter dieser Arbeitsunlust und passiven Resistenz hat man nicht anderes zu suchen, als die Arbeit kommunistischer und unabhängiger Drahtzieher. Da kann der Reichswirtschaftsminister Schmidt noch lange in noch so schönen Worten an das Pflichtgefühl der deutschen Arbeiter appellieren und ihnen die Förderung der Kohlenproduktion als oberstes Ziel vor Augen führen. Die verhetzten Arbeiter hören nicht auf ihn, sie hören auf die Maulaufreißer, auf die Mondsüchtigen. In diesen Fällen können nur Taten und Beseitigung der Hindernisse, welche die deutschen Arbeiter nicht zur Vernunft kommen lassen wollen, helfen. Und dazu braucht die Regierung nur die zehn Wirtschaftsgebote des Abgeordneten Witthoefft, des Bremer Handelskammerpräsidenten, zu beherzigen, die im wesentlichen hinauslaufen auf: „Ordnung im Lande, Arbeit, Bekämpfung sowohl kapitalistischer Ausbeuter und unberechtigter Streiks, Statuierung der Pflicht zur Arbeit, Aenderung des Systems der Arbeitslosenunterstützung, Gesundung der Finanzen durch Sparsamkeit und möglichst schnelles Abtragen der Schuld, Gewährleistung der Eigentumsrechte, einfache gerechte Steuern, als deren Rückgrat Einkommensteuer und Erbschaftssteuer in steigender Progression gelten sollen, eine Zollpolitik, die die heimische Wirtschaft schützt, endlich eine freie Gesamtwirtschaft und Aufhebung aller Kriegsgesellschaften. Nur Brot und Fleisch sollen noch öffentlich bewirtschaftet werden, wenn die Produktivität und Rentabilität nicht leiden, auf keinen Fall aber beim völkerverbindenden Handel." In Ausführung dieses Programms dürfte es dann möglich sein, das arg darniederliegende deutsche Wirtschaftsleben allmählich einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

Die Haltung der Börse war in der Berichtswoche ruhig und ziemlich behauptet. Die Steuerentwürfe haben die Börsianer etwas nachdenklich gestimmt. Dazu kamen noch die Pläne der Regierung über die Abstempelung der Wertpapiere und der Umtausch der Banknoten. Auch das Sozialisierungsprogramm des Ministerpräsidenten Bauer wirkte verstimmend. Da aber das Publikum die Neigung besaß, lieber Wertpapiere zu besitzen als Banknoten, so trat kein besonderer Rückgang ein. Die plötzliche Kursbesserung der Kriegsanleihe erlitt keinen Rückschlag, was als günstiges Zeichen dieses Marktgebietes gedeutet werden kann. Wenn sich der jetzige Kurs der Kriegsanleihe wenigstens eine Zeitlang halten kann, so ist viel gewonnen. Ein Eingriff des Stützungskonsortiums („H. Z." 358 und 361) beim heutigen Kurs wird für zwecklos gehalten. Das Hauptgeschäft fand in internationalen Papieren statt, besonders in Kanadabahn-Aktien, weil man sich sagte, daß dieses Papier das einzige ist, welches als Unterlage für amerikanische Kredite benutzt werden kann. In sehr fester Haltung verkehrten auch die von Wien abhängigen Werte. Die einheimischen Industriepapiere blieben im ganzen behauptet. Während die deutsche Kriegsanleihe eine Kurve nach oben eingeschlagen hat, neigt sich die Kurve der Reichsmark nach unten. Der Hauptgrund für die neue Abschwächung ist neben der Streikeinwirkung und der geplanten Notenabstempelung allem Anscheine nach in der für Deutschland ungünstigen Preisbewegung einer Anzahl wichtiger Rohstoffe am internationalen Markte zu suchen. Die Aufhebung der Blockade ist dort das Signal zu starken Preissteigerungen gewesen. Spekulantengruppen halten überall die Zeit für gekommen, um dem nach Rohstoffen hungernden Deutschland ihre aufgestapelten Warenmengen zu „gepfefferten" Preisen zu verkaufen. Den internationalen Spekulantengruppen muß daher gezeigt werden, daß die deutsche Geschäftswelt ihr Spiel durchschaut. Es darf bei dem Einkauf der Rohstoffe bei der Industrie keine Ueberstürzung eintreten. Für den dringenden Bedarf an industriellen Rohstoffen können wir zunächst auf die recht bedeutenden Vorräte zurückgreifen, die schon während des Krieges in neutralen Ländern für deutsche Rechnung gekauft und bezahlt wurden, und die demnächst freigegeben werden. Die Kursentwicklung der Mark zeigt nachstehende Zusammenstellung

	Friedenskurse	2. Jan.	15. Juli	jetzt
Berlin-Kopenhagen	88,80	47,45	30,10	29,25
Berlin-Stockholm	88,89	44	28	26,50
Berlin-Amsterdam	59,25	38,40	18,25	16,85
Berlin-Zürich	123,45	60	37,75	36,25

Der Reichsbankausweis („H. Z." 357) zeigt bei ungefähr demselben Goldbestand wieder eine ansehnliche Verringerung des Notenumlaufs um 376,4 Millionen Mark, gegenüber 137 Millionen in der Vorwoche, was sehr zu begrüßen ist. Im Zusammenhang damit sei noch auf die Abstempelung des Papiergeldes hingewiesen. Das Reichsfinanzministerium trägt sich bekanntlich mit der Absicht, sämtliche Wertpapiere abstempeln zu lassen, ferner das gesamte Papiergeld einzuziehen und statt dessen Gutscheine auszugeben. Man wird mit den Tausendmarkscheinen beginnen und sie reihenweise zur Einziehung aufrufen. Dadurch sollen angeblich alle Besitzer von Banknoten gezwungen werden, ihr Papiergeld aus den Bankdepots im In- und Auslande herauszuziehen. Der Plan klingt ja bestrickend. Aber der Versuch wird bei uns die schlimmsten wirtschaftlichen Störungen geben, wie in der Tschecho-Slowakei. Für die tschechische Devise wird etwa 72 bis 74 Mark für 100 Kronen gezahlt, während die tschechische Note schon mit 64 Mark für 100 Kronen angeboten bleibt. Dieser erhebliche Preisunterschied erklärt sich dadurch, daß sehr viel tschechische Noten im Umlauf sind, die eine gefälschte Abstempelungsmarke tragen. Die Notenabstempelung der tschecho-slowakischen Republik ist also von geriebenen Gaunern durchlöchert worden, und schon vor einiger Zeit mußte der tschecho-slowakische Finanzminister zugeben, daß mindestens 1 Milliarde Kronen-Noten mit falscher Stempelmarke in Umlauf sind. Die Fälschung dieser Abstempelungsmarke ist aber so geschickt, daß man echte und unechte nicht zu unterscheiden vermag. Bei uns wäre durch dieses Gesetz dem Betrug ebenfalls Tür und Tor geöffnet. Wie die sogenannten Gutscheine hergestellt werden sollen, dürfte dem Reichsschatzministerium auch noch schwere Sorgen bereiten, denn die Leistungsfähigkeit unserer Reichsbank dürfte den Druck dieser Gutscheine kaum bewältigen können. Konnte das Institut während des ganzen Krieges doch nur 28 Milliarden Mark Papiergeld herstellen. Der Druck sorgfältig hergestellter und schwer nachahmbarer Banknoten in so kolossalem Umfange, wie ihn der Umtausch unseres gesamten Papiergeldes erforderlich machen würde, ist daher ein technische Unmöglichkeit. Außerdem würde eine Zahlungsmittelnot schlimmster Art entstehen. Wie, wenn jemand z. B. 10 000 Mark einreicht und er einen Zwischenschein über die ganze Summe erhält? Damit kann er nichts bezahlen. Und kleinere Zwischenscheine sind nicht herzustellen, denn dieselben würden bei dem mangelhaften schlechten Druck in Ansehung der benötigten Riesenmengen und der verhältnismäßig kurzen Zeit Fälschungen in ungeahnter Weise ermöglichen. Die Vorteile, die vielleicht durch den Geldumtausch erreicht werden könnten, werden daher durch die gewaltigen Nachteile weit übertroffen. Bereits hat auch schon der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes in einem Telegramm an die Nationalversammlung Stellung dagegen genommen („H. Z." 359). Er warnt aufs ernsteste und dringendste vor dilettantischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuerflucht. Und in der Tat darf sich das Reichsfinanzministerium bei diesen Maßnahmen nur von Erwägungen leiten lassen, welche zu Nutz und Frommen des deutschen Wirtschaftslebens sind, und sich nicht dazu hinreißen lassen, Maßnahmen zu ergreifen, welche in Reverenz vor der Majestät des Volkes wohl billige Lorbeeren einbringen, aber dem deutschen Wirtschaftsleben lebensgefährliche Wunden schlagen.

C. H.

Geldmarkt und Banken

Amerika als Weltbankier. „Het Volk" erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß in Amerika von dem Bankhaus Morgan ein großer Kredit für Deutschland abgeschlossen wird. Er wird mindestens einige Hundert Millionen Dollar, wahrscheinlich aber viel mehr betragen. — Nach einem Bericht des „Corriere della Sera" sind die Verhandlungen der italienischen Abordnung mit der Bankengruppe Morgan weit vorgeschritten, und es fehlt nur noch die Zustimmung der amerikanischen Regierung, um sie zum Abschluß zu bringen. Es handelt sich um eine innerhalb weniger Jahre zurückzuzahlende Milliardenanleihe, deren Ertrag die amerikanischen Bezüge Italiens an Rohstoffen und Nahrungsmitteln decken soll. Wenn auch der Kreditgeber nicht der amerikanische Staat, sondern ein privates Bankenkonsortium ist, hat sich Wilson doch vorbehalten, die Genehmigung erst dann zu erteilen, wenn die Adriafrage gelöst sein wird. Italien hat also großes Interesse an der schleunigen Erledigung dieser Frage, damit die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und den Vereinigten Staaten wenigstens auf finanziellem Gebiet wieder hergestellt werden. — Das „Journal de Geneve" enthält nähere Mitteilungen über die Anleihe der schweizerischen Eidgenossenschaft in den Vereinigten Staaten. Es handelt sich um 30 Millionen Dollars, rückzahlbar innerhalb einer Frist von zehn Jahren. Der Zinsfuß beträgt 5½ Prozent. Die Emission wird wahrscheinlich zum Kurse von 96 erfolgen.

Der freie Handel für Gold in England wieder gestattet. Die Bank von England traf mit den Vertretern der Transvaal Goldminen ein Uebereinkommen, das den freien Markt für das von diesen Gesellschaften erzeugte Gold wieder herstellt. Hierdurch wird der Ankauf von Gold im freien Markte von London für Verschiffungen nach dem Auslande wieder ermöglicht. Als Versuchsverkauf werden 50 000 Unzen Gold nach den Vereinigten Staaten versandt zum Preise von 85 sh. 6 d. gegen 77 sh. 9 d. bisheriger Preis.

Folgen der Räteregierung in Ungarn. Die Centralhypothekenbank ungarischer Sparkassen als Aktiengesellschaft in Budapest teilt mit, daß die Einlösung von Zinsscheinen ihrer Pfandbriefe laut Anordnungen des Volkskommissariats für Finanzen derzeit gänzlich eingestellt ist. Sie werde für die Deckung des Bedarfs Sorge tragen, sobald die Frage seitens der Obrigkeit geregelt sein wird.

Nordhausen-Wernigeroder Eisenbahn-Akt.-Ges. Wie verlautet, ist die Gesellschaft infolge fortschreitender Besserung der Betriebs- und finanziellen Verhältnisse in der Lage, aus erfahrbaren Mitteln die Einlösung der noch restlichen Obligationen zum 1. August vorzunehmen. Es handelt sich um die am 1. Oktober 1918 und am 1. April 1919 fällig gewesenen Coupons der 4- bzw. 4½prozentigen Anleihen von 1905 und 1910.

Industrie, Handel, Handwerk

Neue Kohlen- und Kokspreiserhöhungen in Sicht! Nach Meldungen beabsichtigt das Kohlensyndikat ab 1. August eine neue Erhöhung der Brennstoffpreise um 10 Mark die Tonne für Kohlen und um 15 Mark für Koks. Es schweben noch Verhandlungen mit der Regierung.

Sanierung der Kali-Gesellschaft Heldburg. Der auf den 15. August anberaumten Generalversammlung wird die Umwandlung des Aktienkapitals in Vorzugsaktien unter Zuzahlung von 25 Prozent auf den Nennwert pro Aktie vorgeschlagen werden. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt 21 Millionen Mark. Für das Jahr 1918 hat sich die Unterbilanz von 1 054 832 auf 2 662 125 Mark erhöht.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Der Börsenverkehr trug auch heute durchaus den Charakter der Lustlosigkeit. Bei geringen Umsätzen waren die Kursveränderungen im allgemeinen wenig belangreich, und die Bewegung nicht einheitlich. Hütten- und Kohlenaktien stellten sich vorwiegend um Bruchteile niedriger. Mit einer mehr als fünfprozentigen Besserung setzten Mannesmannröhren ein, konnten aber den Gewinn später nicht voll behaupten. Deutsche Waffen zogen nach der gestern erfolgten bedeutenden Steigerung wieder etwas an. Auch Gebrüder Böhler gewannen 2 Prozent. Dagegen verloren Bergmann etwa 2 Prozent. Bedeutende Steigerungen erfuhren wieder einige Valutawerte, wie Kanada, Baltimore und Ohio und Deutsche Uebersee-Linien. Am Anlagemarkt schwächten sich die Kurse der deutschen Anleihen weiter etwas ab. Kriegsanleihe schwankte zwischen 82¾ und 82⅛. Oesterreichische und ungarische Werte waren gedrückt.

Produktenbericht. Im Produktenverkehr hielt auch heute die Geschäftsstille an. In Saatgetreide dürften höchstens einige Abschlüsse in anerkannten Absaaten stattgefunden haben. Von Sämereien waren Vicia villosa, Stoppelrüben und einige andere Artikel angeboten. Lupinen konnten nur schwer untergebracht werden. Für Serradella zeigte sich kein Interesse. Von Heu sind große Vorräte am Markte bei nicht großem Kaufinteresse. Gesucht bleibt drahtgepreßtes Heu. Die Tendenz für Stroh bleibt schwach.

Im freien Verkehr wurden nichtamtlich ermittelt:

Eisenbahn-Aktien:		Gasmotoren Deutz	140,25
Halberstadt-Blankenb.	81.75	Gebhardt u. Co.	237,—
Halle-Hettstedter	70,50	Gebhardt u. König	113,—
Schantungbahn	129.—	Gelsenkirch. Bergb.	175,25
Allg. Lokal-Str.	133.75	Glanziger Zuckerfbr.	255,—
Gr. Berl. Str.	121,1/8	Hallesche Masch.-Fabr.	310,—
Magdeburger Str.-B.	—,—	Hann. Masch.	315,—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	310.—	Harpener Berg	159,50
Orientbahn	249,—	Hasper Eisen	166,50
Schiffahrts-Akt.:		Hirsch Kupfer	221,—
Hambg. Paketfahrt	101.25	Höchster Farbw.	297,—
Hambg.-Südamerika	171,5/8	Hoesch Eisen u. Stahl	212,50
Hansa-Dampfschiff	224.50	Hohenlohe-Werke	115,—
Nordd. Lloyd	108.25	Humboldt-Masch.	130,3/4
Banken:		Ilse-Bergbau	303,—
Bank für Thür.	—,—	Kahla-Porzellan	309,50
Berl. Handelsges.	152,50	Kaliw. Aschersleben	163,75
Comm u. Diskontobank	124,—	Körbisd. Zucker-Akt.	—,—
Darmstädter Bank	108,1/8	Kyffhäuserhütte	—,—
Dess. Landesbank	111,—	Lahmeyer u. Co.	115,—
Deutsche Bank	195,—	Lauchhammer	165,—
Diskonto-Comm.	153,—	Laurahütte	168,—
Dresdner Bank	130,—	Linke u. Hofmann	274,50
Credit-Anst. Leipzig	136,—	Ludwig Loewe u. Co.	221,—
Mitteld. Kreditbank	114,—	Lothringer Hütte	150,—
„ Privat-Bank	111,50	Mannesmannröhren	183,—
Nationalbank	103,—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	136,3/4
Oesterr. Kredit	—,—	do. Caro Heg.	148,50
Reichsbank	145,25	do. Kokswerke	203,—
Industrie-Aktien:		Orenstein u. Koppel	170,50
Schultheiss-Brauerei	248.75	Phönix-Bergb.	193,3/4
Akt. f. Anilin	245,50	Rhein. Metall-Vorz.	174,—
Allgem. Elektr.-Ges.	175.75	Rhein Stahlwaren	140,—
Ammendorfer Papierf.	—,—	Riebeck. Montan	187,75
Anhalter Kohlenw.	162,—	Rombacher Hütten	155,3/4
Annaberger Steingut	178,25	Rositzer Braunk.	113,—
Badische Anilin	332,—	Rositzer Zucker	158,—
Bergmann-Elekt.-Akt.	—,—	Sangerhäuser Masch.	230,50
Berl. Masch.-Bau	201,25	Hugo Schneider u. Co.	186,—
Bismarckhütte	218,—	Schuckert u. Co.	119,50
Bochumer Gußstahl	184,25	Siemens u. Halske	164,—
Chem. Fabrik Buckau	115,—	Stettiner Vulkan	165,—
Chem. Griesheim	300,—	Stollberger Zinkh.	169,75
Chem. v. Heyden	218,25	Strals. Spielkarten	242,50
Consolidation Schalke	230,—	Thale-Eisenhütte	239,75
Cröllwitzer Papierfabr.	217,—	Triptis-Akt.-Ges.	175,50
Daimler-Motoren	201,—	Türkische Tabakregie	515,—
Deutsch-Luxemburg	143,25	Ver. Köln-Rottweiler	175,25
Deutsche Uebersee-El.	225,—	Glanzstoff Elberf.	479,50
Deutsche Erdöl	305,50	Wegelin u. Hübner	151,—
Deutsche Gasglühl.	395,—	Wersch.-Weissenf. Brk.	—,—
Deutsche Kali	179.50	Westeregeln-Alkali	217,50
Deutsche Waff. u. Mun.	204,7/8	Wittener Gußstahl	197,—
Donnersmarkhütte	210,50	Wrede-Mälzerei	118,—
Döring u. Lehrmann	120,—	Zelch.-Kriebitsch. Brk.	—,—
Dürkoppwerke	290,—	Zeitzer Masch.	354,—
Elberfelder Farben	294,—	Zellstoff Walthof	176,—
Felten u. Guilleaume	160.75	Otavi-Minen	125,50

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Sport: Hans Heiling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meyer.
Anzeigenteil: i. V.: Kurt Steinhauf; sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle-Saale

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907271-12/fragment/page=0004

Halle und Umgebung

Halle, 27. Juli.

Städtetag des Städteverbandes Sachsen-Anhalt

(Fortsetzung.)

Aus den Ausführungen des Rektors **Wigge**-Artern über „Die Einheitsschule“ sei folgendes hervorgehoben: Die Schulfrage ist eine politische Frage. Seit 150 Jahren ist die Schule eine staatliche Einrichtung. Die Revolution hat Verhältnisse geschaffen, denen wir uns anpassen müssen, in politischen Fragen wie in der Schulfrage. Der neue Volksstaat hat ein besonderes Interesse an der Ausgestaltung der Volksschule. Noch 1911 gab es Volksschulen, deren Klassen über 100 Schüler enthielten. Die Ausbildung der höheren Schüler kostete Staat und Kommune weit mehr als die der Volksschüler. Der Volksstaat erkennt nur die Intelligenz und persönliche Tüchtigkeit an, die soziale Gerechtigkeit fordert die Fürsorge für die gesamte Jugend, fordert die Einheitsschule, die der Gesamtheit dient. Sie hat die Aufgabe, die Jugend für die Arbeit für, am und im Staate zu erziehen durch eine gediegene allgemeine und berufliche Ausbildung. Der Religionsunterricht ist nicht Sache des Staates, sondern der Kirche. Konfessionelle Glaubenssätze gehören nicht zum Bildungsfache des Staates und der Schule.

Die nationale Einheitsschule hat die Aufgabe, unsere Jugend im Interesse des Wiederaufbaues unseres Vaterlandes tüchtig und bildungsfähig zu machen. Sie soll den Massenwillen auf soziale Gesichtspunkte richten, die gesamte Jugend einheitlich bilden. Hiervon hängt die Kulturhöhe des Volksstaates ab, daher muß vor allem die **Grundschule** leistungsfähig gestaltet werden. Es muß eine sechsklassige gemeinsame Grundschule geschaffen werden, von der aus der Eintritt in die **Oberschule** erfolgt. Für die anderen Schüler ergibt sich ein weiterer zweijähriger Pflichtbesuch der Grundschule, an den sich dann ein vierjähriger Besuch der Fortbildungsschule anschließt. Auch muß für die Errichtung von **Volkshochschulen** Sorge getragen werden. Die **Oberschule** erfordert einen Lehrgang von 6 Jahren, so daß sich für sämtliche Schüler ein zwölfjähriger Schulbesuch ergibt. Inwieweit sich verschiedene Lehrpläne der Gymnasien, Oberrealschulen usw. vereinigen lassen, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls läßt sich eine Einheitlichung durch Einführung **wahlfreier Fächer** sehr wohl erzielen.

Redner kommt dann auf den Wert der **toten Sprachen** zu sprechen, deren Pflege er den Hoch- und Fachschulen überlassen will, denn „auf Grund der klassischen Bildung kann kein Volk ein Volk von weltpolitischer Bedeutung werden.“ Im übrigen betont er die innere Reform der höheren Schulen, sofern sie dem neuen Deutschland dienen sollen. Vor allem müssen sie von Schülern befreit werden, die hinsichtlich ihrer Fähigkeiten ihnen nicht gewachsen sind. Zum Schluß wandte er sich aus sozialen Rücksichten **gegen die Privatschulen**, die zudem teilweise an Staat und Kommune finanzielle Zuschüsse erfordern.

Der Vorsitzende brachte Bedenken wegen der Kosten bei der Durchführung aller dieser Vorschläge vor, denn die Kosten einer Einheitsschule seien sehr groß. Wie stellt sich der Staat hierzu? Daraufe erwiderte der Vorredner, daß man allgemein geglaubt hätte, daß der Staat nachdrücklich an diese Probleme herangehen würde. Anfänglich habe der Staat einen Zwang darauf ausüben wollen, die Hochschulen eingehen zu lassen, doch wurde dieser Plan wieder fallen gelassen. Eine **Einheitsschule** ließe sich nur dann schaffen, wenn die Gemeinde die Mittel dazu hergebe. Das könne sie aber nicht und ebensowenig kann es der Staat. Die Kosten der Einheitsschule seien sehr groß, denn sie habe nur Zweck, wenn die Zahl der Schüler in den einzelnen Klassen nicht 40 übersteigt, und dazu müßten auch noch Hilfsklassen eingerichtet werden. Das verlangt aber große Mehrausgaben, die die Gemeinde zu zahlen nicht in der Lage ist. Der Redner bemerkte, daß in der nächsten Konferenz darüber beraten werden solle, wie die Mittel hierzu aufgebracht werden könnten. Doch sei es noch sehr fraglich, ob sich die Einheitsschule überhaupt durchführen ließe.

Dazu wurde bemerkt, daß in **Anhalt** bereits der erste Schritt zur Einheitsschule gemacht sei.

Darauf sprach der Referent **Hühnerbein** über die Uebernahme geeigneter Betriebe durch die Gemeinde. Wir würden, so sagt er, die Aufgaben und Lasten, die uns auferlegt sind, nicht erfüllen können, wenn wir nicht zur Gemeinwirtschaft der Betriebe übergingen. Es müßte hier zu einer Verständigung zwischen Reich, Stadt und Gemeinden kommen. Industrielle Unternehmen, die auf ein größeres Absatzgebiet angewiesen seien, kämen für die Uebernahme durch die Gemeinde nicht in Frage, wohl aber empfehle es sich, möglichst alle gewerblichen Betriebe und sonstigen Einrichtungen in eigene Regie zu übernehmen. Besonders wichtig sei es, Wasserwerke, Gasanstalten, Publikationseinrichtungen usw. der privaten Ausbeutung zu entziehen und auf Rechnung der Gemeinde zu übernehmen. Die Uebernahme der Elektrizitätswerke durch die Gemeinden sei nicht zu empfehlen, da voraussichtlich die weitgehendste Sozialisierung dieser Werke vom Staate erfolgen werde. Die Gemeinde müßte die Produktion und den Verkehr von Nahrungsmitteln übernehmen, ebenso das Bildungswesen (Kino, Theater usw.), ferner wurde die Errichtung von städtischen Betriebsämtern empfohlen, durch welche möglichst alle Gemeindearbeiten (Kanalisationsbauten, Kleinwohnungsbauten) in eigener Regie ausgeführt werden sollen. Endlich müßten alle sanitären Einrichtungen wie Krankenhäuser und Apotheken von den Gemeinden übernommen werden. Alle diese Einrichtungen würden nicht geschaffen, Ueberschüsse abzuwerfen, sondern der Allgemeinheit zu dienen.

Zu diesen Ausführungen nahm der Gegenreferent Dr. **Haekel** Stellung, indem er das Kommunalisierungsgesetz dabei zu Grunde legte. Der finanzielle Punkt sei hierbei doch von ausschlaggebender Bedeutung. Finanzpolitisch könne die Kommunalisierung vorteilhaft für die Gemeinde sein, je nachdem sie durchgeführt würde, aber bei falscher Kommunalisierung entzöge sie sich ihre Haupteinnahmequelle, die **Steuern**. Darauf beleuchtet der Redner die einzelnen Paragraphen des Gesetzes auf ihre Durchführbarkeit hin und schlägt einige Abänderungen vor. Er führt schließlich aus, daß die Vorschläge des Vorredners zum Teil undurchführbar seien, zum Teil einer Abänderung bedürften. Daran schloß sich eine Aussprache, die zu keiner Einigung in der Frage der Kommunalisierung führt. Nur soviel wurde klar, daß die Durchführung der Kommunalisierung an der finanziellen Frage scheitern müsse. Es wurde noch angeführt, daß alle diese Kommunalisierungsbestrebungen nicht erst der „Segen und die Errungenschaften der Revolution“ seien, wie von einer Seite behauptet wurde, sondern daß ähnliche Bestrebungen schon unsere alte Regierung erwogen habe.

Darauf sagte der Vorsitzende zum Schluß: Wir begrüßen das Sozialisierungsgesetz als zweckmäßig. Doch ist Vorsicht dringend geboten. Die finanzielle Frage wird stets in erster Linie zu prüfen sein.

Punkt 4 der Tagesordnung, **Rechnungslegung**, mußte gestrichen werden, da die Rechnung noch nicht geprüft ist. Die Rechnungslegung soll im nächsten Jahr erfolgen.

Darauf wurde der Vorstand einstimmig wieder gewählt. Als nächstjähriger Versammlungsort wurde **Halberstadt** vorgeschlagen, doch bleibt diese Frage noch offen.

Fertigstellung der Städte-, Landgemeinde-, Kreis- und Provinzialordnungen

Wie wir hören, sind die Entwürfe einer Städte-, Landgemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung fertiggestellt und gehen jetzt dem Staatsministerium zu, um beim Wiederzusammentritt der Landesversammlung zur Durchberatung zu gelangen. Die Entwürfe sind mit Sachverständigen und Abgeordneten aller Parteien, insbesondere auch mit Mehrheitssozialisten und Unabhängigen, eingehend beraten worden, wobei grundsätzliche Bedenken gegen ihre Bestimmungen **nicht** erhoben wurden. Mit der Ausarbeitung der neuen Gesetzentwürfe war der Minister Drews beauftragt, der diese Arbeit am 10. Mai d. J. begann und mit seinem Mitarbeiter Regierungsrat Dr. von Dultzig in der außerordentlich kurzen Zeitspanne von 2½ Monaten beendet hat. Allen Vorlagen gemeinsam ist die Vereinheitlichung der Bestimmungen für ganz Preußen (mit Ausschluß der Hohenzollernschen Lande) und die Durchführung des demokratischen Prinzips. Letzteres kommt sowohl im Wahlrecht wie auch in der Materie selbst zur Geltung. Das kommunale Wahlrecht zu den gesetzgebenden Körperschaften ist in allen Instanzen das Verhältniswahlrecht. Alle Vorrechte der Hausbesitzer und der auswärtigen hochbesteuerten Gewerbetreibenden sind aufgehoben. Das Wahlrecht beginnt mit 20 Jahren für alle, die ein halbes Jahr in der Gemeinde wohnen. Von der Bevölkerung werden unmittelbar die Stadtverordneten und Gemeindevorstände gewählt, welche wiederum die Mitglieder der Kreis- und Provinziallandtage zu wählen haben. Die kommunale Souveränität ist zum Prinzip erhoben, die freigewählten Körperschaften haben allein zu bestimmen, während die Magistrate lediglich ausführende Organe sind. Bis auf ein unerläßliches Minimum sind die Aufsichtsbehörden nicht befugt, Einspruch zu erheben. So fällt z. B. die Genehmigung und Bestätigung für gewählte Bürgermeister fort. Nur in ganz wenigen Fällen ist Anzeige bei der Aufsichtsbehörde vorgesehen. Ist z. B. über die erfolgte Wahl eines Bürgermeisters Anzeige erstattet, so kann hinterher ein Einspruch der Behörde erfolgen, wenn ein Widerspruch mit den Gemeindeinteressen als vorliegend oder die Wahl nicht mit dem Staatswohl vereinbar erachtet wird. Ueber den Einspruch hat aber nicht die Aufsichtsbehörde zu entscheiden, sondern eine Beschlußbehörde, für Städte z. B. der Bezirksausschuß. So sind alle Bestimmungen der neuen Vorlagen auf sehr freiheitlichen und demokratischen Grundlagen aufgebaut. Das Ganze stellt sich als eine Fortsetzung der Schöpfung des Frhrn. vom Stein dar.

*

Das Streikrecht der Beamten.

Man schreibt uns: Im Hinblick auf das vielfach erörterte „Streikrecht der Beamten“ muß an die Verfügung der Staatsregierung erinnert werden, in der es heißt: „Die Staatsregierung stimmt mit großen Beamtenverbänden in der Auffassung überein, daß der festen Anstellung der Beamten und der staatlichen Garantie ihrer besonderen Rechte ihre Gebundenheit an den Dienstvertrag, den sie einseitig nicht lösen können, entspricht. Auch das Koalitionsrecht rechtfertigt keinen Kontraktbruch. Jede nichtgenehmigte Dienstverweigerung stellt sich daher als Dienstvergehen dar, das die gesetzlichen Folgen nach sich zieht. . . . . Die Regierung weiß, daß weitaus die Mehrzahl aller Beamten ihre Ansicht teilt. Diese können sich darauf verlassen, daß die Regierung auch alle ihr zu Gebote stehenden Machtmittel anwenden wird, um Dienstwillige vor dem Terror einzelner zu schützen . . .“

— **Inniger Wunsch.** Wer hat nicht schon auf einem Spaziergang im Süden unserer lieben Vaterstadt Halle das fröhliche Lachen der Kinder vernommen, das aus dem Hause der Kinder-Heil- und Pflegestätte des Vaterländischen Frauenvereins, Ludwigstraße 37 erschallt? Wie krank und schwach werden alle die Kleinen zu uns gebracht und was ist es für eine Freude zu sehen, wenn sie wieder aufblühen und fröhlich werden. Denn Fröhlichsein gehört zu Kindern! Wie gerne singt und tanzt die kleine Schar nach den Klängen eines Klaviers! Und gerade das müssen sie jetzt entbehren, denn unser bisher gemietetes Instrument ist zurückgezogen worden und nun sprechen wir den herzlichen und dringenden Wunsch aus: verhelft uns zu einem neuen, spendet uns **ein überflüssiges Klavier**, welches Ihr entbehren könnt, die Kinder der Kinderheilstätte werden es Euch danken! Auch sonst haben wir noch mancherlei Wünsche, deren Erfüllung uns am Herzen liegt und groß wäre unsere Freude über einen **Kleiderschrank**, eine **Wickelkommode**, oder **Kinderwagen**, damit auch unsere Kleinsten und Schwächsten den Garten und die schöne Luft genießen können. Eine jede, auch noch so geringe Gabe wird dankbar von uns entgegengenommen und das Gefühl, verständnisvolle und warme Hilfe in den Kreisen unserer Mitbürger zu finden, wird unsere Freude an unserer Arbeit an unseren kranken und erholungsbedürftigen Kindern vergrößern. Und doppelt gibt, wer schnell gibt!

Willst Du glücklich sein im Leben,
Trage bei zu anderer Glück,
Denn die Freude, die wir geben,
Kehrt in's eigne Herz zurück!

Vaterländischer Frauenverein.

— **Die Allg. Evgl.-Luth. Konferenz** gedenkt trotz der Ungunst der Verhältnisse auch in diesem Jahre eine Haupttagung abzuhalten; sie soll in der zweiten Septemberwoche, vom 8. bis 11. September, stattfinden. Als Ort hat man im Hinblick auf die 400jährige Wiederkehr der Tage der Leipziger Deputation für diese 16. Haupttagung **Leipzig** gewählt. In den Verhandlungen der Konferenz, deren Leitung in der Hand ihres Vorsitzenden Geheimrat D. **Ihmels** liegt, werden auch diesmal wieder führende Männer der luth. Kirche zu Wort kommen und zu den brennenden kirchlichen Tagesfragen Stellung nehmen. Näheres wird noch bekannt gegeben, sowie Referenten und Themata endgültig feststehen. Es können jedoch alle, die an der Tagung teilzunehmen gedenken, schon jetzt Anfragen aller Art, insbesondere aber bezüglich des Wohnens der Konferenzteilnehmer in Leipzig, richten an das **Sekretariat der Allgemeinen Ev.-Luth. Konferenz**, Leipzig-Gohlis, Poetenweg 5. Diese Stelle ist überhaupt jederzeit gern bereit, allen, die sich für das Einigungswerk der Allg. Ev.-Luth. Konferenz interessieren, Auskunft über Wesen und Ziel dieser Organisation zu geben.

— **Tagung des Eisenacher Kartells akademisch-theologischer Vereine.** Am 5. und 6. August findet in Eisenach (Lokal „Karthäuser Hof“, Karlstraße 20) ein Kartelltag des Eisenacher Kartells akademisch-theologischer Vereine, der erste seit 1914, statt. Eine Reihe höchst wichtiger Fragen für das Leben der Kartellvereine stehen zur Beratung, z. B. die Arbeit des A.-Th. V. nach dem Kriege, das Verhältnis von Eisenacher Kartell und Leipziger Verband, der Ausbau des Kartell-Altherren-Verbandes. Der Begrüßungsabend findet schon am 4. August, 8 Uhr abends

---

Copyright by Carl Duncker 1918. (Nachdruck verboten.)

Das grüne Kuvert

35] Erzählung von **Otfried von Hanstein.**

„Sie wissen, daß unsere Firma Hildebrand und Rodewald heißt, daß ich aber zurzeit der alleinige Inhaber bin. Ich habe aber noch bedeutende Kapitalien meines verstorbenen Sozius Hildebrand im Geschäft, die dessen Witwe stehen ließ, und es ist Brauch, daß ich ihr in jedem Jahre zweimal in vollkommen neuen Tausend- und Hundertmarkscheinen ihren Anteil am Geschäftsgewinn übersende. Es ist vielleicht eine Dummheit, und Geld ist Geld, aber ich finde es einer Dame gegenüber netter, wenn die Scheine neu und unbeschmutzt sind.

„Ich beauftragte gestern Hanus, die Summe — es sind diesmal 24 000 Mark — zurecht zu machen, und heute früh hat er mir die Scheine gebracht. Eigentlich ganz mechanisch ging ich die Nummern durch, da fiel mir auf, daß es dieselben sind, die auf diesem Zettel standen. Sie haben vielleicht bemerkt, daß ich mich bei Ihrem Eintritt in ganz besonderer Erregung befand. Ich hatte soeben die Entdeckung gemacht.“

„Und wußte Herr Hanus, daß die Nummern bekannt waren?“

„Ich glaube nein. Er war ja damals nicht mit auf dem Gericht, und ich habe es mit Absicht vermieden, es ihm zu sagen, und auch den Sperrzettel, der uns, wie wohl allen Geschäften zuging, und in dem die Nummern der gesperrten Scheine verzeichnet waren, habe ich ihm nicht gegeben. Ich weiß nicht, ich habe Hanus stets in unbegrenzter Weise getraut, aber jetzt — —“

„Ich denke, das beste ist, wir machen augenblicklich eine Revision. Ich kann nicht verhehlen, daß neulich das Benehmen des Herrn zum wenigsten sonderbar war und — er hatte schließlich das Kuvert mit dem verhängnisvollen Papier volle vierundzwanzig Stunden in seiner Verwahrung.“

„Es ist furchtbar, Herr Kommissar, aber ich füge mich ganz Ihren Anordnungen.“

Sie gingen in den großen Kontorsaal, in dem für den Kassierer Hanus an der einen Ecke ein besonderer Holzpavillon mit Schiebefenstern stand, ähnlich, wie ein solcher kleiner Privatraum für den ersten Buchhalter und für den Prokuristen vorhanden war.

„Herr Hanus?“

„So heiße ich.“

„Kriminalkommissar Schlüter. Ich glaube, wir kennen uns schon. Sie erlauben, daß ich eine kurze Inspektion Ihrer Kasse vornehme.“

„Meiner Kasse?“

Er war leicht aus der Fassung gebracht, wenn irgend etwas nicht ganz nach dem gewohnten Brauch ging — jetzt wurde er totenbleich und starrte den Kommerzienrat, der stumm neben Schlüter stand, an. Diesem tat es in gewisser Weise schon wieder leid, denn er konnte nicht an Hanus Schuld glauben.

„Nur eine Formalität, Herr Hanus. Sie haben ja ein gutes Gewissen.“

Andreas versuchte zu lächeln, aber es wollte ihm nicht recht gelingen.

„Sie gestatten.“

Schlüter war an den Geldschrank getreten und hatte die Pakete mit den Scheinen herausgenommen und sortiert.

„Sie haben ziemlich viel Bargeld im Haus.“

„Der 1. September steht vor der Tür, und da sind an die verschiedenen stillen Teilhaber größere Barzahlungen, und deshalb pflege ich in den letzten Wochen vor diesem Termin die Eingänge möglichst zurückzuhalten.“

„Sie haben auch einen hübschen Bestand an ganz neuen Scheinen.“

„Herr Kommerzienrat liebt es, die Anteile möglichst in solchen auszuzahlen. Ich habe mir daher einiges von der Reichsbank besorgt.“

„Wann?“

„Je nachdem, wenn gerade ein Wechsel einzukassieren war oder ähnliches.“

„Notieren Sie nicht die Nummern der eingehenden Tausendmarkscheine?“

„Das habe ich bisher nie getan.“

„Das bedauere ich in Ihrem Interesse.“

Er hatte inzwischen die Nummern durchgesehen und verglichen.

„Wie kommt es denn, Herr Hanus, daß ich hier unter den Scheinen, die Sie angeblich von der Reichsbank haben, sich nicht weniger als 100 000 Mark von den Scheinen befinden, die damals von der Filiale der Deutschen Bank an den Betrüger ausgezahlt worden sind, der den Scheck einlöste?“

„An Arnold Becker?“

Er war so erschrocken, daß er kaum reden konnte und seine Kinnbacken zitterten sichtbar.

„Ich habe den Namen nicht genannt. Da Sie ja aber mit Herrn Becker so innig befreundet sind — Ihre vertrauensvolle Freundschaft spricht ja auch wieder aus Ihrer Frage“ — seine Stimme hatte einen schneidenden ironischen Klang angenommen — „so wird es Sie freuen, wenn ich Ihnen sage, daß die Unschuld Ihres Freundes so gut wie erwiesen ist.“

„Ist es möglich?“

„Dagegen vermute ich, daß Sie, Herr Andreas Hanus, wahrscheinlich sehr viel besser mit der Sache Bescheid wissen, als Herr Becker.“

„Ich?“

Mit scharfer Stimme sagte Schlüter:

„Ich bitte Sie, mir eine hinreichende Auskunft darüber zu geben, wieso diese Scheine in Ihren Kassenbestand kommen.“

„Da kann ich Ihnen gar keine Erklärung geben, denn es ist mir ein Rätsel. Ich habe alles, was sich an neuen Scheinen hier befindet, von der Reichsbank.“

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907271-12/fragment/page=0005

statt. Alle Kartellbrüder und A. H. A. H. sind recht herzlich zu dieser Tagung eingeladen.

— **Die Frauengruppe der Deutschnationalen Volkspartei** bittet alle nationalgesinnten Männer und Frauen, zu helfen bei der Beschaffung von deutschem Lesestoff für die deutschen Familien jener Gebiete, die jetzt abgetrennt werden vom Vaterland. Es wird gebeten, Bücher und Zeitschriften abzugeben Leipziger Straße 17, II, und Alte Promenade 10. Eile tut not, die Polen rücken am 15. August ein!

— **Keine Auflösung von Kriegervereinen.** Eine irreführende Pressenachricht, nach der die deutsche Regierung auf Grund des Friedensvertrages die Auflösung der Kriegervereine im Kreise Rybnik verlangt haben soll, hat in den Kriegervereinen Aufsehen und Entrüstung erregt. Wir sind in der Lage, festzustellen, daß die deutsche Regierung ein solches Verbot nicht erlassen hat und nach dem Friedensvertrage hierzu gar nicht verpflichtet ist. Ein Verbot kann nur durch die Regierungen der Alliierten in den Bezirken, die an fremde Staaten gefallen sind, ausgesprochen werden, wenn wir auch erwarten, daß die neuen Hoheitsstaaten diese wirtschaftlichen Organisationen zum Besten unserer Kriegsteilnehmer ebenso loyal behandeln werden, wie es die deutsche Regierung mit ähnlichen Vereinen nach 1871 hielt. Gerüchte über eine Auflösung von Kriegervereinen durch die deutsche Regierung können nur von national- und regierungsfeindlicher Seite ausgestreut werden. In der Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Kräfte zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes ist das gute Verhältnis zwischen den Kriegervereinen und der Regierung durchaus erfreulich.

— **Vorläufig keine Hebung der Wohnungsnot möglich!** Der Staatskommissar für das Wohnungswesen hat eingehende Erwägungen angestellt, ob eine Belebung des Baumarktes in absehbarer Zeit möglich sein wird und ist zu folgenden Ergebnissen gekommen: Eine Behebung der Kohlennot ist für die nächsten Monate nicht zu erwarten, dadurch wird die Herstellung von Bausteinen unmöglich gemacht. Auch ist noch nicht bekannt, ob wir für den Aufbau Nordfrankreichs Baumaterialien stellen müssen, die unserem Baumarkt entzogen würden. Schon mit Rücksicht auf die hohen Arbeitslöhne ist vorläufig nicht abzusehen, wann mit dem Bau neuer Häuser begonnen werden kann. Selbst die Uebernahme dee Ueberteuerungsbeträge durch das Reich wirkt auf den Baumarkt nicht anregend, da sich das künftige Wohnungsbedürfnis in den Städten mit Rücksicht auf die einsetzende Abwanderung auf das Land nicht übersehen läßt. Zunächst wird man danach trachten, Wohnungen auf dem Lande im Flachbau zu schaffen.

— **Der Handwerkermeister-Verein** unternahm am vergangenen Montag eine Besichtigung der Bruckdorf-Nietlebener Werke in Bruckdorf, an der sich die Mitglieder und ihre Angehörigen recht zahlreich beteiligten. Unter sachkundiger Führung des Betriebsleiters Schulze wurden die umfangreichen Werke eingehend besichtigt. Insbesondere erweckten die Brikett- und Naßpreßsteinpressen, die Baggermaschinen und die übrigen Maschinen- und die Kesselanlagen das größte Interesse. Leider ruhte der Betrieb infolge des Generalstreiks, trotzdem aber ist jeder Besucher in der dreistündigen Besichtigung auf seine Rechnung gekommen, so daß der Grubenverwaltung und deren Leitung für ihr bereitwilliges Entgegenkommen Dank gebührt. Allgemein wurde bedauert, daß durch diesen sinnlosen Streik nicht nur bedeutende Lohnsummen verloren gegangen sind, sondern auch die nur so dringend notwendige Förderung der Kohle eine Unterbrechung erleidet.

— **Ein Preisausschreiben zur Erlangung eines kurzen, aber kernigen und sinnreichen Wahlspruches** hat der Rabeninselverein Böllberg-Halle ausgeschrieben. Dieser Wahlspruch möchte, so wie der Wahlspruch des Heidevereins: „Halle und Heide, Gott schütze beide“ oder der Wahlspruch des Harzklubs: „Es grüne die Tanne, es wachse das Erz, Gott schenke uns allen ein fröhliches Herz“ kurz und recht vielsagend sein. Er möchte vor allen Dingen auf die örtlichen Verhältnisse Rücksicht nehmen und zum Ausdruck bringen, daß die Rabeninsel eins der schönsten Kleinode unserer Vaterstadt Halle ist. Einsendungen werden bis zum 15. September 1919 an den Vorsitzenden des Rabeninselvereins, Herrn Hans Rauschenbusch, Halle, Böllbergerweg 59, erbeten. Jede Sendung ist mit einem Kennwort zu versehen und der Name des Einsenders ist in einem verschlossenen Briefumschlag beizufügen. Diese Briefumschläge werden erst nach der Beurteilung geöffnet. Das Preisrichteramt haben übernommen: Herr Bergassessor Georg Klein, der Ehrenvorsitzende Herr Juwelier Tittel, Fräulein Elisabeth Postler und die sämtlichen Vorstandsmitglieder. Als Preise sind 30, 20 und 10 Mark ausgesetzt.

— **Der Gabelsberger Stenographenverein 1859** beabsichtigt, Mitte August einen Vorbildungskursus für staatlich geprüfte Lehrer der Stenographie zu gründen. Professoren und staatlich geprüfte Lehrer der Stenographie werden den achtstündigen Kursus leiten.

— **Städtischer Verkauf von sterilisierter dänischer Vollmilch** (Beginn der dritten Sonderverteilung) in der Talamtschule am Montag, den 28. Juli. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 1—2000 vormittags von 8—12 Uhr und nachmittags von 2—6 Uhr. **Für einen Haushalt mit 1—3 Personen kann eine Flasche sterilisierte dänische Vollmilch, für weitere drei Personen eines Haushaltes kann noch eine Flasche sterilisierte dänische Vollmilch abgegeben werden.** Der Verkaufspreis beträgt 3,50 Mk. für die Flasche. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

— **Von der Straße.** Gestern nachmittag scheute in der Leipziger Straße das Pferd eines Fuhrwerks vor der Straßenbahn. Das Pferd rannte über den Bürgersteig in eine Schaufensterscheibe, die zertrümmert wurde. Hierbei wurden auch die im Schaufenster ausgelegten Waren stark beschädigt. Das Pferd trug starke Verletzungen an den Beinen davon. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

*

Apollotheater

„Der fidele Bauer“ von Leo Fall.

Im Gegensatz zu vielen der neueren Berliner Operetten entbehrt dieses Werk nicht eines guten sittlichen Grundgedankens, der auch aus dem dicksten Sentimentalitätsnebel noch heraus leuchtet. Es ist die aufopfernde Vaterliebe des nicht mit Glücksgütern gesegneten oberösterreichischen Bauern Matth. Schaichelreuter, der aus seinem Sohne Stefan durchaus einen studierten Herrn, einen hochwürdigen Herrn Pfarrer, machen will. Wenn der Sohn diesen väterlicherseits vorgezeichneten Weg nicht geht, dafür aber ein berühmter Arzt, Doktor und gar Professor wird, so erwirbt er sich erst recht die Achtung nicht nur des Elternhauses, sondern wird der Stolz des ganzen Heimatdorfes. Ans Herz gehender Konfliktstoff bietet die immer größer werdende Kluft zwischen Vater und Sohn, die durch eine vornehme Heirat für letzteren fast unüberbrückbar erscheint. Durch die bezwingende Art der jungen Frau Professor aber wird aller Standesdünkel beiseite geschoben und Großstädter und Gebirgsdörfler treten zum Schluß in ein herzliches Einvernehmen. — Die Ausführung war flott und, mit den gegebenen Mitteln rechnend, möglichst stilgemäß. Das Leben am Mathäitag im Dorfe Oberwang gestaltete sich bei aller Ausartung doch in urwüchsiger Frische. Unter den hageren Gebirgsbauern stellte Karl Waterstradt als Lindoberer eine kernige, derbe Figur dar, der auch im städtischen Salon der Erfolg nicht fehlte. Herr Fischer-Achten blieb als „fideler Bauer“ Math. Schaichelreuter etwas zu sentimental und litt scheinbar auch stimmlich unter Indisposition. Rasch und fesch war Hertha Janowitz als Annamirl. Josef Wallbrück (Stefan) wußte dem unter den Bauern sich als Fremdkörper fühlenden „studierten Herrn“ gewinnende Seiten zu geben. Heinz Birneburg (Vincenz) trat als Werber um die Annamirl durch lebhaftes Spiel und klare Stimmführung vorteilhaft hervor. Die „Rote Lies“ (Friedel Diebs), die Dorfobrigkeit (Julius Tweedy) die sanitätsrätliche Familie, die schmauchenden Bauern und die sich sicher bewegenden Kinder sorgten alle mit für den Erfolg und den guten Eindruck. Nicht zuletzt auch Herr Kapellmeister J. Bur, der auf Bühne und im Orchester für ein straffes Tempo sorgte.

E. P.

Provinz Sachsen

R. **Dessau,** 26. Juli. (Mandatsniederlegung.) Der demokratische Abgeordnete der Nationalversammlung Bürgermeister Hesse-Dessau wird wegen Amtsüberbürdung nach Beratung der Reichsverfassung sein Mandat niederlegen; desgleichen sein Mandat in der anhaltischen Landesversammlung. Sein Nachfolger in der Nationalversammlung wird Lehrer Boer--Magdeburg, in der anhaltischen Landesversammlung Generalagent Moll-Zerbst.

g. **Aus dem Elstertale,** 25. Juli. (Die Erntearbeiten), welche mit dem Roggenschnitt im Anfange der Woche nur erst vereinzelt eingesetzt haben, sind nun in vollem Umfange aufgenommen worden. Bei der ungewöhnlichen Länge des Roggens sind meist Schnitter mit den Sensen in Tätigkeit, da die Maschinen nicht überall Verwendung finden können. Auch die Sommergerste hat bereits eine derartige weiße Färbung durch die Reife angenommen, daß der Gerstenschnitt sich unmittelbar anreihen wird. Die Raps- und Wintergerstenfelder sind durchgängig geräumt und hier und da gleiten bereits die Pflüge über die Flächen dahin, um die Stoppeln zu stürzen.

g. **Döllnitz,** 25. Juli. (Vandalismus.) Die Kartoffelfelder bilden jetzt schon wieder einen Hauptanziehungspunkt für Langfinger auf ihren nächtlichen Streifzügen. Unbekümmert um die Sorten, werden hieru nd da Stöcke herausgezogen und auf ihren Anhang probiert. So wurden in den letzten Nächten sowohl in hiesiger Feldmark als auch in den angrenzenden mehrfach arge Verwüstungen durch derartiges unsinniges Treiben angerichtet und erhebliche Schäden verursacht, ohne daß der eigentliche Zweck, Knollen zu finden, erreicht wurde. Möchte doch die Vernunft vor einem solch frevelhaften Unternehmen zurückschrecken, wodurch die Allgemeinheit so erheblich geschädigt wird.

g. **Lochau,** 25. Juli. (Garbenausdrusch.) Das Aehren-Lesen und Aehren-Abschneiden bringt für gewisse stille Teilhaber nicht den gewünschten Ertrag; deshalb ziehen nachts ganze Scharen hinaus in die Fluren und bewirken mit Knütteln einen förmlichen Garbenausdrusch. So wurden in der Lochauer Feldmark sowie in den Auenfeldern mehrfach derartige Unternehmungen in den letzten Nächten beobachtet, bei denen der Garbenausdrusch von Wintergerste nach Schocken ausgeführt worden ist. In einigen Fällen sind die Täter bei ihrem lichtscheuen Treiben von Aufsichtsbeamten überrascht und zur Anzeige gebracht worden, so daß dieselben ihrer Bestrafung entgegensehen.

— **Weißenfels,** 26. Juli. (Ein Großfeuer) brach in der Trommelfabrik in Weißenfels aus, das mit solcher Schnelligkeit um sich griff, daß die Feuerwehr, die bald darauf zur Stelle war, es nicht verhindern konnte, daß das große Gebäude vollständig ausbrannte.

— **Halberstadt,** 26. Juli. (Beim Baden ertrunken.) In Hohenwarthe badeten einige Schüler einer auswärtigen Schule trotz Verbotes ihrer Lehrer in der Elbe, und zwar an einer sehr gefährlichen Stelle, an der die Strömung infolge des Hochwassers besonders stark war. Ein Knabe von zehn Jahren kam der Strömung zu nahe und wurde von ihr fortgerissen und ertrank. Obwohl sogleich alles zu seiner Rettung geschah, auch nachher noch das Ufer mit Netzen abgesucht wurde, ward die Leiche nicht gefunden.

— **Salzungen,** 25. Juli. (Eine Köpenickiade) spielte sich der „Werra-Wacht“ zufolge am hiesigen Bahnhof ab. Stolz auf der Lokomotive heranfahrend, kam ein Herr, der sich Ingenieur nannte und hiesige Eisenbahnbeamte zur Vernehmung vorlud. Ohne weiter nachzuforschen, ob dies zu Recht geschehe, wurde ihm Folge geleistet. Man quartierte ihn ins beste Hotel, ein, ließ im Skat sich von ihm rupfen, und als die Verhandlung sein sollte, war wohl ein großer Zeugenapparat corhanden, doch der Herr Ingenieur war verschwunden. Außer dem Verlust im Skatspiel ist auch noch die Zeche im Hotel zu begleichen.

„H. Z.“ Sportberichte

Der Verband Deutscher Radrennbahnen gegen den Toto

Der Verband Deutscher Radrennbahnen hielt am Donnerstag eine stark besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Vertreten waren die Bahnen Berlin-Treptow und Olympia, Breslau, Chemnitz, Dortmund, Dresden, Erfurt, Essen, Forst, Köln, Leipzig, Magdeburg, Münster und Plauen. Ferner waren Vertreter des Deutschen Radfahrerbundes, des Deutschen Rennfahrerbundes und des Allgemeinen Deutschen Automobil-Klubs zugegen Man beschäftigte sich zunächst mit der kommenden Reichsvergnügungssteuer und beschloß, an die Fraktionen der Nationalversammlung wegen Herabsetzung der den Radsport erdrosselnden Billettsteuer Eingaben zu richten.

Dann befaßte man sich eingehend mit der Einführung des Totos bei Radrennen. Der Vorsitzende Strohbach-Dresden gab zunächst bekannt, daß der Verband Deutscher Radrennbahnen ein Gesuch an die Reichsregierung gerichtet habe, in dem als oberste Behörde des deutschen Radrennsports um generelle Genehmigung zu Totos für Radrennen ersucht habe, zugleich aber betont, daß eine Bewilligung des Totobetriebes noch nicht dessen Einführung bedeuten würde. Vielmehr soll nur das Selbstbestimmungsrecht des Verbandes gewahrt bleiben und verhindert werden, daß einzelne Bahnen, wie vor kurzem die Berliner Olympia-Parkbahn und Erfurt, in dieser Frage selbständig vorgehen. Da fast alle Redner wegen der zu erwartenden Unzuträglichkeiten sich gegen den Toto aussprachen, wurde einstimmig beschlossen, die Einführung des Totos im Radrennsport abzulehnen.

*

— **Der Verbandstag des Westdeutschen Spielverbandes** tagte in Düsseldorf. Anwesend waren die Vertreter von etwa 300 Vereinen mit 45 000 Mitgliedern. Die Tagesordnung enthielt nur den Punkt des Wiederaufbaues des Verbandes, der gemäß den Vorschlägen des Vorstandes und der Ausschüsse nach Erstattung der Referate nahezu einstimmig genehmigt wurde. Gegen die Besteuerung der sportlichen Veranstaltungen soll mit allen Kräften Front gemacht werden. Die Schaffung einer Verbandspressezentrale zur authentischen und prompten Bedienung der Tageszeitungen wurde beschlossen, desgleichen soll das Verbandsorgan einen weiteren Ausbau nach den vorliegenden Vorschlägen erfahren. Der Mitgliederbestand des Verbandes ist von etwa 47 000 vor dem Kriege und 10 000 während des Krieges auf ca. 60 000 gestiegen, während sich die Zahl der Vereine durch viele Zusammenschlüsse verringert hat. Im Kriege gefallen sind etwa 9000.

— **Die süddeutschen Leichtathletik-Meisterschaften.** Nachdem am letzten Sonntag in den einzelnen Landesverbänden, so in Darmstadt, Baden-Baden, Stuttgart, Nürnberg und München die Meisterschaften zum Austrag gekommen sind, werden die Sieger aus diesen Kämpfen sich am 2. und 3. August in den süddeutschen Meisterschaften gegenüberstehen. Die Austragung derselben findet unter der Leitung des Frankfurter Turnvereins von 1860 in Frankfurt a. M. statt. Neben verschiedenen offenen Wettbewerben finden die Meisterschaftskämpfe des süddeutschen Landesverbandes für Leichtahtletik, und zwar im 100 Mtr.-, 200 Mtr.-, 400 Mtr.-, 800 Mtr.-, 1500 Mtr.-, 5000 Mtr.- und 10 000 Mtr.-Lauf, weiter im 110 Mtr.-Hürdenlauf, 3000 Mtr.-Hindernislauf, 4 mal 100 Meter-Staffel, Diskuswerfen, Speerwerfen, Hochsprung, Weitsprung, Stabhochsprung, Kugelstoßen, ferner für Damen: 100 Mtr.-Lauf, 4 mal 100 Mtr.-Damenstaffel, statt. Diese bedeutendste leichtathletische Veranstaltung Süddeutschlands verspricht einen glänzenden Verlauf zu nehmen. Unter anderm hat bereits die Mannschaft des Turnvereins 1860 München, die durch ihre hervorragenden Siege über die Mannschaft des Berliner Sportklubs in den Staffelläufen bekannt ist, ihre Teilnahme zugesagt. Auch die andern süddeutschen Vereine werden voraussichtlich mit ihren besten Mannschaften am Start erscheinen.

— **Ein Werbe-Schwimmfest in Bad Kösen.** Für den 10. August hat der Alte Leipziger Schwimmverein gemeinsam mit dem Damenschwimmklub Leipzig in Bad Kösen ein Werbe-Schwimmfest mit Saaleschwimmen, 1500 Meter, vorgesehen.

Kunst u. Wissenschaft

△ **Von der Deutschen Schillerstiftung.** Wie uns aus Weimar gemeldet wird, ist vom Vorstand beschlossen worden, die Haupt-Jahresversammlung erst im Herbst d. J. abzuhalten. Bei dieser Gelegenheit wird ein neuer Verwaltungsrat gewählt und die Umänderung der veralteten Satzungen beraten werden. Von besonderer Bedeutung ist auch die bei dieser Gelegenheit endlich wieder stattfindende definitive Neuwahl eines Generalsekretärs der Gesellschaft. Dieser Posten ist seit dem plötzlichen Tode Dr. Bulles verwaist und wird von einem Bibliotheksbeamten im Nebenamt interimistisch verwaltet. Eine definitive Neuwahl wurde trotz vorliegender zahlreicher Bewerbungen vom Verwaltungsrat abgelehnt, da erst der neue, auf Grund neuer Bestimmungen gewählte Verwaltungsrat diese Wahl vornehmen soll. Gelegentlich der Tagung wird der stellvertretende Vorsitzende Generalintendant und Schriftsteller Ernst Hardt, im Sinne der einst von H. Kyser gemachten Vorschläge betreffend die Aussetzung beträchtlicher Ehrengehalte an verdienstvolle und bedürftige deutsche Dichterinnen Mitteilung machen.

Zum Rektor der Universität Leipzig für die Zeit vom 1. November 1919 bis 31. Oktober 1920 ist der Geh. Hofrat, ordentliche Professor der neuen Geschichte Dr. phil. Erich Brandenburg gewählt worden. Der als bedeutender Historiker bekannte Gelehrte steht jetzt im 52. Lebensjahre. An der Leipziger Universität habilitierte er sich im Jahre 1894. Von seinen zahlreichen historischen Schriften steht an erster Stelle das während des Krieges erschienene große Werk „Die Reichsgründung“.

Abschaffung der lateinischen Doktorurkunde. Die philosophische Fakultät der Universität Greifswald hat seit Jahresfrist die ursprünglich als Anschlag ans Schwarze Brett gedachte Doktorurkunde abgeschafft, die in umständlich-feierlichem Latein mehr vom Landesfürsten, dem Rektor und dem derzeitigen Dekan zu berichten hatte als von dem, dem sie erteilt wurde. An die Stelle ist ein wirklicher Doktorbrief getreten, der in deutscher Sprache und Schrift das Urteil über Abhandlung und Prüfung und die Verleihung der Doktorwürde ausspricht.

•

Kellner- und Professorengehälter. Die neue Deutsche Akademische Zeitschrift veröffentlicht folgende zeitgemäße Betrachtung der Professorengehälter: An der Technischen Hochschule Hannover ist eine außerordentliche Professur für Bauingenieurwissenschaften gegründet und besetzt worden. Der neuberufene Professor erhält ein Gehalt von 3000 Mark — schreibe dreitausend Mark — und Honoraranteile, die sich auf einige Hundert Mark belaufen mögen. Ferner ist gleichfalls an der Technischen Hochschule eine außerordentliche Professur für Wirtschaftsgeographie in Aussicht genommen. Diese soll mit 3500 Mark — schreibe dreitausendfünfhundert Mark — nebst den geringen Honoraranteilen ausgestattet werden. In der Wochenschrift des Architektenvereins zu Berlin wird die Stelle eines Assistenten der Wasserbau-Professur in Hannover mit einem Einkommen von 4200 Mark zuzüglich Teuerungszulagen ausgeschrieben. Der Assistent bekommt also bedeutend mehr als der außerordentliche Professor. Der ungelernte Wasserbauarbeiter bezieht im Bezirk der Wasserstraßenbaudirektion Hannover 15 Mark Tagelohn. Der hochqualifizierte Regierungsbaumeister hätte also fast mehr Recht, neidisch zu seinem ungelernten Arbeiter aufzublicken, als hochmütig auf den Pofessor hinunterzusehen. Das Jahreseinkommen eines Straßenbahnschaffners beträgt 6000 Mk., eines Berliner Müllkutschers 9300 Mk., eines Kellners 12 000 Mk. Daß man es wagt, einen Professor ein Gehalt von 3000 und 3500 Mark anzubieten, bedeutet eine solche Mißachtung, ja Verhöhnung akademischer Leistung, daß sogar die Kreise der Nichtakademiker sich dagegen empören sollten. Es ist allerhöchste Zeit, daß die Unterrichtsverwaltungen eine Besoldungsvorlage für Professoren einbringen, die berechtigten Ansprüchen Genüge leistet. Zum mindesten kann das Gehalt eines Berliner Straßenbahnschaffners als Norm für das Grundgehalt eines außerordentlichen Professors angesehen werden.

Wandern und Reisen

— **Regelung des Fremdverkehrs in Baden.** Die unerfreulichen Erscheinungen, die der Fremdenverkehr in den letzten Jahren allenthalben mit sich brachte, haben den Wunsch, ihn in diesem Sommer ganz auszuschalten, in besonders eindringlicher Form auch in Baden zum Ausdruck gelangen lassen. Das Ministerium des Innern hat jedoch nach eingehender Beratung mit dem landständischen Ernährungsbeirat den Fremdenverkehr entsprechend den früher erlassenen Verordnung auch für das laufende Jahr zugelassen. Die Regierung hat sich dabei von dem Grundsatz leiten lassen, daß die Fremdenindustrie, in deren Betrieben Werte von rund 0,25 Milliarden Mark festgelegt sind, dem Lande erhalten werden müsse, nicht zuletzt um der 30 000 Gasthofangestellten willen, die bei völliger Ausschaltung des Fremdenverkehrs erwerbslos würden. Den betreffenden Kommunalverbänden werden für diesen Zweck Lebensmittelmengen für insgesamt 3 Millionen Verpflegungstage zugeteilt werden. Gleichzeitig wurden sie aber auch, um ihnen Gelegenheit zu geben, zum Schutze der Ernährung der heimischen Bevölkerung während der nächsten, besonders knappen Zeit den Fremdenverkehr auf die Hauptreisezeit zu beschränken, ermächtigt, denselben für ihre Bezirke oder Teile davon, soweit es sich nicht um Heilbäder handelt, zeitweise ganz auszuschalten. Solche Beschränkungen dürfen sich aber nicht erstrecken auf die in Heilanstalten, Sanatorien usw. untergebrachten Kranken und deren notwendige Begleiter, sofern sich der ärztliche Leiter neuerdings verpflichtet, abgesehen von der unbedingt notwendigen Begleitung, nur Kranke aufzunehmen und sich hierin der Aufsicht des Bezirksarztes zu unterwerfen; ferner auf Militärpersonen, Stadtkinder, Mitglieder von Krankenkassen und dergleichen, sowie Fremde, die in eigenen Wohnungen oder aus beruflichen oder familiären Gründen sich aufhalten. Die Zahl der den einzelnen Kommunalverbänden zugeteilten Uebernachtungen und Verpflegungstage ist im wesentlichen die gleiche wie im Vorjahre; Inhaber von Gaststätten, die Kriegsteilnehmer oder Kriegerwitwen sind, sollen bei der Unterverteilung der Uebernachtungen in erster Linie berücksichtigt werden. Die Belieferung mit Nährmitteln erfolgt in der bisherigen Weise, jedoch soll an Fleisch nur eine Menge von 45 Gramm für den Fleischtag zugrunde gelegt werden. Dagegen ist eine besondere Berücksichtigung der Kommunalverbände mit erheblichem Fremdenverkehr bei Zuteilung nicht rationierter Lebensmittel auch in diesem Jahre vorgesehen. Unter keinen Umständen darf aber die Versorgung der Fremden aus dem für die einheimischen Verbraucher vorgesehenen Bedarfsanteil erfolgen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907271-12/fragment/page=0006

Deutsche Stimmen in die Zeit
Wochenbeilage der Halleschen Zeitung

Nr. 15. | Sonntag, den 27. Juli | 1919.

Generallandschaftsdirektor Dr. Kapp

Von Dr. G. W. Schiele-Naumburg.

Was ist Staatsmannschaft? Was ist das Werk des Staatsmannes? Das größte und wichtigste Erdenwerk, was es unter den Menschen gibt, ein Werk, das wir gerade jetzt furchtbar nötig brauchen, die Majestät des Staates wieder aufzurichten. Ohne Staat kann das Volk nicht leben, es braucht ihn, wie es Nahrung braucht und Häuser braucht und darum den Landmann braucht und den Zimmermann braucht. Ebenso und noch viel mehr braucht es den Staatsmann. Zwar steht das Werk des Staates, einmal gebaut, für mehrere Menschenalter. Aber dann braucht das Volk keinen Staatsmann, sondern nur gute Verwaltungsmänner, keine Baumeister, sondern nur Hausverwalter. In solchen Zeiten steht derjenige, der ein wahrer Staatsmann ist, unbekannt beiseite. Die Verwaltungsmänner überlärmen und überschwatzen ihn. Dabei muß der Staatsmann natürlich auch ein guter Verwaltungsbeamter sein; er muß zur Zunft gehören und das Handwerk kennen; denn man wird nicht als fertiger Staatsmann geboren. Auch diese Künstlerschaft braucht die Schule eines Handwerks. Aber Gott hat ihm die Gaben mitgegeben, die zur Meisterschaft führen.

In ruhigen Zeiten, wo man den Staatsmann nicht braucht, ist diese Meisterschaft für den, der sie trägt, eine Qual, eine Dornenkrone. Denn die kleinen Handwerker verfolgen und verspotten den Meister und hacken auf ihn wie die Krähen auf den Uhu. Man braucht ihn eben nicht. Aber es kommt die Zeit, wo das Erz flüssig wird, und wo die Glocke, die so klar und voll tönte, wenn die Gesellen an ihr zogen, vom Feuer der Zeit zerschmolzen und stumm geworden ist; — wo alles, was fest und für die Ewigkeit geschaffen schien, in Fluß gerät und vom hochgeschwollenen Strom der Zeit weggerissen und fortgetragen wird wie eine Brücke, die Jahrhunderte lang stand. Da muß der Glockengießer herkommen. Da schreit alles nach dem Brückenbauer, nach dem Staatsmann, dem Meister, der das Titanenwerk des neuen Staatsbaues mit Geist und Kraft vollenden kann. Denn ohne Staat, ohne Majestät des Staates kann das Volk nicht leben.

In solcher Zeit leben wir jetzt. Die Majestät des Staates ist zerstört. Wer richtet sie wieder auf? Haben wir einen solchen Fachmann und Meister? Sicher haben wir deren mehrere. Aber das Volk erkennt sie nicht; und die Neider, die wohl sehen, daß einer um eines Hauptes Länge größer ist als alles Volk, wollen ihn nicht sehen lassen und bilden einen Ring gegen ihn, um ihn dem Volke zu verbergen. Erst die Not sucht ihn aus, und erst die Not bewährt ihn auch und beweist seine Meisterschaft. Denn alles Große ist ein Wagnis.

In diesen Tagen, am 24. Juli, feiert ein Mann seinen 60. Geburtstag, von dem viele seiner Freunde glauben, daß ihm die Gaben gegeben sind, die zum Staatsmann gehören; es ist der Generallandschaftsdirektor Dr. Wolfgang Kapp in Königsberg i. Pr., ein erfahrener und bedeutender Verwaltungsbeamter, aber nach der Ueberzeugung seiner Freunde mehr als das.

Was ist ein Generallandschaftsdirektor? Die Landschaft ist eine Vereinigung von Gutsbesitzern und Bauern, welche Friedrich der Große gegründet hat zur gemeinsamen Verwaltung des ländlichen Kredites. Diese Landschaft ist wie eine große Selbstverwaltungsgemeinde; sie wählt ihren obersten Vertreter, wie eine Stadt ihren Bürgermeister wählt. Dieses Amt bekleidet Dr. Wolfgang Kapp seit etwa 14 Jahren, nachdem er vorher bis zum Geh. Oberregierungsrat und vortragenden Rat im Staatsdienst aufgestiegen war, wohin ein Miquel ihn als eine besondere Kraft gezogen hatte. Er kennt also das Handwerk eines höheren preußischen Verwaltungsbeamten als Fachmann. Im Jahre 1916, als seine Wahlperiode abgelaufen war, wurde er wiedergewählt. Aber Ministerpräsident Bethmann bestätigte ihn nicht, weil er durch eine an alle Staatsämter und einige Politiker verteilte vertrauliche Denkschrift die Fehler unserer Kriegspolitik aufgedeckt hatte. Die Landschaft wählte ihn aber treulich immer wieder, und nach Bethmanns Sturz wurde er bestätigt. Er ist bekannt als ein Mann von großer Energie, weitschauenden Ideen und einer ungeheuren Arbeitskraft. Aber trotzdem mußte er in diesen fünf Jahren des Krieges und der Revolution beiseite stehen und zusehen, wie immer schwächere und stümperhafte Kräfte am Staatsbau herumsündigten, bis schließlich Gevatter Schneider und Handschuhmacher in eitler Dreistigkeit die Staatsarbeit an sich rissen, und Bismarcks Meisterwerk von Narrenhänden beschimpft und zerstört wurde.

Aber wer kann denn wissen, was ein Mann wert ist, und wer kann ihn auf seinen Platz stellen, wenn er wirklich der Richtige ist. Wir haben doch keinen Kaiser und König mehr, der das tun könnte, und die Souveränität der Vielzuvielen wird das nie tun.

Ganz einfach: das tut eines Tages die Not. Sie ist die Mutter allen Geschehens. Sie weiß allein und kennt ihre liebsten Söhne, die Helden der Tat, und führt sie auf ihren Platz, wenn die rechte Stunde da ist.

Luther sagt einmal: Deutschland ist ein waidlicher Hengst; es fehlt nur ein wackerer Reiter. Nun für gewöhnlich, wenn der Hengst ruhig und zahm ist, fehlt der Reiter nicht. Im Gegenteil, es sind da unendlich viele Reiter, die sich herandrängen, ihn zu reiten. Aber wenn er durch die vielen schlechten Reiter wild geworden ist, wenn er einen nach dem andern abgeworfen hat, und einige das Genick gebrochen haben, wenn der Sattel leer ist, und keiner mehr sich traut, **dann tritt der Eine heran, der ihn wieder bändigen wird.**

Oder wenn ein Segelboot in höchster Seenot ist, die Segel zerrissen, wenn das Boot in rasender Fahrt auf die Klippen zufährt, an denen es scheitern soll, wenn jeder nur an sich denkt oder überhaupt nicht mehr denken kann, dann ergreift der Stärkste das Ruder, drängt sanft die Unfähigen zur Seite und rettet das Schiff, weil er das Herz hat und die Faust hat und das Auge hat, welches den möglichen Weg sieht, den keiner sonst sieht.

Dies ist, was der Staatsmann haben muß: ein starkes und reines Herz, eine gewaltig kräftige Faust und vor allem — das Auge, das Geistesauge, das mehr sieht als andere. Man kann dieses Auge auch einem Künstlerauge vergleichen, gleich dem Michel Angelos, das im rohen Marmorblock der Gegenwart das Zukünftige, das wunderbare Gebilde und Kunstwerk zu sehen vermochte und darum der starken Faust den Meißel gab, um es herauszuhauen. Staatsmannschaft ist Künstlerschaft, Bildhauerarbeit am Lebendigen — das Höchste, was es gibt am Menschenwerk.

Oder es ist Baumeisterschaft; — nämlich die Kunst, die Majestät des Staates wieder aufzurichten.

Ein sozialdemokratischer Machtpolitiker

Ein weißer Rabe

August Winnig gegen die jüdische Vorherrschaft

Im letzten Heft der vom Kultusminister Hänisch herausgegebenen Wochenschrift „Die Glocke“ veröffentlicht der sozialdemokratische Oberpräsident von Ostpreußen, Gewerkschaftssekretär August Winnig, einen Artikel über „Die Stimmung im Volke“, dem wir die nachstehenden, außerordentlich bemerkenswerten Ausführungen entnehmen:

„So rückhaltlos wir heute zugeben müssen, daß es uns wenig frommen würde, die Tigerinstinkte der triumphierenden Sieger zu reizen, genau so rückhaltlos wollen wir auch heute bekennen, daß die Geste der völligen Ergebung und Entsagung nichts anderes sein darf, als eben eine von der großen Not des Augenblicks erzwungene Konzession. Man müßte sich schämen, ein Deutscher zu sein, wenn es zuträfe, daß die heute amtlich verlautbarte Gesinnung wirklich und für alle Zeit vom deutschen Volke geteilt würde. Wenn die Masse des Volkes zu den amtlichen Friedensreden schweigt, so tut sie das nur, weil sie nach der furchtbaren Anspannung der fünf Leidensjahre wirklich, aber nur vorübergehend zu jener Stufe nationaler Gleichgültigkeit herabgedrückt ist, wo ihr aller Sinn für die eigene Würde fehlt. Diese Stimmung ist für uns, die wir die Masse auf allen ihren Leidenswegen begleitet haben, nur allzu verständlich; aber es ist auch nur eine aus der heutigen Geistesverwirrung der Masse geborene Stimmung — nichts weiter. Daß sich auch nur ein erheblicher Teil des Volkes zu jenem Glauben an die Gerechtigkeit im Völkerleben bekennt, von dem die offiziellen Redner singen und sagen, ist einfach nicht wahr. **Die Ueberzeugung, daß im Leben der Völker wie im Leben der Klassen in letzter Linie die Macht und nur die Macht entscheidet,** ist durch das schwere Erleben gerade dieser letzten Wochen selbstverständlich nur noch fester geworden. . . . Jeder Versuch, dem Volke das heutige Verlegenheitsgestammel als Ausfluß einer neugewonnenen Erkenntnis darzustellen, kann gar nicht scharf genug zurückgewiesen werden. Es erscheint in dieser Hinsicht nötig, einmal ein offenes Wort über **das Gebaren der nichtdeutschen Mitglieder** unserer Partei zu sagen. Wir haben eine ganze Anzahl solcher Männer und Frauen an führenden Stellen der Partei, wir haben sie von Haus aus und haben sie durch die Gastfreiheit, mit der wir Emigranten aus dem Osten bei uns aufnahmen. Sie haben uns als Agitatoren und Literaten manchen guten Dienst geleistet, und sie mögen es weiter tun. **Aber sie sollen,** das gebietet ihnen auch ihr eigenes Interesse, **sich in allen Fragen, die nationale Gefühle berühren, zurückhalten und darauf verzichten, dem deutschen Volke da ihren Rat zu erteilen, wo ihnen durch ihre volksfremde Abstammung der Weg zum Verständnis für das Fühlen des Volkes versperrt ist.** Sie können, wie Max Brod in der „Neuen Rundschau“ (Dezember 1918) schrieb, ein Freund des Volkes sein, in dessen Kulturkreis sie leben, aber sie können sich nie diesem Volke so assimilieren, daß sie ein berufener Interpret jener Regungen des Volkes wären, die letzten Endes doch in dunklen Geheimnissen des Blutes ihren Ursprung haben. Wir haben volles Verständnis dafür, wenn unsere **Genossen jüdischer Abstammung** ihr Ideal in einer nationslosen Völkergemeinschaft erblicken, da ihnen ein hartes Schicksal die nationale Bodenständigkeit genommen hat. Aber sie sollen nicht das Unmögliche versuchen, eine aus dieser Grundanschauung fließende Politik einem Volke aufzureden, das sich heute zu ihr nur bekennen könnte, wenn es sich des letzten Restes nationaler Würde entäußerte. Es hieße die geschichtliche Situation **ganz verkennen, wenn man glauben wollte, daß dieser Krieg und dieser Frieden der Völkerverbrüderung den Weg geöffnet hätten . . .** Noch ist es Nacht in Deutschland. Aber der Morgen wird kommen. Noch schlägt der Irrsinn den Staat in Stücke. Aber bald wird ein Taumel der Arbeit die Massen ergreifen, und neue Mauern werden wachsen. Noch weckt das Wort vom Vaterlande in den Massen höhnisches Gelächter. Aber die Zeit wird kommen, wo Heimat und Volkstum auch dem Geringsten das Höchste und Heiligste sein werden. Dieser Zeit harren wir entgegen.“

*

Im Hinblick auf die letzte Rede des Reichsministers Hermann Müller über äußere Politik seien besonders die folgenden Sätze Winnigs noch einmal festgehalten:

„Es hieße die geschichtliche Situation ganz verkennen, wenn man glauben wollte, daß dieser Krieg und dieser Frieden der Völkerverbrüderung den Weg geebnet hätten.“

*

„Daß sich auch nur ein erheblicher Teil des Volkes zu jenem Glauben an die Gerechtigkeit im Völkerleben bekennt, von dem die offiziellen Redner singen und sagen, ist einfach nicht wahr. Die Ueberzeugung, daß im Leben der Völker wie im Leben der Klassen in letzter Linie **die Macht** und **nur** die Macht entscheidet, ist durch das schwere Erleben gerade dieser letzten Wochen selbstverständlich nur **noch** fester geworden.“

*

Sämtlichen Ministerreden der Revolutionsregierung aber seien die folgenden Worte Winnigs entgegengehalten:

„Man müßte sich schämen, ein Deutscher zu sein, wenn es zuträfe, daß die **heute amtlich verlautbarte Gesinnung** wirklich und für alle Zeit vom deutschen Volke geteilt würde.“

*

Was Winnig über das Gebaren der jüdischen „Führer“ des deutschen Volkes sagt, wird allein schon durch die niederdrückende Tatsache illustriert, daß an der Stelle, wo bisher der germanische Hohenzollernkönig in Preußen stand, sich heute der Jude Paul Hirsch befindet.

Deutsches Bürgertum, wach auf!

Von Wolfgang Eisenhart-Naumburg.

[Abdruck verboten.]

Als die deutsche Revolution am 9. November v. J. ausbrach, traf sie das deutsche Bürgertum unvorbereitet, unorganisiert, durch den langen Krieg und den Hunger mürbe gemacht, unentschlossen und vielfach kleinmütig und verzagt. Die sozialistischen Gegner dagegen waren wohl organisiert, seit langer Zeit für den Klassenkampf eingeübt, zielbewußt und von ebenso gewissenlosen wie rücksichtslosen und energischen Führern geleitet. Nur so war der Sieg einer Revolution möglich, der jeder sittliche Grund fehlte, und die angesichts eines übermächtigen, uns immer härter bedrängenden äußeren Feindes geradezu sich als eine Tat verbrecherischen Wahnsinns darstellte. Die dumpfe Betäubung, mit der das deutsche Bürgertum den Schlag hinnahm, der doch in seinen letzten Konsequenzen dazu führen mußte, den bürgerlichen Wohlstand selbst zu vernichten, alle Besitzverhältnisse zu zerrütten und uns schließlich des höchsten und heiligsten irdischen Gutes zu berauben, nämlich eines angesehenen, mächtigen und geehrten Vaterlandes, diese stumpfe Gleichgültigkeit und Entschlußlosigkeit in weiten Kreisen der oberen Stände und der besitzenden Klassen war eine der traurigsten Begleiterscheinungen der Revolutionszeit. Sie förderte die Pläne der Gegner und warf diesen einen leichten Sieg in den Schoß, auf den die Sozialisten nach dem eigenen Geständnis ihrer Führer kaum in dieser durchschlagenden Weise gehofft hatten.

Heute, nach acht Monaten sozialistischer Herrschaft, beginnt endlich ein Umschwung sich einzuleiten. Für jeden, der denken kann, für jeden, der durch die sozialistische Hetzagitation nicht hoffnungslos verdummt ist, liegt heute die vollendete Unfähigkeit der Sozialdemokratie, den deutschen Staat regieren zu können, klar auf der Hand. Die sozialdemokratische Herrschaft hat uns nichts gebracht als schwindelhaft emporgetriebene Löhne für die unteren Klassen, die zuverlässig ebenso schnell wieder einen ebenso jähen Sturz erfahren werden. Im übrigen aber brachte uns die sozialistische Herrschaft ein nicht nur besiegtes, sondern leider auch durch schmachvolle Friedensbedingungen entehrtes Vaterland, ein völlig innerlich zerrüttetes Reich, ewige neue Aufstände, Mord und Plünderungen ohne Ende, einen vernichteten deutschen Wohlstand, eine Verschleuderung der staatlichen Mittel, wie sie bisher in Deutschland unerhört war, kurz, einen Zustand, der uns mit Riesenschritten einem baldigen Staatsbankerott und allgemeiner Verelendung entgegentreibt. Im Auslande aber hat uns die deutsche Sozialdemokratie aus einem geachteten und gefürchteten zu einem verhöhnten, verspotteten und verachteten Volke gemacht.

Wahrlich, die „Taten“ der Sozialdemokratie schreien zum Himmel. Sie bedeuten die vollendete Vernichtung alles dessen, was Deutschland seit fünfzig Jahren groß, angesehen und herrlich gemacht hat; und unser Untergang als Volk ist sicher, wenn weiter in dieser unglaublichen Weise bei uns „regiert“ wird. Und darum kommt alles heute darauf an, daß das deutsche Bürgertum, daß die gebildeten Klassen, daß alle, die sich noch einen Sinn für nationale Ehre bewahrt haben, alle, denen das deutsche Vaterland ein geheiligter Begriff ist, aufwachen und entschlossen der Sozialdemokratie zurufen: Bis hierher und nicht weiter! Der beklagenswerte Zustand, der uns im November v. J. so verhängnisvoll wurde, daß das deutsche Bürgertum unorganisiert und in stumpfer Gleichgültigkeit der Umsturzbewegung gegenüberstand, darf sich nicht weiter fortsetzen, sondern das nichtsozialistische deutsche Bürgertum, für das es noch den Begriff der vaterländischen Ehre gibt, dem noch die Schamröte ins Gesicht tritt, wenn es bedenkt, wie die deutsche Sozialdemokratie uns durch Revolution und Friedensschluß dem Hohn und der Verachtung unserer auswärtigen Feinde überliefert hat, das deutsche Bürgertum, das noch festhält an Treue und Glauben, an Recht und Gesetz, das Bürgertum, das noch religiösen Glauben besitzt und der frechen sozialistischen Gottesleugnung noch nicht verfallen ist, das deutsche Bürgertum, auf dessen Fleiß, Arbeit, Bildung und Tüchtigkeit allein der wirtschaftliche Aufschwung unseres Vaterlandes

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907271-12/fragment/page=0007

vor dem Kriege beruhte, es muß aufwachen und der macht- und herrschaftslüsternen Sozialdemokratie es klarmachen, daß wir nicht gewillt sind, seine Herrschaft weiterhin widerspruchslos hinzunehmen.

Ich denke hier nicht an Gegenrevolution. Sondern ich meine, aus dem Volke heraus muß von allen Einsichtigen immer wuchtiger die Kritik an den heutigen, von der Sozialdemokratie geschaffenen Zuständen einsetzen. In Millionen von Flugblättern sollte das irregeleitete Volk aufgeklärt werden, daß alle sogen. Besserungen, welche die Revolution angeblich gebracht hat, besonders die höheren Löhne, nur Scheinerfolge sind, die vor der sicher bevorstehenden Verarmung, welche der von den heutigen Machthabern bewirkte Friedensschluß über uns gebracht hat, sehr schnell wieder dahinschmelzen werden wie Butter an der Sonne. Denn soviel Verstand muß doch auch ein Sozialdemokrat haben, um einsehen zu können, daß wir von nun an gar nicht imstande sein werden, bei der völligen Entwertung unseres Geldes, dem Verlust unserer Eisen- und Kohlenlager infolge des sozialdemokratischen Friedens und endlich bei der Teuerung unserer Löhne mit dem weit günstiger gestellten und billiger produzierenden Auslande zu konkurrieren, und daß Arbeitsmangel, allgemeine Verarmung, Not, Elend und Massenauswanderung die Folge des Werkes der Sozialdemokratie an unserem Volke sein müssen. Diese Aufklärung in die Massen zu tragen, ist heute die wichtigste Aufgabe des deutschen Bürgertums. Dieses soll überall heute in Wort und Schrift, in Parlamenten und Gemeindevertretungen, den Kampf mit den heutigen sozialistischen Machthabern und ihrem Anhange aus den bürgerlichen Parteien aufnehmen und den Kampf mit voller Entschlossenheit, ohne Aengstlichkeit und Menschenfurcht, durchführen. Ueberall soll sich das Bürgertum sammeln und organisieren, Redner und Agitatoren hinausschicken, leichtfaßliche Flugschriften und Flugblätter in unzähligen Massen verbreiten. Bei den nächsten Wahlen, die doch in Kürze kommen müssen, muß das ganze Sündenregister der sozialdemokratischen Machthaber dem Volke rücksichtslos vorgeführt werden.

Die Tage der dumpfen Resignation, in die das deutsche Bürgertum verfallen war, müssen jetzt unbedingt ein Ende haben. Denn es geht heute um Sein und Nichtsein des deutschen Vaterlandes. Die Sozialdemokratie ist völlig regierungsunfähig. Sie hat ihren Führern wohl zu Macht und Wohlhabenheit verholfen, der Masse unseres Volkes aber nichts gebracht als die Schande dieses Friedens, Zerrüttung aller inneren Verhältnisse, Aufruhr und Revolutionen, die kein Ende nehmen und die zusammen mit der Auspowerung Deutschlands durch unsere Feinde uns der allgemeinen Verelendung entgegentreiben.

Deutsches Bürgertum, willst du das alles hinnehmen? Willst du weiter die Beute der gewissenlosen Wortredner des Umsturzes werden? Sollen unsere Regierungsmänner für alle Zeiten aus den Reihen hetzerischer Agitatoren hervorgehen, die nur daran denken, sich ihre Taschen zu füllen, nach dem Wohl und Wehe der Massen aber nichts fragen?

Deutsches Bürgertum wach auf, ermanne dich, zeige den Gegnern, daß du noch da bist, mache dein gutes Recht geltend, Anteil an der Regierung zu verlangen. Fordere eine gewissenhafte, sparsame Regierung durch Männer, welche wirklich für diesen Beruf vorgebildet sind, aber nicht eine Regierung durch die Helden der Straße und der Hetzrede!

Bei den nächsten Wahlen muß die sozialdemokratische Herrschaft zusammenbrechen, muß Vernunft, Vaterlandsliebe, politische Einsicht wieder zur Geltung kommen. Nach den blinden Leidenschaften aufgehetzter Massen läßt sich der Staat nicht auf die Dauer regieren. Drum, deutsches Bürgertum, rüste dich mit aller Macht dazu, daß die Tage der Wahl zu Tagen einer großartigen Abrechnung mit der heutigen Regierung werden. Zerreiße den Nebel, den die Sozialdemokratie über unser Volk gelegt hat. Stürze dich im festen Vertrauen auf Gott und den Sieg der gerechten, guten Sache in den Kampf, und der Sieg wird dir werden!

Deutsches aus der Französischen Schweiz

Von Karl Gaede-Halle.

[Abdruck verboten.]

Deutsches aus der Französischen Schweiz? — So mag der Leser zweifelnd fragen. Allerdings: in Genf, Neuenburg und Lausanne hat man anläßlich des Versailler Friedens Siegesfeiern veranstaltet, und Deutsche, die während des Krieges in einer jener Städte waren, mochten wohl den Eindruck haben, daß sie in Feindesland wären. Indes: auch an den Ufern des Genfer und des Neuenburger Sees wird nicht alles so heiß gegessen, wie es gekocht wird. — In einem der ältesten Stadtteile von Lausanne begegnet einem auf einmal ein stattliches altes Haus mit der deutschen Inschrift: „Gasthaus zum Hirschen", und im Stadtwappen von Lausanne — die dortigen Schutzleute tragen es an ihrem Sonntags-Käppi — sieht man den Adler des alten Deutschen Reiches, denselben, den Lübeck im Wappen führt: seit 1032, als Burgund an das Reich fiel, gehörte die jetzige französische Schweiz zu Deutschland; in der aus Anlaß des Hussitenkrieges erlassenen Heeres-Matrikel von 1422, die sich „Anslag des teglichen Kriegs zu Beheim" nennt, ist auch „der (nämlich Bischof) von Losan" aufgeführt. Der Bischof von Lausanne war Fürst des alten Deutschen Reiches, ebenso wie es unser Erzbischof von Magdeburg war. Die Schreibung „Losan" (mit dem Tone auf der ersten Silbe) gibt übrigens den Namen so wieder, wie er noch heutzutage oft in der deutschen Schweiz ausgesprochen wird.

In der Umgangssprache der Französischen Schweiz kann man oft Anklänge an das Deutsche hören, so z. B.: „Qu'est-ce que ca pour an homme?", oder als Aufforderung einer Mutter, die ihr Kind zu Hause läßt: „Reste là pour huter la maison". (Um das Haus zu hüten!) Sogar in die Schriftsprache eingedrungen ist die Bezeichnung „bouèbes" für Buben; in der deutschen Schweiz sagt man „Bueben", mit nachklingendem e; die Welsch-Schweizer betonen statt des u das darauffolgende e. — Unter den welschschweizerischen Angehörigen der Zofingia, der über alle Schweizer Universitäten verbreiteten Studentenverbindung, die ihren Namen vom Städtchen Zofingen im Aargau führt, wo sie ihre Feiern abhält, sind oder waren wenigstens vor dem Kriege Ausdrücke wie die folgenden gebräuchlich: „la kneipe était très gemutlie", oder: „les fuxe étaient très uppie". Ueberhaupt hat das studentische Leben in der französischen Schweiz viel mehr Aehnlichkeit mit dem Deutschlands als mit dem in Frankreich. Studentische Verbindungen in unserem Sinne kennt man in Frankreich nicht, wohl aber in der französischen Schweiz; dort gibt es wie bei uns Verbindungen im engeren Sinne, d. h. solche mit Korporationscharakter, und unter diesen wieder farbentragende und schwarze, sowie auch freie Vereine. Auch das kommt vor, daß freie Vereine zu Korporationen werden, wie es mit dem Akademischen Turn-Verein in Lausanne der Fall ist. Aehnlich wie mit dem studentischen Leben steht es mit der Universitäts-Verfassung in der französischen Schweiz: die dortigen Hochschulen sind Universitäten in unserem Sinne, während die Universitäten in der französischen Republik reine Fachschulen sind. Privat-Dozenten gibt es in Frankreich nicht, wohl aber in der West-Schweiz; auch den Namen: „Privat docent" hat man aus dem Deutschen herübergenommen. — Sehen wir uns die Preisaufgaben an, die die französisch-schweizerischen Universitäten zurzeit ausgeschrieben haben, so finden wir, daß Genf 2000 Franken ausgesetzt hat für eine Arbeit über „Die Moral-Philosophie in den großen Systemen des deutschen Idealismus im 19. Jahrhundert". Neuenburg verlangt eine Arbeit in deutscher Sprache über den Roman der romantischen Schule. Wenn Lausanne „Das Theater Hermann Sudermanns" als Thema stellt, so möchte man allerdings zweifeln, ob dieser Gegenstand eine Preisaufgabe wert ist. — Und nun zum Schluß noch etwas Scherzhaftes: In Ouchy, dem Hafenort von Lausanne, kaufte ich mir einmal eine Postkarte, deren Bild den Genfer See darstellen sollte: in der Tat, man sah eine Wasserfläche mit Segeljachten und dahinter ein hügeliges Ufer, nicht ganz unähnlich den Ufern, wie sie der Genfer See an mehreren Stellen hat. Bei näherem Zusehen zeigte sich, daß das Bild die Kieler Föhrde darstellte; gedruckt war es in Dresden.

„Gedanken zur Hochschulreform"

von C. H. Becker.

(Im Verlag von Quelle u. Meyer in Leipzig, 1919. Preis 3,20 M.)

Besprochen von

Professor Dr. Holdefleiß-Halle a. S.

[Abdruck verboten.]

Bei dem allgemein schmerzlich empfundenen Notzustande unseres deutschen gemeinschaftlichen Lebens findet sich in den ihrer Mitverantwortung bewußten und tiefer interessierten Kreisen ein teils schmerzliches, teils neuschöpferisches, von veralteten Bedenken befreites Suchen nach den eigentlichen und letzten Quellen der jüngsten Entwicklungen, sowohl aus dem allgemeinen geistigen Bedürfnisse nach Klarheit überhaupt, als auch um nach Möglichkeit brauchbare Wege zur besseren Zukunft zu finden. Dabei handelt es sich nicht nur um die sog. großen politischen Fragen, sondern auch um solche auf Spezialgebieten unseres Volkslebens, die zunächst oft von der Mehrheit als weniger wichtig angesehen werden. Wie aber beim Versagen einer Maschine oft Ueberraschung herrscht, daß ein vorher als nebensächlich angesehener Teil schließlich der entscheidende war, so daß es für einen wirklich Kundigen auch nichts „Nebensächliches" geben darf, so ergibt sich bei näherer Prüfung der tieferen Ursachen unserer gegenwärtigen Lage mancher unerwartete Zusammenhang, und die unerwartete Wichtigkeit eines scheinbaren Nebengebietes.

Unsere deutschen Hochschulen und Universitäten haben nun niemals etwa eine isolierte „Insel der Sel[igen]" gebildet, an die die schwer lastenden Fragen des politischen und wirtschaftlichen Lebens nicht heranreichten, und die auch ihrerseits ohne Bedeutung für die rauhen Geschäfte der Oeffentlichkeit wären, sondern sie sind vielmehr vor allem die Quelle des geistigen Lebens, nicht nur für die sog. gebildeten Kreise, sondern auch durch deren Vermittlung für alle übrigen. Sie suchen die Grundprobleme, um die im praktischen Leben gestritten wird, begrifflich zu fassen und damit erst ihrer allgemeingültigen Entscheidung näher zu bringen. Der Verfasser der oben genannten bedeutsamen Schrift, „Gedanken zur Hochschulreform", begründet dementsprechend die Pflicht zur bessernden Ausgestaltung in dieser hohen Verantwortlichkeit für die ganze geistige Entwicklung, die auf unseren Universitäten ruht.

Der Verfasser der vorliegenden Schrift, C. H. Becker, ist Unterstaatssekretär im „preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung" und war früher Hochschullehrer, und ist wohl dabei bestrebt gewesen, den tieferen Sinn, die historische und praktische Bedeutung, sowie die Eigenart der deutschen, im besonderen unserer preußischen Universitäten richtig zu erfassen und unbefangen zu beurteilen, und mit offenem Geiste Wege zur Fortentwicklung, wenn möglich zur Besserung, zu finden. Er sieht dabei in dem bisherigen Zustande Fehler und Schwächen, die als solche natürlich nicht von allen Beteiligten anerkannt werden, wie es ja stets bei der Einleitung auch sehr notwendiger Verbesserungen der Fall ist, daß von einigen der seitherige Zustand als sehr gut und nicht veränderungsbedürftig, ja als im höchsten Maße verehrungswürdig angesehen wird, von anderen dagegen als durchaus so, daß eine durchgreifende Aenderung unvermeidlich ist. In allen derartigen Fällen läuft dann das Ganze auf eine Machtfrage hinaus, auf der einen Seite nach dem Grundsatze „beati possidentes", auf der anderen auf die Hilfsmittel „öffentliche Volksmeinung", „unausweichliche neuzeitliche Entwicklung" und „parlamentarisches Mehrheitsprinzip" mit Beiseiteschieben der Minderheit. Der Verfasser der vorliegenden Schrift hält eine „Hochschulreform" nach mehreren Hauptrichtungen hin für erforderlich, will dabei aber vor allem den „Geist der Wissenschaft", wie er an unseren Universitäten bisher zu finden war, und wie er die Eigenart derselben im Gegensatze zu allen ausländischen bildete, durchaus erhalten wissen. Die Verbesserungen sollen nach seiner Darstellung dahin zielen, die Kräfte aller am Universitätsleben und an der Hochschularbeit Beteiligten so zur vollen Betätigung frei zu machen, daß in Summa eine höhere Leistungsfähigkeit, sowohl im Interesse der Wissenschaft an sich, als auch in dem der Volksgesamtheit, ermöglicht wird. Dabei zeigt sich auch in den Darlegungen des Verfassers der vorliegenden Schrift die Schwäche, die meist dort zu finden ist, wo man sich in anerkennungswertester Weise vor Einseitigkeit zu hüten bemüht. Die politischen und sonstigen öffentlichen Bestrebungen, die in naiver Weise die Einseitigkeit riskieren, haben es demgegenüber leichter und haben zu gewissen Zeiten und in gewisser Umgebung durchschlagenderen Erfolg. Beim Verfasser finden sich bei mehreren Hauptfragen Stellen, wo zunächst eine erdrückende Fülle von Beweisen für die Unhaltbarkeit eines bisherigen Zustandes aufgehäuft wird, wo aber dann der Satz folgt: „Aber es sprechen doch auch sehr erhebliche Gründe für Beibehaltung" des bisherigen Zustandes. Die dann angeführten Gründe sind nun auch nicht minder beweiskräftig und schwerwiegend, so daß der Leser nun versucht ist, doch wieder dem anderen Lager recht zu geben. Es zeigt sich eben dabei so recht die Schwierigkeit der vorliegenden Probleme, wenn sie gewissenhaft, unter Wahrung der Gerechtigkeit und zur Sicherung des besten Erfolges in Angriff genommen werden sollen.

Der Verfasser sieht nun allerdings den Geist der Wissenschaft, wie er an eine „Universität" gehört, nicht darin erschöpft, daß jedes einzelne Spezialgebiet oder Fach sich nun mit sich selbst beschäftigt, sich innen zwar in stetig zunehmendem, gutem Fortschritt ausbaut, aber auf alles außerhalb stehende, Menschen sowohl, als auch Dinge und Begriffe, fremd, ja verächtlich oder auch um die Konkurrenz besorgt blickt, sondern daß bei bester Arbeit auf dem Einzelgebiete doch die Beziehungen des Fachs und des Menschen zu den großen Fragen oder Problemen des engeren sowohl, wie auch des weiteren und weitesten Kreises der Allgemeinheit, vor allem die nationalen und sozialen Fragen, beherrscht vom ethischen Standpunkte aus, in edelster akademischer Art in Angriff genommen werden. Wie weit es dem Verfasser gelungen ist, diese Aufgabe in vollkommener Weise und ausreichender Klarheit darzulegen, kann nur der endgültig entscheiden, der selbst darin bereits weiter vorgeschritten ist. Eine der schwierigsten Aufgaben ist jedenfalls die, die Verbindung der gründlichsten wissenschaftlichen Spezialarbeit mit der freien Bearbeitung der großen allgemeinen Fragen klar zu formulieren und auch wirklich herzustellen, wobei man aber zum Schluß entdeckt, daß das letzte Ziel beider menschlichen Arbeitsgebiete das gleiche ist.

Das Mittel, die höchsten Ziele der akademischen Forschungs- und Lehrtätigkeit zu erreichen, erscheint dem Verfasser in dem neuzeitlichen Streben, keinen Menschen, weder den einzelnen, noch eine Gruppe oder einen Stand, als bloßes Objekt anzusehen und als solches zu behandeln. Dies führt ihn zu der wichtigen Frage der Gliederung der Universitätszugehörigen, des sog. Lehrkörpers sowohl, wie auch der Lernenden. Wenn irgendwo, so scheint ihm hier das „Mitbestimmungsrecht", abgestuft nach den Arbeitsgebieten, gerechtfertigt. Was zunächst den „Lehrkörper" betrifft, so wird vor allem betont, daß dieser auf der Universität „nicht ausschließlich um der Schüler willen da ist, sondern auch Selbstzweck ist". Hochschullehrer sind Forscher und Lehrer. Sie sind zugleich das „bleibende" Element, gegenüber dem „wechselnden" der Studenten. Darin liegt zugleich schon die Abstufung der Rechte und Pflichten begründet, wobei er aber der Studentenschaft als „Konsumentenstand" neben dem Lehrkörper als „Produzenten" in gewissen Organisationsfragen ein Mitbestimmungsrecht einräumen will; was für sie bestimmt ist, darüber soll sie auch die Möglichkeit haben, ihre Ansichten und Wünsche wirksam zur Geltung zu bringen. Es handelt sich ja nicht mehr um „unmündige", sondern um in der Ausreifung vorgeschrittene Personen, die darin allerdings ebensowenig einen vollen Abschluß besitzen, wie alle anderen Menschen bis ins höchste Lebensalter hinein. Wer sich vor seinem Tode als abgeschlossen ansieht, begeht eine Anmaßung.

Die Gliederung des Lehrkörpers will C. H. Becker nur in hauptamtliche, beamtete Universitätsprofessoren und freiberufliche Privatdozenten durchgeführt wissen. Aus den letzteren soll die erstere Gruppe in der Hauptsache ergänzt werden. Daneben sollen noch als außerordentliche nebenberufliche Helfer die „Honorarprofessoren" und die Lektoren bestehen bleiben. Bei beiden soll es sich um Persönlichkeiten aus irgendeinem außerhalb der Universität stehenden Hauptberufe handeln, die den Auftrag übernehmen, aus einem Spezialgebiete, in dem sie Autoritäten sind, Vorlesungen zu halten. Beamtete Universitätsprofessoren und Privatdozenten sollen für diese beiden Kategorien nicht in Frage kommen.

Daß die hauptamtlichen Hochschullehrer, also die eigentlichen Universitätsprofessoren, nur in einer einheitlichen Gruppe vertreten sein sollen, daß es unter ihnen nicht „halbe" und „Vollprofessoren", also „außerordentliche" und „ordentliche", geben soll, entspricht nach Herrn Becker dem auch in anderen Berufsarten entweder geltenden oder erstrebten kollegialischem Prinzip. Nach ihm soll es an der Universität keine Hierarchie der Beamtung geben; wer Extraordinarius wird, besitzt die Professorqualifikation; dann habe man den Mut, die planmäßigen Extraordinarien zu Ordinarien zu machen und damit eine einheitliche Professorenklasse zu schaffen mit möglichstem Spielraum der Gehaltsstufen.

Bei der Stellung der Privatdozenten soll die Freiheit und Unabhängigkeit das Charakteristische sein, sowohl in der Zulassung dazu, als auch beim etwaigen Rücktritt davon. Der Uebergang in irgendeinen anderen Beruf darf nicht als ein Mißerfolg oder als Zeichen des Versagens gelten, sondern als ebenso normal, als das Beibleiben in der Privatdozentur. Die Bedürfnisfrage soll bei der Habilitation eines Privatdozenten nicht gestellt werden, und ebenso muß eine Beschränkung der Zahl, ein numerus clausus, ausgeschlossen sein. „Nur wo Masse ist, gibt es Elite". Die Habilitation soll rein sachlich sein, eine Forderung allerdings, „die leichter gesagt, als getan ist". Herr B. fordert dafür eine Nachprüfung durch besonders zu bildende Fachausschüsse.

Inbezug auf viele weitere brennende Fragen und nicht minder wichtige Einzelpunkte muß auf die genannte Schrift selbst hingewiesen werden. Diese ist eine sehr bedeutsame und an wertvollen Anregungen reiche Unterlage bei den ferneren Verhandlungen über die Hochschulreform, der unter den jetzigen Verhältnissen wohl nicht mehr ausgewichen werden kann. Die Notwendigkeit derselben betont der Verfasser wohl für manchen der Beteiligten zu stark, für manchen anderen dagegen noch nicht intensiv genug, und ebenso wird er in seinen Vorschlägen einigen Gruppen zu weit, anderen dagegen noch nicht weit genug gehen. Bemüht hat er sich aber unleugbar, mit der Fortschrittlichkeit in den wichtigsten Punkten eine gewissenhafte und gerechte Anerkennung des Bestehenden zu verbinden.

Ein Vorschlag zur Güte. Man hat sich in Weimar schwere Sorge wegen des Titels des Herrn Ebert gemacht: Herr Justiz-Rat Ablaß schlug vor, ihn „Obmann" zu nennen, Herr Professor Schultze-Gävernitz stellte den Antrag, „Reichswart" zu sagen, und Herr Beyerle, Professor der Rechtsgeschichte, holte aus dem Schatze seiner rechtsgeschichtlichen Kenntnisse den Ausdruck „Worthalter" hervor. — Wozu in die Ferne schweifen? Wir hatten ja schon längst in Deutschland drei Freistdaten: die Hansestädte, und deren Staatsoberhäupter heißen von jeher Bürgermeister. Ernenne man also Herrn Ebert zum Reichs-Spießbürgermeister.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Helmut Böttcher.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907271-12/fragment/page=0008

Hallescher Courier

Unterhaltungs-Beilage der Halleschen Zeitung

Nr. 30 — Halle/Saale ◆ Sonntag, den 27. Juli — 1·9·1·9

Ihr Sohn

Von Helene Heß.

So war er zu ihm gebracht worden; mit blutig gerissenen Fäusten und staubigem Haar, blaß vor Schmerz. Als ihm die Träger in aufgeregtem Durcheinander von dem verwundeten Sieger des Sportplatzes erzählen wollten, hatte er sie mit einem kurzen Befehlswort hinausgeschickt und war mit dem Knaben allein geblieben.

Behutsam entfernte er das blaßblaue Ruderhemd . . . Da flog wie ein Wetterleuchten die Freude des Künstlers über seine forschenden Augen. Eine Sekunde lang stand er still vor der auffallenden Schönheit dieses jungen Leibes.

Dann begann er als Arzt die Arbeit. Der Knabe rührte sich nicht, nur seine Lider blieben gesenkt und die schlanken Fäuste hielten sich im Kampfe gegen den Schmerz.

Endlich war es vorüber. Die Aufregung löste sich in einem tiefen Seufzer von dem jungen Kämpfer.

„Es wird nicht allzu lange dauern, bis du wieder ganz heil bist", sagte der Mann, und auf des Knaben erfreuten Blick hin fragte er nach dem Verlauf des Wettkampfes.

Erst kam die Schilderung leise und stockend, dann aber redete er sich in Eifer. Seine tiefdunklen Augen wurden ganz groß und seine Stimme immer festen. Die helle Begeisterung ließ ihn alles andere vergessen.

Der Arzt hatte sich neben ihn gesetzt, warf sachverständige Fragen ein.

„Nun sagst du mir wohl auch deinen Namen, nicht wahr?"

„Siegbert Waldstätt."

„Da werde ich mal anläuten . . ."

„Ach, Sie wollen nach Hause telephonieren!! Aber nein, ich gehe jetzt selbst . ." Er sprang auf, sank aber doch mit verzerrtem Gesichte zurück.

„Sei doch ruhig, ich erschrecke deine Eltern nicht", versuchte der Mann zu trösten; aber von dem Helden und Sieger fiel plötzlich alles Männliche; er kämpfte mit Tränen.

Endlich kam es dann mit kläglicher Stimme heraus, daß er, der über den Sommer mit seiner Mutter auf dem großväterlichen Gute weise, für zwei Tage allein gelassen worden und ohne Wissen der Dienerschaft zum Wettspiel gekommen sei. Wenn man nun den Leuten von seiner Verletzung berichte, so würden die, wie ihnen befohlen worden, augenblicklich den Eltern drahten und . . Ein erstickter Seufzer brach die angsterfüllte Schlußfolgerung ab.

Der Arzt lachte plötzlich leise auf:

„Wann kommt deine Mutter zurück?"

„Morgen."

„So, dann bleibst du heute nacht bei mir. Es frägt sich nur, was wir der Dienerschaft ausrichten sollen. — Wie heißt denn dein Großvater, bei dem du zu Besuch bist?"

„Rittmeister Berenthal."

„Rittmeister Berenthal? Wohnt Weißstadt, Villa Hildegunde? Und dein Vater ist der Gesandte Graf Waldstätt?"

„Ja, kennen Sie denn meinen Vater?" Der Junge richtete sich in freudvoller Hoffnung halb auf, doch wurde er freundschaftlich wieder in die Kissen gedrückt.

„Ja, ich kenne deinen Großvater. — Jetzt kann ich schon alles ordnen, daß du zufrieden bist."

Damit war er draußen.

Als er nach einigen Minuten zurückkam, empfing ihn der Sohn des bekannten Diplomaten Waldstädt mit liebevoll vertrauenden Augen.

„Zu Hause ist alles in Ordnung gebracht. Deine Mutter hole ich morgen von der Bahn ab und werde ihr selbst alles erklären. Dann kannst du mit ihr nach Hause fahren. Heute Nacht aber bleibst du bei mir. Ich habe ja auch deinen Großvater gekannt — und deine Mutter. Ist's dir nun recht so, Siegbert?"

Der nahm statt aller Antwort die feinnervigen Hände des neuen Freundes und legte scheu und dankbar seinen Kopf darauf.

Dann ging der Arzt zu seinen Büchern. Schließlich stand er auf, setzte sich unhörbar an das Bett des Schläfers und drehte nach einigem Zögern ein Licht an, das mit sanftblauem Schimmer die Stätte seiner Arbeit überzog. Er hatte den Raum mit künstlerischen Augen eingerichtet und er war ihm lieb als Tempel seiner Wissenschaft. Aber heute schienen alle seine Bilder, seine Bücher nur Rahmen zu sein für dieses junge Leben, das strahlend und wunderbar vor ihm auf den Kissen lag. . .

Den Mann der Arbeit überkam ein Erinnern. —

Er sah sich den lichten Laubgang eines Buchenwaldes hinansteigen und sah ein Mädchen an ihm vorübergehen, aus dessen weißem Kleide der Wiederschein des jungen Grün flutete, dem die Sonnenstreifen mattgolden durch die Haare fuhren.

Das war in einem Frühling gewesen, vor 16 oder 17 Jahren, als er jenen Rittmeister Berenthal zu besuchen hatte, den der Knabe seinen Großvater nannte. Er war damals eben mit sich ins Reine gekommen, daß er sein Leben voll und ungeteilt der Arbeit widmen wollte. Der Verzicht auf Frauenliebe habe ihn nicht viel Nachdenken gekostet, seit ihm der Glaube an jene große, selbstvergessene Liebe, wie er sie als Jüngling erträumt, zerronnen war.

Wie es dann hatte geschehen können, daß er, angezogen durch das große Fragen ihrer tiefdunklen Augen, ihrem Blick begegnete, daß sie eines Tages miteinander sprachen und sie schließlich jedesmal dastand, wenn er kam und ihn zurückbegleitete, wenn er ging, das wußte er nicht mehr.

Nie war ihm der Gedanke gekommen, daß dieses Mädchen, welches in Liebe und Eintracht aufwuchs, etwas anderes in ihm sehen könnte als den Mann, der wie ein väterlicher Freund das Geschenk des Vertrauens nahm, das ihre gläubige Jugend ihm darbrachte. Seine Augen, die sonst ungesagt fremdes Leid erkannten, waren blind gewesen für das, was neben ihm aufkeimte, was vielleicht lange schon da war. Er wußte nur noch, daß ihm ein Ahnen gekommen war eines Tages, als sie ihn durch verwilderte Hecken führte, während die Dolden des Goldregens über ihrem Kopfe zusammenschlugen. Doch, wenngleich er an der Tiefe ihrer Empfindung zweifelte, so wollte er ihr doch zeigen, daß er mit dem Leben abgeschlossen hatte, daß er seiner Arbeit gehörte. So fing er an, jedesmal den geraden Weg zum Gartenausgang zu wählen und blieb in seinen Gesprächen heiter und gleichgültig. Sie griff den Ton auf und schlug nun immer selbst den kürzesten Pfad ein, doch schien ihm, als dämmere etwas hinter dem Geheimnis ihrer Augen auf, das ihm Angst machte.

Nicht lange darauf sprach sie von einer Reise, die sie mit dem nun wiederhergestellten Vater unternehmen werde. Dasselbe erfuhr er von dem Rittmeister, der ihn, sichtlich ahnungslos, bat, nach seiner Rückkehr wieder nach ihm zu sehen.

Als er nach diesem letzten Besuche aus dem Hause Berenthal trat, führte sie ihn denselben Laubgang zurück, in dessen hellem Grün sie ihm das erste Mal begegnet war. An seinem Ausgang blieb sie stehen, um ihm die Hand zum Abschied zu geben. Ihre Stimme versagte über den leisen Worten: „Ich werde — es nie — vergessen. Er aber wußte nichts anderes zu tun, als wortlos ihre Hand zu schütteln und schnell hinwegzugehen.

Doch nach einigen Monaten schon, während noch dasselbe Laub auf den Buchen stehen mußte, unter denen sie ihm bleich und weh die Hand gedrückt — las er, daß die Tochter des Rittmeisters Berenthal einen Grafen Waldstädt geheiratet hatte. . .

Und an diesem Tage, da sie für immer aus seinen Gedanken verschwand, lachte er spöttisch auf, daß der Glaube an die Selbstlosigkeit der Liebe ihn noch einmal hatte überkommen wollen.

Und jetzt lag da bei ihm in seinem Arbeitszimmer der Knabe, der ihr Sohn war . . .

Es war der Reiz ihrer dunklen Augen, vermehrt durch den Glanz aufschäumenden Lebens, der seine Schwung ihrer Lippen, über den leise die Kraft der Männlichkeit heraufzog . . . Ihre ganze Schönheit lebte da auf, gesteigert durch das Licht dieses neugeschaffenen Lebens.

Hatte sie vielleicht das Wunder dieses Knaben vorausgesehen, als sie jenen Mann nahm? Die große Frauenliebe . . . war es wohl recht getan, sie zu leugnen?

Während die Stunden vergingen, saß der einsame Mann an dem Bette des Knaben und war Vater für diese eine Nacht.

Der Lorbeer als Siegespflanze. Die Bewohner des Departements Seine-et-Oise haben anläßlich der Siegesfeier am 14. Juli dem Marschall Foch einen goldenen Lorbeerkranz überreicht. Damit sind sie der Sitte der alten Völker gefolgt: im alten Rom war es üblich, daß ein öffentlicher Beamter dem siegreichen Heerführer einen goldenen Lorbeerkranz über das Haupt hielt, während dieser die Huldigungen anläßlich seines Sieges entgegennahm. Der Triumphbogen des Titus zeigt den Eroberer von Jerusalem aufrecht auf seinem Wagen, während eine geflügelte Siegesgöttin den Lorbeerkranz über ihn hält. Allein nicht immer war der Lorbeer nur das Symbol des Sieges; er hatte vielmehr zwei Bedeutungen, die sich nicht leicht mit einander vereinigen lassen. Sein herber Duft trug ihm die Ehre ein, Apollo, dem Gott der Reinheit, als Sinnbild zu dienen. Doch da Apollo gleichzeitig der Gott der Heilkunst, der Dichtung und aller übrigen Künste war, so wurde der Lorbeer allmählich auch zum Sinnbild geistiger Vollkommenheit, ein Sinnbild, das seit der Erfindung der Leier von allen Dichtern der Welt besungen wurde. Der Name „Baccalaureus" erinnert an dieses Symbol. Der Kriegsgott jedoch wurde in der antiken Welt nicht mit einem Lorbeerzweig dargestellt; trotzdem verkörpern die Blätter des „Laurus nobilis" jetzt den Inbegriff militärischen Ruhmes. Bei den alten Römern hatten noch andere Pflanzen denselben Sinn. Der Heerführer, dem nach andere errungenem Siege eine öffentliche Huldigung dargebracht wurde, trug einen Myrtenzweig; ein Kranz aus Eichenlaub wurde jenem Soldaten überreicht, der einem Kampfgenossen das Leben gerettet und seinen Gegner getötet hatte; dem Führer einer Armee, der eine andere, umzingelte römische Armee befreit hatte, wurde ein Kranz aus Gräsern und Wiesenblumen gespendet; endlich erhielten Führer und Soldaten, deren Rat zu einem Erfolge verholfen hatte, einen Kranz aus Ölzweigen. Alle diese Pflanzen haben im Laufe der Zeit ihren ursprünglichen Sinn verloren, nur der Lorbeer ist als Ruhmessymbol geblieben, freilich nicht für militärische Erfolge allein; auch Kunst und Wissenschaft nehmen das bittere Reis des südlichen Baumes für ihre hervorragenden Leistungen in Anspruch.

Das Schicksal der Stephanskrone

Das bolschewistische Ungarn, in dem sich alle Bande frommer Scheu gelöst haben, geht einer Wiener Meldung zufolge mit der Absicht um, die heilige goldene Stephanskrone zu versilbern. Dieses fast tausend Jahre in Ungarn wie ein Idol verehrte Krönungsschmuckstück ist einem Münchener Antiquar zum Kauf angeboten worden, und die Regierung Bela Khuns gedenkt es in ihren Geldnöten loszuschlagen, sofern bei der Versteigerung nur 100 000 Franks schweizerischer oder französischer Währung herauskommen sollten. Das ist gewiß nicht viel, aber die Stephanskrone hat einen verhältnismäßig nur geringen Materialwert, und es ist lediglich die historische Bedeutung, die sie kostbar macht.

Die Geschichte der ungarischen Königskrone reicht zurück bis in die Tage des frühen Mittelalters. Nachdem König Stephan I. von Ungarn zum Christentum übergetreten war, erbielt er vom Papst Silvester II. diese Krone als Geschenk, und mit ihr wurde er im Jahre 1001 vom Erzbischof von Prag feierlich gekrönt. Noch vor dem Ende des 11. Jahrhunderts wurde dieser König, der zahlreiche Kirchen und Klöster erbaut hatte, heilig gesprochen, und als die heilige Krone des heiligen Stephan genoß das päpstliche Geschenk bei den Magyaren durch die Jahrhunderte hindurch bis in unsere Tage Verehrung. Uralt, wie die Krone selbst, war auch das Krönungszeremoniell; zu ihm gehörte jener seltsame Ritt, den der eben ausgerufene König im Schmuck des vollen Krönungsornats mit der Stephanskrone auf dem Haupte den Krönungshügel zu Ofen hinauf machen mußte, um dort mit dem Schwerte des heiligen Stephan vier Streiche nach den verschiedenen Himmelsrichtungen zu führen als Symbol, daß der König das Ungarland gegen Angriffe von allen Seiten zu verteidigen gelobe. Der letzte, der mit der Stephanskrone gekrönt worden ist, war König Karl; auch er führte den Ritt und die symbolische Zeremonie aus, aber sein Arm war nicht stark genug, um in Wahrheit die Ungarn von allen Seiten bedrängenden Feinde fernzuhalten. Heute ist Ungarns letzter König aus dem Hause Habsburg landflüchtig, und seine Krone ist jedem amerikanischen Nabob oder einem europäischen Kriegsgewinnler feil.

Die Stephanskrone ist kein kunstvolles Werk der neuzeitlichen Zumeliere, sondern nur ein ziemlich einfacher Goldreif mit vergoldeten Bügeln und mit einem Schmuck von großen Steinen, die aber nicht sonderlich wertvoll sind. Inmitten der Krone befindet sich ein geneigtes Kreuz.

Nicht zum ersten Male übrigens droht der Stephanskrone ein romantisches Geschick. Schon einmal ist sie ihrer Schatzkammer entführt und jahrelang verschwunden gewesen. Es war während der ungarischen Revolution von 1848, als vor den heranrückenden Oesterreichern die Stephanskrone in Sicherheit gebracht wurde. Der ungarische Kriegsminister Berthold Szemere brachte sie in Sicherheit, indem er sie in einer Eisenkiste aus Budapest entführte. In Orsowa, an der südlichen Landesgrenze, wo mit einigen anderen ungarischen Flüchtlingen damals Ludwig Kossuth weilte, wurde die Kassette in einem Gehölz vergraben. Szemere hatte seinen Freunden nicht einmal anvertraut, welches Heiligtum sich in dem Eisenbehälter befand; er hatte ihnen gesagt, es seien die schriftlichen Dokumente über die Revolution, deren sichere Unterbringung es gälte. Bald nach der Vergrabung der Krone kamen österreichische Truppen nach Orsowa, wo, wie man wußte, Kossuth geweilt hatte. Und da das Verschwinden der Königskrone mittlerweile bereits zur Kenntnis der Oesterreicher gelangt war, so galt es für sie als ausgemacht, daß Kossuth sie entführt haben müsse. Viele Monate hindurch kehrten nun die Truppen in Orsowa das Unterste zu oberst, aber das Kleinod wiederzufinden, aber vergebens. Die Hüter des Geheimnisses waren mittlerweile nach der Türkei entkommen, und dort erst hatte Szemere sie über den wahren Inhalt der vergrabenen Kassette aufgeklärt. Aber Kossuths Sorge um die Sicherheit des nationalen Heiligtums sollte schließlich zu einer Entdeckung führen. Im Jahre 1853 sandte er aus dem Auslande einige Vertraute nach Orsowa, die sich überzeugen sollten, ob das Versteck noch unberührt sei. Die Abgesandten fielen aber den Oesterreichern in die Hände und wurden verhaftet. Nicht ohne Grund nahm man an, daß die Verhafteten um das Geheimnis der verschwundenen Stephanskrone wissen müßten, und da auf andere Weise aus ihnen nichts herauszubringen war, so versuchte man es mit der Bestechung, durch die sich auch einer der Häftlinge namens Warga, ein früherer Ministerialbeamter, verleiten ließ, das Versteck des Kleinods zu verraten. Es wurde ausgegraben und feierlich nach Wien in die kaiserliche Schatzkammer überführt. Und im Jahre 1867, als Ungarn mit Oesterreich wieder seinen Frieden gemacht hatte, wurde die Krone des heiligen Stephan nach Budapest zurückgebracht, und Franz Joseph I. wurde mit ihr zum König von Ungarn gekrönt.

*

Hindenburg als 165facher Ehrenbürger. Generalfeldmarschall Hindenburg ist Ehrenbürger von 165 Städten, unter denen Kolberg die letzte Stelle einnimmt. Die Ehrenbürgerbriefe sind je der historischen Vergangenheit der verleihenden Städte angepaßt, es wechseln prachtvolle Mappen mit Pergamentrollen in künstlerischen Kapseln ab. Immer letzteren zeichnet sich die von der Stadt Königsberg i. Ostpr. gestiftete und reich mit Bernstein geschmückte besonders aus.

Abänderung der englischen Nationalhymne. Mit Zustimmung des Königs von England wurde die englische Nationalhymne um zwei Strophen vermehrt; sie sollen dazu bestimmt sein, den „Charakter" des britischen Reiches näher zu bezeichnen. Die Hymne soll nach wie vor dreistrophig gesungen werden; doch behält nur die erste Strophe ihren Urtext. Die zweite soll mit „God save our land" und die dritte „God save us all" schließen.

— **Das Ende eines historischen Raumes.** Das „Friedenszimmer" in dem früheren Hotel „Schwan" in Frankfurt a. M., in dem am 10. Mai 1871 von Bismarck und Julis Favre der Friede unterzeichnet wurde, wird dieser Tage geräumt, da der „Schwan" zu einem Kino umgebaut werden soll. Die Möbelstücke, Eigentum der Stadt Frankfurt, kommen in das Historische Museum.

— **Die Potsdamer Orangerie als Generalswohnsitz.** Das Potsdamer Orangeriegebäude, dessen Verwaltungsheim Finanzministerium liegt, wird jetzt wieder besiedelt, nachdem es trotz der erheblichen Wohnungsnot in Potsdam längere Zeit leer gestanden hat. Ursprünglich sollte für den Reichspräsidenten hier eine Wohnung geschaffen werden, nachdem der Plan der Verlegung einiger Hörsäle der Landwirtschaftlichen Hochschule geschwitzert war. Jetzt werden die früheren Dienstwohnungen der Hofmarschälle an Generäle vermietet. Die Wohnung des früheren Oberhofmarschalls und Hausministers Grafen zu Eulenburg bezieht der General v. Letzow-Vorbeck, die Wohnung des Intendanten der königlichen Gärten, Freiherrn von Lynker, wird dem General von der Marwitz durch das Finanzministerium zugewiesen. Auch das Kavalierhaus an der Gemäldegalerie erhält einen Bewohner aus den Kreisen der Aristokratie

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907271-12/fragment/page=0009

Frauenspiegel

Geschäftsfähigkeit der Ehefrau

Von

Dr. Hans Lieske.

Die Frau bleibt auch während der Ehe voll geschäftsfähig. Sie kann alle ihr beliebigen Verträge abschließen. Weil aber der Mann nichts weniger ist, als etwa der gesetzliche Vertreter seiner Frau, ist es ihm auch absolut versagt, seinerseits die Frau durch Verträge zu verpflichten. Geht die Frau auf irgend welchen Wegen ihrem Erwerbe nach, betreibt also etwa ein Ladengeschäft, eine Agentur, ein Schreibbüro, eine Stellenvermittlung und dergleichen, so steht ihr das gänzlich frei. Gelegentlich wird allerdings vom Gesetze die Einwilligung des Mannes verlangt. Aber wenn sich die Frau daran nicht kehrt, so hat das keinerlei Folgen für den Geschäftsbetrieb und die weitere Möglichkeit seiner Ausübung. Nur die Gläubiger können unter Umständen den mangelnden eheherrlichen Konsens spüren. Indessen vermag die Frau durch entsprechende güterrechtliche Regelung des Ehevertrages auch das zu verhindern. Eine Ausnahme besteht nun allerdings, die ungehinderte erwerbliche Bewegungsfreiheit der Gattin anlangend.

Persönliche Dienstleistungen der Ehefrau für Fremde kann nämlich der Mann, solange die Ehegatten in häuslicher Gemeinschaft leben, ohne Wahrung einer Frist kündigen — falls das Vormundschaftsgericht ihn auf seine Bitten hierzu ermächtigt. Hat die Frau also etwa als Privatlehrerin, als Vorleserin, als Stenographin, als Stütze, als Filialleiterin, als Reisebegleiterin, als Gesellschafterin, als Arbeiterin oder in ähnlicher Eigenschaft nach ihrer Verheiratung sich verpflichtet, so erwägt das Vormundschaftsgericht auf Antrag des Mannes zur Ermächtigung fristloser Kündigung, ob die Tätigkeit der Frau die ehelichen Interessen beeinträchtigt. Lediglich, wenn es sich hiervon überzeugt hat, erteilt es die erwünschte Kündigungsbefugnis. Es liegt auf der Hand, daß eine volle oder doch recht beträchtliche Inanspruchnahme der Frauenzeit stark mit den Pflichten einer Hausfrau und Mutter kollidieren kann. Das Vormundschaftsgericht wird seinen Entscheid also etwa von der Prüfung abhängig machen, ob die erwählte Tätigkeit das Eheleben wirklich zerrüttend beeinträchtigt, oder ob nicht vielmehr der durch Frauenerwerb erzielte Unterstützungsbeitrag im gegebenen Falle das wirtschaftliche Fundament des Familienlebens tragen hilft. Uebrigens bringt einmal erteilte Zustimmung den Mann um späteres Vetorecht. Also auch hier wahrlich kein nennenswerter Durchbruch durch das Prinzip der rechtlichen Gleichberechtigung von Mann und Frau! Erweist sich nun die Gattin halsstarrig wider das vom Vormundschaftsgericht gutgeheißene Gebot des Gatten, die Arbeit für Fremde einzustellen, was dann? Mit guten Gründen zeigt man diesesfalls auf die Ohnmacht des Mannes hin, die Frau müßte es denn so weit treiben, daß ihr Betragen eine Scheidungsklage rechtfertigt. Sogar minder frei als die Frau ist in einer Beziehung der Mann, sofern seine Frau in gewisser Hinsicht gleichsam als sein gesetzlicher Vertreter für ihn verbindliche Geschäfte schließen darf. Das bringt uns auf das Wirtschaftsgeld der Hausfrau. Da das Gesetz die Ehefrau mit der Leitung des gemeinsamen Hauswesens betraut, so ist es nur recht und billig, daß ihr von Gesetzes wegen auch das Rückgrat gestählt wird, ihren Posten auszufüllen. Deshalb beschenkt das Recht die Frau mit der Schlüsselgewalt. Innerhalb des häuslichen Wirkungskreises schaltet und waltet die Gattin frei nach pflichtmäßigem Ermessen. Für in diesem Rahmen von ihr geschlossene Geschäfte muß der Mann aufkommen. Wenn also die Hausfrau Nahrungsmitteleinkäufe macht, wenn sie Kohlen kauft, wenn sie sich und den Kindern Kleider und Schuhe anschafft, wenn sie beim Buchhändler die nötigen Schulbücher besorgt, wenn sie Dienstboten dingt, oder den Arzt bestellt, so muß der Mann unweigerlich das Geld dazu hergeben; die Geschäftsleute, die Dienerschaft, der Arzt werden die Gläubiger des Mannes! Gesetzt nun aber, sie kauft an Stelle des ein wenig verbrauchten einen neuen Teppich oder sie findet den Erwerb einer kostbaren Ballrobe für nötig: muß der Mann auch solche Anschaffungen über seinen Beutel ergehen lassen? Er muß es! Denn das Reichsgericht dehnt die Schlüsselgewalt aus auf alle den ehelichen Aufwand betreffenden Besorgungen, deren Eigenschaft nach der bestehenden Sitte auf die Frau hinweist. Hiermit gibt man uns gleichzeitig einen treffsicheren Anhalt zur Beurteilung der Rechtslehre, wenn etwa eine Arbeiterfrau um 200 Mk. eine Perlenkette erwirbt oder wenn die Ehefrau eines unvermögenden Handwerkers ihren Sohn für 120 Mk. einen Bahnzug zum Geburtstag schenkte. Es würde Vernunft zum Unsinn, wollte man den Gatten daran sich zu ruinieren zwingen. Wo finden wir aber den springenden Punkt fürs rechte Wertmaß? Oertliche Sitte sowie gesellschaftliche und wirtschaftliche Stellung der Ehegatten entscheiden hier. Darum muß der Millionär z. B. einen von seiner Frau für 1000 Mk. gekauften Smyrna-Teppich bezahlen, während das Gericht eine solche Zumutung einem mittelmäßig besoldeten Buchhalter gegenüber als weit übertrieben zurückweisen würde. Mit einem Lächeln voll leiser Wehmut lesen wir hin und wieder: „Warnung! Ich warne jedermann, meiner Frau Rosalie etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme.“ Wie beurteilt das Recht derartige Warnungen? Es erblickt darin einen Ausschluß der Schlüsselgewalt. Ehemänner sind nämlich allerdings befugt, die Schlüsselgewalt auszuschließen oder zu beschränken. Leuten, denen solche Beschneidungen der Rechte der Frauenwelt bekannt waren, handeln, lassen sie sich trotzdem auf Geschäfte mit den Frauen ein, auf ihr Risiko und werden keinesfalls Gläubiger des Mannes. Ergeben indessen die Umstände des Falles, daß in dem Schlüsselgewaltsentzug ein ehelicher Mißbrauch steckt, so hebt das Vormundschaftsgericht auf Antrag der Frau die Beschränkung wieder auf. Manche Frau mag bei der Kunde dieser ihrer Hausfrauenrechte vielleicht melancholisch fragen, was ihr die schöne Schlüsselgewalt wohl hilft, wenn sie kein Wirtschaftsgeld bekommt und keinen Kredit hat. Da seien ihr zwei forsche Gattinen vorgestellt, die unlängst vor Gericht verlangten, ihren Gatten zu verurteilen, daß sie ihnen, damit sie wenigstens einigermaßen frei verfügen können, einen entsprechenden Betrag als Wirtschaftsgeld immer mindestens eine Woche im voraus bezahlten. Die Richter fanden das Verlangen recht und billig, weshalb sie das gewünschte Urteil fällten.

*

Frauen im Parlament. Man hat eigentlich bisher wenig davon gehört, wie sich die Frauen in ihrer Gleichberechtigung, vor allem in den Parlamenten, „machen“. Sie haben gesprochen, das weiß man. Sie haben in Weimar in der Nationalversammlung und in der preußischen Landesversammlung Beifall geerntet. Sie sollen, wie die männlichen Kollegen versichern, immer richtig abgestimmt haben, haben nie einen verkehrten Zettel abgegeben und sich nie in der „Ja“- und „Nein-Tür“ geirrt. Sie sollen sogar die Interessen ihrer Kreise mit Nachdruck gewahrt und sich selbst ihren politischen Glaubensgenossen gegenüber in Opposition befunden haben, wenn es um eine reine Empfindungssache ging. Aber bewiesen ist doch, daß die Frau, auch die politische Frau, eben eine Frau mit allen Schwächen ihres Geschlechts bleibt. Eine kleine Beobachtung mag das beweisen. In der preußischen Landesversammlung verhandelt man über eine (wie man sagt) langweilige Sache. Die Herren der Schöpfung wissen das rechtzeitig und drücken sich so gut sie können. Die Damen der Politik wissens auch, aber sie haben doch noch etwas mehr Verantwortung im Leibe. Sie finden sich wenigstens im „hohen Hause“ ein. Das Dabeisein heißt nun aber nicht gleich, Politik treiben, Reden halten oder gar hinhören, was andere sprechen. Langeweile liegt über dem Verhandlungsraum. Dort eine Frau und Fräulein Abgeordnete. Sie treten heute besonders hervor. Die eine schreibt Privatbriefe (das beweist das kleine Formatpapier), die andere liest die „B. Z.“, die dritte liest einen Roman (ein politisches Buch sieht anders aus). Die vierte steht am Eingang und plaudert mit einem Herrn. Keine der Damen hört, sieht, beachtet den Redner. Sie wird sich doch nicht in der Privatkorrespondenz, in der Lektüre der „B. Z.“ oder gar an einer Stelle des Romans stören lassen, wo sie sich bald kriegen... Aber vor jeder Abgeordneten steht ein Glas und in diesem Glas stehen Rosen. Ja, früher kannte man solche Leidenschaft nicht in den „hohen Häusern“. Als die Damen mit den Rosen kamen: Sie winkten dem Diener. Er eilte herbei. „Bitte ein Glas mit Wasser!“ Der Diener suchte, bracht's und rettete so die Rosen. Rosen im Parlament! Das weibliche Gemüt verleugnet sich nie: Rosen und Romane lassen sich aus dem Parlament nicht verbannen, so lange die Frauen dort etwas zu sagen haben...!

*

Der zeitgemäße Haushalt

Zweckmäßige Ausnützung von Graupen. Allenthalben kommen Graupen als Ersatz für die zur Neige gehenden Winterkartoffeln zur allgemeinen Verteilung, so daß die Hausfrau in der Lage ist, sich davon einen kleinen Vorrat zu sammeln. Da nun die großen Graupen in unzerkleinertem Zustande nicht nur ungenützt, sondern infolge ihrer Größe bei den Familienangehörigen nicht in besonderem Ansehen stehen, so sollte es sich die Hausfrau angelegen sein lassen, die Graupen zu zerkleinern. Wo keine Haushalts- oder Schrotmühle vorhanden ist, da erfüllt eine alte, außer Dienst gestellte Kaffeemühle den gleichen Zweck. Ist nun eine größere Menge davon gemahlen, so siebt man die Graupen mittels Haarsiebs und zwar zuerst durch ein gröberes Sieb, in zweiter Folge jedoch verwendet man ein feines Sieb. Auf diese Weise schlägt man sozusagen „zwei Fliegen mit einer Klappe“, indem man gleichzeitig feines Gerstenmehl gewinnt, das gelegentlich das Hauptmaterial zum Backen von Kuchen ergibt, nicht zu vergessen, daß es sich allein oder mit anderem Mehl gemischt, schöne lockere Klöße ergibt, während der grobe Rückstand, die Graupengrütze, sich sowohl zu Suppen aller Art, wie auch mit oder ohne Milch dick ausgequollen, eine sättigende Abendspeise ergibt. Ferner ergibt diese Graupengrütze Süßspeisen, Puddings, Aufläufe usw. Jedenfalls sind die Graupen in gemahlenem Zustande viel ausgiebiger, als wenn man sie in Körnerform dick ausquellen läßt.

Ein untrügliches Merkmal für ganz frische Eier sollte jede Hausfrau beim Einkauf dieser noch immer sehr teuren Lebensmittel anwenden. „Klappert“ das Ei beim Schütteln hin und her, so ist das ein Beweis, daß es nicht mehr ganz voll, also nicht mehr frisch ist und der Inhalt z. T. schon verdunstete. Ein völlig frisches Ei füllt die Schale völlig aus, kann sich also beim Schütteln nicht bewegen.

*

Vom Büchertisch

Der Orchideengarten. Phantastische Halbmonatsschrift. Herausgeber: Karl Hans Strobl. (Einzelheft 80 Mk.; Vierteljahrspreis 5 Mk.)

Mit feinfühligem Geschick ist das jetzt vorliegende 5. Heft des „Orchideengarten“ zusammengestellt. Derbere Kost wechselt mit subtilsten Feinheiten: Eine müde Schwüle duftschweren Tropenatems liegt über Otto te Kloot's phantastisch-symbolistischer Novellette „Orchideen“. Otto Lietz hat sich in diese Dichtung eingefühlt und ihr eine packende, ganzseitige Graphik beigegeben. In einer von J. Heigenmooser humorvoll illustrierten Groteske „Der Klub der Menschenfresser“ versöhnt die ironische Pointe mit der nicht gerade appetitlichen Fabel. In die mittelalterlichen Folterkammern führt „Die Bernsteinhexe“, mit dem Abschnitt:“ Wie mein arm Töchterlein soll mit der peinlichen Frag beleget werden“. E. Plaichinger-Coltelli hat dazu 2 packende Illustrationen gezeichnet. Mit einem bisher unveröffentlichten Blatt „Doktor Faust“ (um 1850) ist Franz Pocci vertreten. Schließlich sei noch ein Gedicht Karl Mühlberger's „Das Gespenst“ erwähnt, das sich als eine tiefe Nachempfindung Baudelaire'sched Poesie erweist. Im „Treibhaus“ — die Leiste dazu lieferte Franz Dobias, Wien — gibt Dr. Max Kemmerich 2 gut gewählte, interessierende Kuriosa. Bleibt noch das flott gezeichnete Titelbild zu erwähnen, für das sich diesmal Tom Freud ein lustig-phantastisches Biedermeier-Motiv wählte.

Zu beziehen durch die
Goethe-Buchhandlung von Franz Joest Verlag
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 63. Fernruf 4520.

Hauspflege und Tuberkulosebekämpfung

Nach einem Vortrage von Facharzt Dr. B.

Abdruck verboten.

(Schluß.)

Eine gute Pflegerin wird also als Erstes die Trennung der Gesunden von den Kranken veranlassen. Sie wird dafür sorgen auf dem Wege durch die Fürsorgestelle, daß Gesunde und Kranke kein gemeinsames Bett, sondern ein eigenes haben. Sie wird auf demselben Wege auch veranlassen müssen, daß die Kranke ein eigenes Schlafzimmer erhält. Die Fürsorgestellen sind hier mächtige Verbündete der Pflegerin. Sie stützt sich in den Städten auf die Wohnungsämter, die ihr geeignete Wohnungen melden, um Familien, in denen Lungenkranke sind, unterbringen zu können, denn es wird durch die Isolierung mehr Raum beansprucht. Eine gute Pflegerin muß schon von sich selbst aus alle Hilfsmittel zur Gesunderhaltung der ihr anvertrauten Familie in Anspruch nehmen. Das ist außer der Fürsorgestelle der Schularzt, die Schulpflegerin, die Gemeindeschwester, das Jugendamt u. a.

Lüftung des Krankenzimmers, Pflege des Kranken selbst, größte Sauberkeit, häufiges Händewaschen, häufige Erneuerung der Kranken- und Bettwäsche, besonders Sauberhaltung des Eßgeschirrs gehören zu einer ordentlichen Krankenpflege. Zur Trennung von Kranken und Gesunden ist die Fernhaltung der Kinder vom Hause nötig, so lange die Kranke nicht isoliert werden kann. Darum muß die Pflegerin veranlassen, daß noch gesunde Säuglinge ins Säuglingsheim oder Krippen, kleine Kinder in Horte oder Bewahranstalten kommen. Andere Kinder nehmen bei uns in Halle das Kinderheim oder die Schlafpavillons, leichterkrankte Kinder unsere Kinderheilstätte in der Ludwigstraße auf. Hier werden sie bei viel Licht und Sonne, guter Abwartung und guter ärztlicher Behandlung bald der Genesung zugeführt. Die größte Gefahr für die Umgebung, vor allen Dingen für die Kinder, bringen die Kranken in den letzten Monaten, wo sie massenhaften bazillenhaltigen Auswurf entleeren. Trotz aller Fortschritte, die wir vor dem Kriege in der Tuberkulosebekämpfung gemacht hatten — wir hatten in Preußen ein Absinken der Sterblichkeit an Schwindsucht um weit über 100 Prozent — hatte die Sterblichkeit im Kindesalter nicht abgenommen. Es war eben damals wie heute, noch immer nicht gelungen, die Schwerkranken aus den Familien zu entfernen oder sie in den Familien hinreichend abzuschließen. So müssen deshalb noch ungezählte Kinder der Tuberkulose erliegen, weil Fahrlässigkeit oder Unvermögen der Eltern oder der Krankenpfleger die Ansteckungsquelle durch Abschließen der Kranken nicht ausschaltet.

Sie werden mit Recht fragen, warum man das nicht ändert. Die Antwort ist ganz einfach: Weil wir keine gesetzliche Handhabe haben. Die Tuberkulosebekämpfung ist ganz auf den guten Willen der Mitmenschen angewiesen. Bei Krankheitsfällen an anderen übertragbaren Krankheiten, wie Scharlach, Diphtherie, Typhus, besteht eine gesetzliche Anzeigepflicht, bei Lungentuberkulose nicht. Und doch fordert die Lungentuberkulose viel mehr Opfer als alle anderen Infektionskrankheiten zusammen. In anderen Ländern — ich nenne Norwegen — gibt es schon eine Meldepflicht. Wir Tuberkuloseärzte fordern daher als 1. die Meldepflicht für alle offenen Tuberkulosen, 2. einen staatlichen Zwang für eine Isolierung bezw. Asylierung all der Fälle von ansteckender Tuberkulose, von denen aus Unvermögen oder Fahrlässigkeit bei ihrem Verbleib in der Wohnung die Angehörigen gefährdet werden. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß in geeigneten Krankenhäusern genügend Platz dafür vorhanden ist. Außer den Kliniken, dem Elisabethkrankenhause und dem Diakonissenhause ist jetzt auch im Kriegskrankenhaus dank dem verständnisvollen Entgegenkommen des Stadtarztes eine Tuberkulose-Abteilung eingerichtet. Dringend zu wünschen und, sobald es die Verhältnisse erlauben, zu fordern wäre ein Tuberkulosekrankenhaus in nächster Nähe der Stadt, in der Heide. Wir wissen aus den vorzüglichen Erfahrungen, die Stettin mit seinem Tuberkulosekrankenhaus gemacht hat, daß in ein solch heilstättenartig angelegtes Krankenhaus auch die Schwerkranken gern gehen.

Bis wir soweit sind, werden wir leider fast ganz auf die Wohnungspflege angewiesen sein und damit auf tüchtige Pflegerinnen. In ihren Wohnungen starben im letzten Jahre in Halle über 400 Schwindsüchtige. Noch nicht ein Fünftel der Kranken starb in Krankenhäusern. Wenn nur jeder Kranke einige Angehörige ansteckt, so können daraus über 1000 neue Krankheitsherde entstehen. Das muß die Pflegerin zu verhüten suchen. Der Anstieg der Tuberkuloseziffer in Halle ist, soweit Schwindsucht in Betracht kommt, und soweit die Zahlen der Fürsorgestelle zugänglich gewesen sind, folgender:

1913: 245	1916: 252
1914: 195	1917: 401
1915: 213	1918: 479.

Dabei hat sich die Bevölkerungszahl dauernd vermindert. Legt man Zahlen für 10 000 Einwohner zugrunde, so beträgt die Steigerung von 12,8 im Jahre 1913 bis etwa 30 im Jahre 1918, also fast 150 Prozent. So hoch war die Tuberkulosesterblichkeit vor ungefähr 30 Jahren. Nehmen wir an, daß jeder der Verstorbenen im Durchschnitte 1½ Jahr eine offene Tuberkulose hatte — die nicht bazillenauswerfenden Kranken bezeichnen wir als geschlossene Tuberkulose —, besitzen wir zurzeit in Halle 1200 ansteckende Tuberkulosen. Auf die Ursachen der Tuberkulosevermehrung soll in diesem Zusammenhange nicht näher eingegangen werden. Sie sind mannigfaltig und vor allem durch die niederträchtige Blockade Englands verschuldet. Leider wird sich weder die Ernährung, noch die Kohlennot, noch der Mangel an Seife heben, noch eine Verbilligerung der Kleidung in kurzer Zeit herbeiführen lassen. Eins wird wohl anders werden und das ist die Wohnungsnot in den Städten. Wir werden durch den Niedergang der deutschen Industrie als Folge dieses Versklavungsfrieden einen großen Teil von Einwohnern der heutigen Städte verlieren. Der Rückgang der Frauenarbeit wird uns andererseits manche Frau vor Tuberkulose bewahren, wie auch manches Kind geschützt wird, weil die Mutter wieder imstande ist, eine bessere Aufsicht und Fürsorge auszuüben. Schweren, sehr schweren Gefahren gehen die heranwachsenden Kinder entgegen. In 20 und 30 Jahren werden wir, auch wenn, was wir hoffen, die Tuberkulose längst wieder im Rückgang ist, noch manchen Deutschen an Schwindsucht sterben sehen, der sich seine Ansteckung und seine mangelnde Widerstandsfähigkeit aus der Zeit der englischen Blockade und dieses „Friedens“ geholt hat.

Vor der gemeinen englisch-amerikanischen Absperrung konnte man in Deutschland sagen: die Schwindsucht ist bei der sich stetig verbessernden sozialen und wirtschaftlichen Lage aller Bevölkerungskreise eine von Jahr zu Jahr mehr vermeidbare Krankheit. Jetzt läßt sich das leider nicht mehr in dem Umfange sagen. Pflicht des einzelnen ist es, mit Rat und Tat der Seuche Einhalt zu tun.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Adolf Meyer.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191907271-12/fragment/page=0010